

Plenarprotokoll

54. Sitzung

Donnerstag, 25. August 2011

Ausbau der A 20 - Eine Chance für		Marion Sellier [SPD]	4622
Schleswig-Holstein	4620	Christopher Vogt [FDP]	4623
Antrag der Fraktionen von CDU und		Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4624
FDP		Björn Thoroe [DIE LINKE]	4625
Drucksache 17/1598		Lars Harms [SSW]	4626
Neubewertung der Verkehrspro- jekte	4620	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	4627
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1647		Beschluss: 1. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 17/ 1647 und 17/1740	4027
Ausbau der A 20 verhindern	4620	2. Annahme des Antrags	
Änderungsantrag der Fraktion DIE	.020	Drucksache 17/1598	4629
LINKE Drucksache 17/1740		Fahrrinnenanpassung der Elbe vorantreiben	4629
Hans-Jörn Arp [CDU]	4620		

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP		Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1490	
Drucksache 17/1609 (neu) Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1716		Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	4646
Verkehrsinfarkt auf Nord-Ostsee- Kanal und Elbe verhindern - Ar-		Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN] Dr. Michael von Abercron [CDU].	4647, 4653 4648, 4654
beitsplätze sichern	4629	Sandra Redmann [SPD] Carsten-Peter Brodersen [FDP]	4650, 4655 4651
		Antje Jansen [DIE LINKE]	4652
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1745		Flemming Meyer [SSW] Detlef Matthiessen [BÜNDNIS	4652
	4.520	90/DIE GRÜNEN]	4654
Jens-Christian Magnussen [CDU].	4629	Heiner Rickers [CDU]	4655
Dr. Ralf Stegner [SPD] Oliver Kumbartzky [FDP] Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS	4630, 4638 4632	Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 17/1592 an den	
90/DIE GRÜNEN]	4633	Umwelt- und Agrarausschuss	
Björn Thoroe [DIE LINKE]	4636	2. Überweisung des Be-	
Lars Harms [SSW]	4637, 4643	richts der Landesregierung,	
Hans-Jörn Arp [CDU]	4638	Drucksache 17/1490, an den Um-	
Wolfgang Kubicki [FDP]	4639	welt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung	4656
Ulrich Schippels [DIE LINKE]	4640	schnebenden beratung	4030
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE		Stand der Umgetzung der Vermun	
GRÜNEN]	4641	Stand der Umsetzung der Kommu- nalisierung der Fördermittel aus	
Johannes Callsen [CDU]	4642	dem Sozialvertrag II ab 2012	4656
Jost de Jager, Minister für Wis-		dem Soziaivertrag ir ab 2012	4030
senschaft, Wirtschaft und Verkehr	4643	Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1618	
Beschluss: 1. Ablehnung des für		Dr. Heiner Garg, Minister für Ar-	
selbstständig erklärten Antrags		beit, Soziales und Gesundheit	4656
Drucksache 17/1745 Nr. 4		Antje Jansen [DIE LINKE]	4657
2. Annahme des für		Ursula Sassen [CDU]	4658
selbstständig erklärten Antrags		Peter Eichstädt [SPD]	4659
Drucksache 17/1745 Nr. 1, 2, 3		Anita Klahn [FDP]	4660
und 5		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS	
3. Ablehnung des für selbstständig erklärten Antrags		90/DIE GRÜNEN]	4662
Drucksache 17/1716		Flemming Meyer [SSW]	4662
4. Annahme des Antrags		Danahlunga Danishtaantus a Dunalisa	
Drucksache 17/1609 (neu)	4646	Beschluss: Berichtsantrag Drucksa-	
Bracksache 17/1009 (nea)	1010	che 17/1618 und der Tagesord- nungspunkt insgesamt mit der Be-	
a) Umbruch von Grünland auf		richterstattung der Landesregie-	
Moorstandorten wirksam unter-		rung erledigt	4663
binden!	4646	rung cricuigt	4003
	1010	Stärkung des schleswig-holsteini-	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		schen Archivwesens	4664
Drucksache 17/1592		Antrag der Fraktion des SSW	
b) Moorschutzprogramm für		Drucksache 17/1571	
Schleswig-Holstein	4646		

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1747		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/1632 2. Annahme des für	
Anke Spoorendonk [SSW]	4664, 4670	selbstständig erklärten Antrags Drucksache 17/1723	4689
Wilfried Wengler [CDU]	4665		
Hans Müller [SPD] Kirstin Funke [FDP] Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE	4666 4667	Bericht zum Zustand des AKWs Brokdorf	4689
GRÜNEN] Heinz-Werner Jezewski [DIE	4667	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
LINKE]	4668	Drucksache 17/1701	
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur	4670	Emil Schmalfuß, Minister für Ju-	
Beschluss: Überweisung an den Bil-		stiz, Gleichstellung und Integration	4689
dungsausschuss	4671	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4690
Tätigkeitsbericht des Petitionsaus-		Jens-Christian Magnussen [CDU].	4692
schusses in der Zeit vom 1. April		Olaf Schulze [SPD]	4693
2011 bis 30. Juni 2011	4671	Oliver Kumbartzky [FDP]	4694
Bericht des Petitionsausschusses		Björn Thoroe [DIE LINKE]	4695
Drucksache 17/1726		Lars Harms [SSW] Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE	4696
Watie Dathie Haffmann [CDH		GRÜNEN]	4697
Katja Rathje-Hoffmann [CDU], Berichterstatterin	4671		
	4071	Beschluss: Berichtsantrag Drucksa- che 17/1701 und der Tagesord-	
Beschluss: Bestätigung der Erledi-	4.670	nungspunkt insgesamt mit der Be-	
gung der Petitionen	4673	richterstattung der Landesregie-	4698
Keine Steuersenkungen zulasten		rung erledigt	4098
des Landes und der Kommunen	4673	Mädchenarbeit in Schleswig-Hol-	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		stein	4698
Drucksache 17/1632		Antrag der Fraktionen von SPD,	
Stavenson infection a het Vernang		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW	
Steuervereinfachung hat Vorrang vor Steuersenkungen	4673	Drucksache 17/1714 (neu) - 2. Fassung	
Änderungsantrag der Fraktionen von		Tundaman Mudahamahai	
CDU und FDP		Förderung von Mädchenarbeit ist Aufgabe der örtlichen Jugendhilfe	4698
Drucksache 17/1723		Aufgabe der örtilchen Jugendinne	4090
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4673	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP	
Tobias Koch [CDU]	· ·	Drucksache 17/1744	
Olaf Schulze [SPD]	4677	Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]	4698, 4704
Katharina Loedige [FDP]	4678	Katja Rathje-Hoffmann [CDU]	4700
Ulrich Schippels [DIE LINKE]	4680	Kirstin Funke [FDP]	4700
Lars Harms [SSW] Dr. Ralf Stegner [SPD]	4681 4682, 4687	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS	
Rainer Wiegard, Finanzminister	4684	90/DIE GRÜNEN]	4701
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS		Antje Jansen [DIE LINKE]	4702
90/DIE GRÜNEN]	4686	Flemming Meyer [SSW]	4703

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit.. 4705

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/1714 (neu) - 2.

Fassung

2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags

Drucksache 17/1744...... 4707

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Meine Damen und Herren: Wir wollen die Tagung fortsetzen. Die Sitzung ist eröffnet. Erkrankt gemeldet worden sind von der CDU-Fraktion Dr. Christian von Boetticher und Mark-Oliver Potzahr, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Torsten Fürther, von der Fraktion DIE LINKE Ranka Prante und Ellen Streitbörger und von der Fraktion des SSW Silke Hinrichsen. - Allen wünsche ich von dieser Stelle aus beste Genesung.

(Beifall)

Begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne Gäste des Thor-Heyerdahl-Gymnasiums, Kiel. - Herzlich willkommen im Haus!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Ausbau der A 20 - Eine Chance für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1598

Neubewertung der Verkehrsprojekte

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/1647

Ausbau der A 20 verhindern

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1740

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp von der Fraktion der CDU.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir konnten am 6. Mai 2011 ein Interview im "Hamburger Abendblatt" lesen, dass Herr Dr. Habeck gegeben hat. In ihm hat er gesagt, die Grünen wollten den **Bau der A 20** stoppen, jeder Kilometer der A 20 sei einer zu viel. Am liebsten sollte die A 20 spätestens bei der A 7, aber allerspätestens bei der A 23 enden.

(Hans-Jörn Arp)

Herr Dr. Habeck, ich habe hier in diesem Hohen Haus viele kluge Reden von Ihnen gehört. Dieses Interview allerdings entbehrt jeder Sachlichkeit, jeder Realität der verkehrspolitischen Situation, die wir in Schleswig-Holstein haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Fragen Sie einmal die Menschen, die jeden Tag vor dem Elbtunnel stehen, die jeden Tag vor Hamburg stehen. Die werden Ihnen nicht sagen, wir brauchen eine zweite, sondern Sie werden Ihnen sagen, wir brauchen eine dritte Elbquerung. Das ist die Realität. Das sagen die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit fahren; und das sind die Menschen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Land beitragen; das sind die Menschen, die Sie eigentlich erreichen wollen. Sie haben sich mit diesem Interview überhaupt keinen Gefallen getan.

Ich glaube, Sie machen den gleichen Fehler wie Ihr Kollege in Baden-Württemberg bei der Frage um den Bau des Bahnhofs in Stuttgart. Was Stuttgart 21 in Baden-Württemberg ist, ist für Sie der Bau der A 20 in Schleswig-Holstein, das ist genauso ein Chaos. Sie versprechen den Menschen, dass Sie den Weiterbau der A 20 verhindern werden. Sie werden ihn aber nicht verhindern, Sie werden ihn höchstens verzögern. Das Verzögern haben Sie schon in den letzten Jahren, in der Sie in der Regierungsverantwortung waren, betrieben. Am Ende werden Sie sich hier hinstellen und eingestehen müssen, dass wir diese Autobahn, die A 20, und die **Elbquerung** brauchen.

Nehmen Sie deshalb in Ihrem eigenen Interesse diese Aussagen zurück! Das ist übrigens auch ein Grund dafür, warum Schwarz-Gelb weiterregieren muss, nämlich um die Realisierung dieser Forderungen von Ihnen zu verhindern.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab Zeiten in Schleswig-Holstein, da knallten in der Regierung die Sektkorken, wenn es wieder einmal gelungen war, ein Planfeststellungsverfahren für den Bau der A 20 zu verhindern. Gleichzeitig wurden in Mecklenburg-Vorpommern bereits über 300 km der A 20 gebaut. Unter rot-grüner Verantwortung in Schleswig-Holstein hat man in der Zeit gerade einmal 6 km geschafft. Das ist die Realität.

Wenn ich dann ein Interview von Herrn Albig lese der nicht allen hier im Haus bekannt ist, der aber wohl Spitzenkandidat ist -, der selber sagt, die Verkehrsinfrastruktur des Landes Schleswig-Holstein entspricht der aus dem 19. Jahrhundert, kann

ich nur sagen, er soll einmal hinterfragen, wer in den letzten Jahren dafür verantwortlich war.

(Beifall bei CDU und FDP)

Unter Ihrer Verantwortung

(Zuruf von der LINKEN)

- ja, Sie wollen das ganz verhindern, aber mit solchen Leuten rede ich an dieser Stelle jetzt nicht -, unter der Verantwortung von Rot-Grün, ist es nicht gelungen, Planfeststellungsverfahren vorzubereiten, fertig in der Schublade zu haben, sie aktiv zu begleiten, sondern Sie haben Abschnitt für Abschnitt versucht, das zu verhindern. Nur wenn es überhaupt nicht mehr zu verhindern ging, mussten Sie das machen. Sie haben das aber nie aktiv betrieben. Wir haben jetzt für die nächsten zwei Jahre Strecken in einem Volumen von rund 500 Millionen € festgestellt, also das Baurecht dafür vorbereitet. Sie können gebaut werden, vorausgesetzt, das Geld dafür kommt aus Berlin. Das heißt, die Voraussetzungen dafür sind geschaffen, die Planung steht. 80 % der Flächen, die dafür benötigt werden, sind bereits erworben. Das Planfeststellungsverfahren für den Bau des Tunnels, das am langwierigsten ist, wird schon im nächsten Jahr abgeschlossen werden. Das heißt, diese Regierung hat mit Nachdruck alles dafür getan, um den Bau der A 20, die für uns wohl die wichtigste Magistrale neben der Fehmarnbelt-Querung ist, voranzutreiben.

Wir sagen, wenn Sie eine Vision haben - Herr Dr. Habeck, darüber reden Sie ja gern -, wie sich unser Land weiterentwickeln soll: Mit einer A 20 und einer Fehmarnbelt-Querung zusammen schaffen Sie ganz andere Voraussetzungen für Schleswig-Holstein zur Wahrnehmung der Funktion einer Drehscheibe Nordeuropas. Sie sind dann von hier aus, von fast jedem Punkt in Schleswig-Holstein aus, innerhalb von drei Stunden am Fehmbarnbelt, Sie sind am Öresund, Sie sind in Polen, Sie sind in Mecklenburg-Vorpommern, und Sie sind in Nordrhein-Westfalen. Das ist die Vision, die wir haben. Das holt mehr Arbeitsplätze und mehr Wertschöpfung hierher, und das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

In einem weiteren Punkt Ihres Antrags, der uns heute vorliegt, reden Sie darüber, dass Sie den $\mathbf{CO_2} ext{-}\mathbf{Aussto}\beta$ reduzieren wollen.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Der größte CO₂-Ausstoß kommt von den Autos, die täglich im Stau stehen, ab Rellingen und ab Quick-

(Hans-Jörn Arp)

born, nämlich von den Autos, die nicht fahren. Damit richten wir den größten Schaden an.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jeder weiß, die Schaffung von Infrastruktur ist die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Eine vernünftige Infrastruktur bedeutet auch, dass Handwerker mit ihren Dienstleistungen an die Märkte kommen können, dass wir die Produkte unseres Landes zu den Kernmärkten bringen können. Deshalb schadet Ihr Antrag auch dem Mittelstand und dem Gewerbe hier in Schleswig-Holstein. Ich habe wenig Verständnis für Ihre Position.

Jetzt komme ich doch noch zu dem unbedeutenden Antrag der LINKEN. Dort lese ich, das Geld sollte man in den ÖPNV stecken. Dann frage ich Sie: Wie wollen Sie denn über den ÖPNV Verkehre nach Polen, Nordrhein-Westfalen und Holland finanzieren, wie soll das aussehen? Ich glaube, über diesen Antrag brauchen wir nicht weiter zu diskutieren.

Die Fraktion der Grünen fordere ich auf, Ihre Aussagen zur A 20 zurückzunehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Marion Sellier das Wort.

Marion Sellier [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete von den regierungstragenden Fraktionen! Als ich Ihren Antrag las, war ich doch etwas erstaunt. Nach Ihrer Rede jetzt habe ich den Hintergrund schon etwas mehr begriffen. Aber in Ihrem Antrag steht ja nun wirklich nichts drin. Ich hätte Ihnen sonst sehr gern für eine innovative Initiative gedankt.

(Zuruf von der CDU)

- Das kommt noch, immer mit der Ruhe.

Die SPD-Landtagsfraktion ist für den Weiterbau der A 20. Wir wollen ebenso wenig wie Sie, dass die A 20 an der Elbe endet, sondern würden eine Querung eindeutig bevorzugen. Ein ordentliches Planfeststellungsverfahren halten wir ebenfalls für eine geeignete Voraussetzung, um mit dem Bau fortzufahren. Soweit sind wir d'accord.

Es bleibt noch, die richtige Form der Unterstützung für die Landesregierung zu finden, damit sie mit Rückenwind in Berlin für eine gesicherte Finanzierung eintreten kann. Ob Ihr Antrag dazu taugt, sei dahingestellt.

Die Fertigstellung der A 20 mit der Elbquerung bei Glückstadt hat für uns eine besondere Priorität. Das haben die Sozialdemokraten 2009 in ihr Wahlprogramm geschrieben. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD 2005 hatten wir noch gemeinsam mit der Union formuliert: Das wichtigste Verkehrsprojekt für die Zukunft unseres Landes ist die zügige Weiterführung der A 20 mit einer festen Elbquerung bei Glückstadt und einer Anbindung an das niedersächsische Fernstraßennetz.

Dagegen wirkt der jetzige Antrag von CDU und FDP etwas zurückhaltend. Er wirkt ein bisschen wie ein Einstieg in den Ausstieg auf Raten, oder wie ist er sonst zu verstehen? - Ein flammendes Plädoyer für diese wichtige Infrastrukturmaßnahme sieht anders aus. Ich darf meinen Kollegen Bernd Schröder zitieren,

(Beifall bei der SPD)

der vor rund zweieinhalb Jahren, am 28. Januar 2009, sagte:

"Angesichts eines nicht zu leugnenden Investitionsstaus, insbesondere im Norden der Republik, kommen wir aber nicht umhin, klare Prioritäten zu setzen. Wir folgen da der Landesregierung, die folgende Rangfolge aufgestellt hat: zunächst die A 20 mit westlicher Elbquerung als wichtigste Ost-West-Verbindung."

Damals war es gelungen, noch einmal erhebliche zusätzliche Mittel vom **Bund** zu bekommen. Weiterhin hatte der Bund gerade grünes Licht für die Elbquerung westlich von Hamburg gegeben. Die Fertigstellung aller Straßenabschnitte soll planmäßig bis 2015 erfolgen. Bernd Schröder sagte weiter:

"Das macht noch einmal deutlich, wie wichtig die Ost-West-Anbindung ist. Das macht deutlich, wie wichtig es ist, den Standort Brunsbüttel anzuschließen und auch dort für die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze zu sorgen."

Noch vor einem Jahr, am 26. Mai 2010, hat der Kollege Arp festgestellt, dass sich die Bundesregierung eindeutig zu dem Projekt A 20 bekannt hat und alle notwendigen Maßnahmen mit Hochdruck im Interesse Schleswig-Holsteins und Norddeutschland vorantreibt, und jetzt kommt dieser Antrag.

Die SPD-Landtagsfraktion geht erstens davon aus, dass die A 20 planmäßig weitergebaut wird, damit

(Marion Sellier)

wir dieses wichtige Stück Infrastruktur in vollem Umfang für Schleswig-Holstein nutzen können. Zweitens gehen wir bei aller angebrachten Kritik davon aus, dass die Landesregierung sich so gut ins Zeug legt, wie sie kann, damit das möglichst zügig umgesetzt wird. Wenn Sie meinen, dass Sie von unserer Seite noch ein bisschen Ermutigung brauchen, dann haben Sie diese hiermit. Wir werden Ihren Antrag annehmen. Den Antrag der Grünen werden wir ablehnen, und den Antrag der Linken lehnen wir ebenfalls ab.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Infrastruktur ist in Schleswig-Holstein leider in vielen Bereichen noch unzureichend. Das gilt sowohl für die Schienen- als auch für die Straßeninfrastruktur. Zu den Wasserstraßen werden wir gleich noch kommen. Im Bereich der Straßeninfrastruktur ist die A 20 das wichtigste Projekt in unserem Land. Der Weiterbau der A 20 hat eine große Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Die A 20 wird unsere Position als Logistikstandort in Nordeuropa weiter stärken. Der Kollege Arp hat dies völlig richtig dargestellt. Vor allem wird sie - das sollte man an dieser Stelle nicht ausblenden - die größtenteils strukturschwache Westküste besser an die überregionalen Verkehrswege anbinden. Sie wird andere Straßen im südlichen Landesteil und auch in Hamburg deutlich entlasten.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dies betrifft im Übrigen nicht nur die Autobahnen die A 7 und die A 1-, es betrifft auch viele Bundesund Landesstraßen. Insofern wird die A 20 vielen Menschen in ihren Wohnorten mehr Lebensqualität bringen. Auch das ist vielleicht ein interessantes Argument, das sich die Grünen einmal zu Gemüte führen könnten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nach über 20 Jahren im wiedervereinigten Deutschland benötigt unser Bundesland die A 20 dringend als eine leistungsfähige **Ost-West-Verbindung**. Bisher haben wir keine. Der geplante Abschnitt zwischen Weede und Wittenborn westlich von Bad Segeberg ist mittlerweile mit rund 150 Millionen € vom Bund finanziert. Umso ärgerlicher ist aus unserer Sicht die gestern verkündete Verzögerung beim Baubeginn dieses Bauabschnitts. Der nächste Teilabschnitt wird dennoch aus unserer Sicht zeitnah im nächsten Jahr gebaut, daran wird auch die erneute Überarbeitung der Planung nichts ändern.

Die A 20 hat vor allem deshalb eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, weil sie die westliche Anbindung an Niedersachsen darstellen wird. Sie wird dem Mittelstand in unserem Land neue Perspektiven geben. Das gilt vor allem für Handwerk und Gewerbe an der Westküste. Sie wird auch den Industriestandort Brunsbüttel weiter stärken. Insofern ist die A 20 vor allem für die Westküste unseres Landes von ganz großer Bedeutung.

(Beifall bei FDP und CDU)

In diesem Haus wird gern von der **Förderung der Westküste** gesprochen. Hier können Sie dies unter Beweis stellen. Deshalb sind alle herzlich eingeladen, unserem Antrag zuzustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

- Ich freue mich über die große Zustimmung durch die Abgeordneten von der Westküste. Das tut mir als jemandem aus dem Südosten gut. Wir wollen mit unserem Antrag ein deutliches Signal an Berlin senden, Frau Kollegin Sellier.

Im Mai dieses Jahres gab es einen Parlamentarischen Abend in unserer Landesvertretung zur A 20. Herr Schippels, Sie waren nicht da. Das war sehr schade. Aber es waren viele andere Abgeordnete da. Dort haben die Vertreter der betroffenen Regionen - gerade die von der Westküste - dargestellt, wie sehr sie sich die schnelle Realisierung der A 20 wünschen. Der bestehende Wille der politischen Mehrheit reicht hierfür noch nicht aus, Frau Jansen. Meine Fraktion fordert vom Bund daher deutlich mehr Mittel für den Bau über die Länderquote hinaus.

(Zuruf von der LINKEN)

- Sie zum Glück nicht. Ich glaube, solange ich lebe, wird das nicht passieren.

Herr Schippels, der größte Brocken bei der Finanzierung der festen Elbquerung macht die feste Elbquerung westlich von Hamburg bei Glückstadt im Kreis Steinburg aus. Diese ist momentan noch völlig offen. Das wird Sie wahrscheinlich freuen. Mich freut das weniger. Dabei möchte ich betonen,

(Christopher Vogt)

dass die A 20 ohne eine feste Elbquerung nach Niedersachsen ihren Zweck nur völlig unzureichend erfüllen würde. Wir fordern daher eine klare Perspektive. Ich freue mich darüber, dass man mittlerweile auch in Hamburg innerhalb der neuen SPD-Regierung erkannt hat, dass die A 20 für uns Priorität hat und eben nicht die A 21. Diese folgt danach. Das freut mich, und es stärkt uns den Rücken.

Manchmal ist es interessant, sich Landtagsdebatten aus den vergangenen Jahren anzuschauen. Ich habe das getan. Es gab zum Beispiel eine sehr schöne kontroverse Debatte in diesem Haus im Jahr 2003. Der damalige Verkehrsminister Bernd Rohwer von der SPD - es war nicht alles schlecht - hat an dieser Stelle massiv für die A 20 geworben und sich dafür engagiert. Die Grünen haben damals auf Landesund auf Bundesebene gegen die A 20 gearbeitet; leider mit einigem Erfolg. Insofern möchte ich den Menschen, die in Schleswig-Holstein die A 20 wollen, noch einmal deutlich sagen: Diese Blockadepolitik droht uns wieder. Es ist schön, dass die SPD die A 20 unterstützt. Dies bringt nur nichts, wenn Sie eine rot-grüne Koalition anstreben und die Grünen die A 20 dann wie damals blockieren. Das würde unser Land nicht voranbringen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Umso bemerkenswerter finde ich es, dass die **Grünen** in ihrem finanzpolitischen Internetforum auch die Frage nach der A 20 gestellt haben. Die Antworten waren ebenso wie im Zusammenhang mit der A 7 deutlich. Die Mehrheit hat gesagt: Ja, wir wollen die A 7 ausbauen, wir wollen die A 20 weiterbauen. Danach haben Sie gesagt: Gut, das ist nett, wir nehmen das zur Kenntnis, allerdings ändern wir unsere Haltung dadurch nicht. Die Frage ist: Warum haben Sie die Menschen gefragt, wenn Ihnen die Meinung der Menschen relativ egal ist? - Das frage ich mich wirklich.

Ich möchte in diesem Zusammenhang der Fraktion der **Linken** fast schon für ihren Änderungsantrag danken, weil dieser deutlich ist. In Ihrem Antrag trauen sich die Grünen nicht, offen gegen die A 20 zu opponieren. Stattdessen philosophieren Sie über die demografische Entwicklung und das angeblich neue Mobilitätsverständnis in der Gesellschaft. Das finde ich sehr interessant. Sie wollen die Elbe sehr fortschrittlich mit der Fähre überqueren. Das finde ich großartig, das wird uns sehr voranbringen.

Die zunehmenden Verkehre gerade auf den Straßen Schleswig-Holsteins blenden Sie völlig aus. Die wirtschaftlichen Vorteile insbesondere für die Westküste scheinen Ihnen auch egal zu sein, und die vorgesehenen **Bundesmittel** wollen Sie stattdessen lieber in andere Bundesländer bringen. Das finde ich sehr solidarisch, aber das bringt uns herzlich wenig. Aus meiner Sicht ist das ideologische Verkehrspolitik zum Abgewöhnen. Insofern bin ich gespannt auf Ihren Redebeitrag.

Ich beantrage Abstimmung in der Sache und werbe um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Arp, da Sie vor Kurzem noch neue Atomkraftwerke im Kreis Steinburg bauen wollten, werden Sie uns nachsehen, dass wir Ihre Analysen zur Infrastruktur eher mit spitzen Fingern anfassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bis 2050 ist ein Bevölkerungsrückgang um 16 % prognostiziert. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, dass wir dann 460.000 Menschen weniger sein werden. Und die Menschen, die dann hier leben werden, werden andere Bedürfnisse haben als die Menschen heute. Der Anteil der 65-Jährigen wird dann 32 % betragen. Für die Jungen ist nicht mehr, wie für Sie und auch für mich, Herr Arp, der Führerschein Ausdruck von Freiheit, sondern ganz andere Ideen, ganz andere Anforderungen, etwa unbeschränkter Internetzugang. Nur leider simst und twittert es sich sehr schlecht, und auch für Facebook ist es sehr schlecht, wenn man gleichzeitig steuern muss.

Was ich sagen will, ist, dass wir auf ganz andere Herausforderungen in der Mobilität und auch in der Freiheitserwartung der Menschen zulaufen, als die Ersteller der Pläne, die vor 20 oder 30 Jahren gemacht wurden, überhaupt ahnen konnten. Das sieht man schon heute: Der Führerschein steht immer noch ganz oben auf der eigenen Wunschliste von jungen Leuten, aber ein eigenes Auto schon längst nicht mehr, sondern man denkt über ganz andere Nutzungskonzepte von Pkws nach.

Nach den persönlichen **Herausforderungen der Zukunft**: Was ist mit den **Klimaschutzzielen** der Bundesregierung? Bis 2020 müssen die **CO₂-Emis**-

(Dr. Robert Habeck)

sionen des Verkehrs um mindestens 40 % gegenüber 1990 zurückgehen. Das sind Vereinbarungen und Aussagen, die getroffen werden. Der Verkehr, vor allen Dingen der Pkw-Verkehr, verbraucht 25 % der Energie in Deutschland und hat einen CO₂-Ausstoß-Anteil von 18 %. Es muss erlaubt sein, die Dinge nicht nur isoliert zu betrachten, sondern zu fragen, wie beides miteinander zusammengehen kann. An dieser Stelle muss man wohl befürchten: Es geht gar nichts miteinander zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man sieht - wir werden es in der nächsten Debatte über den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals sehen -, wer alles gleichzeitig fordert, überlässt es anderen, letztlich zu entscheiden, was ausgebaut werden soll. Das gilt selbstverständlich auch für die Autobahnprojekte und den Bundesverkehrswegeplan. Er ist in den Haushaltsmitteln um den Faktor 3 unterfinanziert. Bis 2015 hat er noch einen Finanzbedarf - einen Bedarf von 28 Milliarden €. In den Haushalt eingestellt sind aber nur 10 Milliarden €. Der Bedarfsplan Schiene - um das nur der Vollständigkeit halber auch noch zu erwähnen - ist um den Faktor 6 unterfinanziert. Angesichts der Schuldenbremse, die auch für den Bund gilt, und weiteren bereits fest vorgesehenen Einsparungen auch im Verkehrsbereich - das sind ja Planungen der Bundesregierung brauchen wir den Realismus, den Sie sonst in allen Bereichen von der Opposition fordern, auch in der Verkehrspolitik. Wir brauchen Realismus!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hätten Sie den Mumm, diesem Realismus Taten folgen zu lassen und eine strategische Prioritätenliste vorzulegen, die davon ausgeht, dass nicht alles gebaut werden kann, was gebaut werden sollte, dann würden wir energisch den Ausbau der A 21 zum Beispiel bis Kiel vorantreiben und nicht über die A 20 reden. Da liegt doch das wahre Verkehrsproblem im Moment. Die Pendler kriegen Sie am besten von der Straße vor dem Elbtunnel, in dem Sie den Metroexpress oder den öffentlichen Nahverkehr ausbauen, von Neumünster und Kiel bis Hamburg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fähren, liebe FDP: Wenn Sie sich an der Westküste so gut auskennen, wie Sie immer behaupten, dann wissen Sie, dass die Fähren, die jetzt bei Glücksstadt die Elbe queren, schon längst nicht mehr renoviert und erneuert werden, weil eben in den Plänen zur A 20 steht, dass die Fähren abgeschafft werden sollen. Das ist damit gemeint. Der

Stau, der jetzt an der **Elbe** besteht, ist die unmittelbare Folge der Pläne zur **A 20**.

(Lachen bei CDU und FDP)

- Selbstverständlich, das sagen Ihnen alle, die Betreiber, die Leute von den Fähren. Wer würde denn jetzt in eine Fähre investieren, wenn er weiß, dass da in zehn Jahren die Lichter ausgehen? Wer soll das machen?

Aber wir wissen, dass wir in dieser Frage keine politische Mehrheit haben. Wir haben es eben noch einmal gehört. Für die SPD ist die schwarz-gelbe Koalition eine Abwickel-Koalition des Autobahnausbaus. Es kann also alles gar nicht schnell genug gehen. Wir haben dem Ausbau der A 20 dreimal in Koalitionsverhandlungen mit der SPD zugestimmt. Mir und uns ist klar, dass es weit und breit keine politische Konstellation gibt, die für eine innovative, ökologische und nachhaltige Mobilitäts- und Infrastrukturpolitik stehen würde. Ich bedauere das sehr. Bis sich eine solche Erkenntnis durchgesetzt hat, wird die A 20 wahrscheinlich gebaut sein. Herr Arp hat es ausgeführt: Im Unterschied zu 1996, 2000 und 2005 soll die A 20, auch wenn es sich jetzt noch einmal verzögert, 2012 planfestgestellt sein. Dann kann nach Recht der Bund, wenn es diesen Willen gäbe, den es absehbar nicht gibt, gegen den Willen des Landes die A 20 bauen beziehungsweise jede Autobahn bauen, da das Land dann nur noch in Auftragsverwaltung tätig ist. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber es entbindet uns nicht von der Pflicht, zu sagen, was richtig und was falsch ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob der Mitteleinsatz für die A 20 angesichts der verschuldeten Haushalte den Anforderungen an eine moderne, ressourcenarme Wirtschaftspolitik und der Konkurrenz bei **unterfinanzierten Verkehrsprojekten** genügt, kann mindestens bezweifelt werden. Sie ist für uns ein weiterer Wechsel auf die Zukunft und ein ungedeckter Scheck.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Regierungsfraktionen zur A 20 erscheint auf den ersten Blick recht hilflos. Vielleicht treibt

(Björn Thoroe)

die Regierungsfraktionen auch Verzweiflung um; denn eines der Lieblingsprojekte von Schwarz-Gelb hat es zu großen Teilen mal wieder nicht in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans geschafft. Wir meinen: zum Glück! Irgendwelche Vorteile muss es für Schleswig-Holstein ja auch haben, wenn sich die Landesregierung in Berlin nicht durchsetzen kann.

DIE LINKE fordert, dass sich der Landtag statt für milliardenteure **Großprojekte**, die am Ende nur der Straßenbauwirtschaft nutzen, lieber für kleinere, bevölkerungsfreundliche **Schienenprojekte** einsetzen sollte. Geld aus Berlin für Verkehrsprojekte sollte lieber in ökologisch und sozial weitaus gewinnbringendere Projekte, wie **StadtRegionalBahnen** in Kiel und Lübeck oder den Ausbau der **S 4** im Hamburger Rand eingeworben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer sich heute noch für Autobahngroßprojekte einsetzt, handelt unverantwortlich gegenüber der Umwelt und den öffentlichen Haushalten. Sogar die IHK Hamburg stellt mittlerweile die geplante Route infrage und bezweifelt die Sinnhaftigkeit des Projekts. Wenn noch nicht einmal die Wirtschaft selber geschlossen hinter diesem Autobahnprojekt steht, sollte selbst dem größten Autobahnfreund ein leiser Zweifel aufkommen. Der Nutzen des A-20-Ausbaus steht in keinem Verhältnis zu den Kosten. Allein die geplante Elbquerung wird über 1 Milliarde € verschlingen. Es hat einen guten Grund, dass sich bis jetzt noch kein privater Investor an dieses Harakiri-Projekt wagt. Zudem würden bei dem Bau einer festen Elbquerung Arbeitsplätze bei den Fährbetrieben in Glückstadt verlorengehen. Kostengünstiger und effizienter wäre ein Ausbau der Fährverbindung von Glückstadt nach Wischhafen. Es gibt schon eine westliche Elbquerung, nur eben keine feste, sondern eine schwimmende.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem würde es aufgrund der Verkehrsprognosen völlig ausreichen, einige Bundesstraßen auszubauen. Aus verkehrspolitischer und wirtschaftlicher Sicht macht der Ausbau der A 20 schlicht und ergreifend keinen Sinn. Die ökologischen Folgen wären zudem verheerend. Würde das Prestige-Projekt A 20 verwirklicht werden, müssten über 2,5 Millionen t Erde bewegt werden. Die Menge des Abraums würde die vorhandenen Deponiekapazitäten sprengen.

Auch das Artenschutzrecht wurde nicht ausreichend beachtet. Fledermaushöhlen würden zerstört

werden und Vogelschutzgebiete in eine Betonwüste verwandelt. DIE LINKE lehnt den beantragten Ausbau der A 20 auch aus umweltpolitischen Gründen ab.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE steht für eine ökologische und soziale **Verkehrswende**. Wir unterstützen sinnvolle Schienenprojekte und nehmen das **EU-Programm** "From Road to Sea" ernst. Wir haben Ihnen unsere Meinung schon letztes Jahr bei der Präsentation des A-20-Logos gezeigt und haben dort unseren Protest ausgedrückt. Sparen Sie an der richtigen Stelle! Verzichten Sie auf den Ausbau der A 20!

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Neubewertung des Projektes, wie die Grünen es fordern, finden wir dabei überflüssig. Statt sich klar gegen den Ausbau zu positionieren, wollen die Grünen noch einmal Geld für Gutachten ausgeben. Das ist aus unserer Sicht typisch grünes Herumgeeiere!

(Lachen bei CDU und FDP)

DIE LINKE hat deshalb den Antrag gestellt, den Ausbau der A 20 hier und heute abzulehnen. DIE LINKE fordert: Bildung statt Beton!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon etwas merkwürdig, wenn auf Initiative der CDU und der FDP die eigene Landesregierung gebeten wird, die notwendigen Planfeststellungsbeschlüsse zügig herbeizuführen, um die A 20 weiterzubauen. Stellt dies doch das Eingeständnis dar, dass dies bisher augenscheinlich nicht der Fall war, sonst würde man es ja nicht beantragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Insofern stellen wir also erst einmal fest, dass die notwendigen **Planfeststellungsbeschlüsse** bisher nicht zügig durch die Landesregierung herbeigeführt wurden. In diesem Punkt können wir als SSW den Kolleginnen und Kollegen der CDU- und der FDP-Fraktion beipflichten, und wir unterstützen Sie natürlich voll und ganz, wenn Sie Ihrer Landesre-

(Lars Harms)

gierung bei diesem wichtigen Verkehrsprojekt Beine machen wollen, Herr Kubicki.

(Beifall bei FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ebenso verhält es sich mit der im Antrag getroffenen Aussage:

"Der Landtag spricht sich für den Bau der Bundesautobahn 20 inkl. fester Elbquerung nach Niedersachsen aus."

Dieser Satz gilt für den SSW, wie für die meisten anderen auch, schon seit über 20 Jahren. Insofern frage ich mich, warum wir dies nach unzähligen Beschlüssen wieder beschließen sollen. Aber sei's drum. Es stimmt ja, dass die A 20 nicht nur hohes Potential für die infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung hat. Vielmehr ist die Verbindung mit der westlichen Elbquerung das für uns überragende verkehrspolitische Projekt.

Im dritten Punkt des Antrags sollen wir nun die Landesregierung in ihren Verhandlungen mit der Bundesregierung zur **Finanzierung** der A 20 unterstützen. Wenn denn das Ziel stimmen würde, ließe sich ja auch darüber reden. Aber bisher sprach man bei der Elbquerung von einer **Maut**, die für die Passage erhoben werden sollte. Schon dies zu schlucken, fällt uns immer noch schwer. Schließlich müssen Schleswig-Holsteiner, die an der **Westküste** wohnen, für den Grenzübertritt nach Niedersachsen bezahlen, und andere Schleswig-Holsteiner, die in anderen Regionen unseres Landes wohnen, sollen dies auch in Zukunft nicht tun. Für uns ist diese Ungleichbehandlung nicht nachvollziehbar.

Verschlimmert wird die Situation noch dadurch, dass nun womöglich auch noch Maut für Teile der A 20 im Landesinneren erhoben werden soll. Damit geht man dann eindeutig zu weit. Man darf sich dann nicht wundern, wenn der entlastende Effekt auf den Bundesstraßen, den man sich erhofft, bei einer Mauterhebung eben doch nicht eintritt. Auch hier muss gelten: Gleiches Recht für alle. Für uns ist klar, dass alle Autobahnen zu den gleichen Bedingungen genutzt werden können müssen. Es kann nicht sein, dass bestimmte Strecken mautpflichtig sind und andere nicht.

Wenn Verkehrsminister Ramsauer prüfen lässt, ob eine **Pkw-Mautpflicht** für Teile der A 20 machbar ist, dann würde ich erwarten, dass sich die Landesregierung im Sinne ihrer Bürger auf die Hinterbeine stellt und dagegen vorgeht. Deshalb muss die Verhandlungsposition jetzt dergestalt geändert werden, dass auch eine Maut verhindert werden muss. Trotz

dieses punktuellen Unterschieds in der Prioritätensetzung werden wir aber dem schwarz-gelben Antrag zustimmen.

Denn wieder einmal gibt es Unterschiede, welche Projekte bundesweit gefördert werden und welche nicht. Sie hören es sicherlich nicht gern, aber es ist so. Für die Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Querung, die Kopenhagen/Malmö mit Hamburg und dem Ruhrgebiet verbindet, werden mindestens 1,7 Milliarden € ausgegeben, die wir eigentlich gar nicht haben. Wenn man dies einmal ins Verhältnis zu der Frage setzt: Können wir uns die Elbquerung noch leisten, oder müssen wir von den Bürgern Maut erheben?, dann können Sie sicherlich verstehen, wie meine Argumentation aufgebaut ist. Ohne dass diese Querung auch nur im Entferntesten einen nachhaltigen Nutzen hätte, wird dieses Geld ausgegeben. Für die verkehrliche Anbindung der Westküste ist dann kein Geld da, und alles gerät ins Stocken. Am Ende muss der Bürger der Westküste nicht nur Steuern für alle Verkehrsprojekte berappen, sondern noch einen Extra-Obolus leisten, damit er eine vernünftige Anbindung ans Straßennetz bekommt.

Vor dem Hintergrund, dass die A 20 wirklich "das" Verkehrsprojekt in unserem Land schlechthin ist, dass für wichtige Impulse für die Wirtschaft an der Westküste und in Schleswig-Holstein sorgen kann, ist es wichtig, dass hier eine breite Mehrheit die A 20 und Elbquerung unterstützt. Das gibt der Antrag von CDU und FDP auch her. Deshalb werden wir diesem Antrag entsprechend zustimmen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Harms, was die Sache mit dem "zügig" anbelangt, da sind wir als Regierung ganz demütig. Wir lassen uns als Regierung in dieser Frage gern vom Parlament treiben. Wenn ich heute feststellen kann, dass es eine breite Mehrheit in diesem Haus dafür gibt, dass wir zügig die **Planfeststellung für die A 20** vorantreiben, dann ist das ein gutes Signal.

(Minister Jost de Jager)

(Beifall bei CDU und FDP)

Ohnehin finde ich, dass der heutige Tag - die bisherige Debatte hat das gezeigt - ein gar nicht so schlechter Tag für die A 20 ist. Denn was wir heute gehört haben, ist, dass eigentlich nur noch die Fraktion DIE LINKE ein unkonditioniertes Nein zur A 20 sagt. Die Grünen sagen ein konditioniertes Nein zur A 20, denn sie sagen, wir finden sie zwar nicht gut, aber wir anerkennen als Grüne, dass wir sie nicht verhindern können. Insofern stelle ich fest, dass die Basis für die A 20 hier im Lande und hier im Landtag immer breiter wird. Auch das ist ein gutes Zeichen, weil es uns nämlich in die Lage versetzt, die Pläne tatsächlich voranzutreiben und das zu leisten, was wir als Hausaufgabe als Land tatsächlich leisten können. Wir werden die Planfeststellung aller Abschnitte bis Ende 2012 gewährleisten können. Damit hat das Land - das ist richtig beschrieben worden - alles getan, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die A 20 tatsächlich schnell realisiert werden kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Unterschied zu anderen bin ich auch nicht sorgenvoll, was die **Finanzierung** anbelangt. Denn es ist bei diesen großen Projekten immer so, dass die Finanzierung aus dem Bundeshaushalt erst dann erfolgt, wenn das **Baurecht** festgestellt ist. Insofern kann die Finanzierung aus dem Bundeshaushalt erst dann sichergestellt werden, wenn die Planfeststellungen vorliegen. Insofern ist das Fehlen dieser Finanzierung gegenwärtig kein Zeichen dafür, dass es nicht finanziert wird. **Haushaltstechnisch** kann es finanzwirksam erst später eingestellt werden. Insofern gehe ich davon aus, dass in der neuen Zeitplanung die A 20 inklusive der westlichen Elbquerung im Jahr 2020 realisiert sein wird. Das ist ein gutes und wichtiges Projekt für Schleswig-Holstein.

Weil ich mich jetzt nicht mehr über Ihr Ja oder Nein zur A 20 auseinandersetzen kann, will ich, was die Grünen anbelangt, Herr Habeck, einen Punkt aus Ihrem Antrag aufgreifen, bei dem ich glaube, dass die unterschiedliche Sichtweise deutlich wird. Wenn Sie uns auffordern, Projekte künftig anhand der prognostizierten demografischen Entwicklung in Schleswig-Holstein zu planen, zeigt sich, dass wir sehr unterschiedliche Auffassungen von dem haben, was Straßeninfrastruktur leisten soll. Für Sie ist Straßeninfrastruktur die lästige Folge der Zivilisation, und für uns ist Straßeninfrastruktur die Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck zu?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ja, gern.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister de Jager, würden Sie mir zustimmen, dass es in allen politischen Bereichen - Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Finanzpolitik - sinnvoll ist, die demografische Entwicklung ernst zu nehmen und in die Planung langfristig einzubeziehen, und wo sehen Sie zum Beispiel den Unterschied zwischen der Gesundheitspolitik und der demografischen Entwicklung und der Verkehrspolitik?

(Christopher Vogt [FDP]: Ihr wollt Feinstaub in den kleinen Orten haben!)

- Ich bin Ihnen geradezu dankbar für diese Frage, weil Sie nach einem sehr wichtigen Umstand fragen, nämlich: Wie stellen wir uns als Standort Schleswig-Holstein darauf ein, dass durch die demografische Entwicklung unsere Standortbedingungen nicht besser werden? Da sage ich, wir müssen vorbauen. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass wir als Standort weiterhin attraktiv bleiben und dass wir als Standort weiterhin wettbewerbsfähig bleiben, obwohl es diese demografische Entwicklung gibt. Dazu gehört die Investition in Verkehrswege. Wir werden gleich auch noch über die Wasserwege diskutieren. Aber die Investition in Verkehrswege, Straßenverkehrsinfrastruktur, gehört auch dazu. Das ist übrigens die richtige Strategie angesichts der sich verändernden Standortbedingungen durch den demografischen Wandel.

(Beifall bei CDU und FDP)

Insofern glaube ich, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Was die Standorte anbelangt, hat es Kollege Harms, aber haben es auch andere gesagt. Die A 20 ist übrigens nicht nur eine große Autobahn. Wie viel sie gebracht hat, weiß jeder, der ab und zu nach Lübeck muss. Die A 20 ist dann vor allem die erste leistungsfähige Ost-West-Verbindung, die wir in Schleswig-Holstein haben. Sie erschließt den Raum Westküste, was eine östliche Querung von Hamburg eben nicht machen würde. Deswegen ist die A 20 mit der westlichen Elbquerung ein wichtiges Projekt für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratungen.

Es ist beantragt worden, über diese Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1740, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 17/1740 mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD, SSW gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1647, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag Drucksache 17/1647 ist mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1598, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag Drucksache 17/1598 ist mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Fahrrinnenanpassung der Elbe vorantreiben

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1609 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/1716

Verkehrsinfarkt auf Nord-Ostsee-Kanal und Elbe verhindern - Arbeitsplätze sichern

Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1745

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jens-Christian Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren ist geprägt durch seine mittelständische Unternehmensstruktur, insbesondere durch seine maritime Charakteristik und seine maritimen Wirtschaftszweige. Ein sicherer Arbeitgeber für das Hamburger Umland und das südliche Schleswig-Holstein, aber auch für weitere Teile, ist der Hamburger Hafen. Die Elbvertiefung ist für die Weiterentwicklung des Hamburger Hafens ein Muss, da die strategische Verfügbarkeit insbesondere im Containerdienst Chancen für den Brunsbütteler Hafen bieten kann und somit auch schleswig-holsteinische Interessen betroffen sind.

Ein großes Entwicklungspotenzial für den Elbehafen Brunsbüttel Ports, bedingt durch die Schaffung eines Notliegeplatzes und damit durch eine Vertiefung vor dem Brunsbütteler Hafen, ist ebenfalls für Massengut und für Flüssiggut zu erwarten. Dies bietet eine große Chance. Der Hamburger Hafen ist für die Verteilungslogistik für Gesamtdeutschland von strategischer Bedeutung. Die Landesregierung begleitet die Maßnahme nunmehr seit 2003, also über acht Jahre hinweg, konstruktiv. Die Bereiche Deichsicherheit, Belange des Natur- und Umweltschutzes, zunehmende Verschlickung von Nebenflüssen, Sportboothäfen, Außentiefs, Sperrwerke und Nebenelben sind von der Landesregierung im Zulassungsverfahren mit besonderem Augenmerk behandelt, bewertet und begleitet sowie im stetigen Abgleich mit allen Beteiligten fortgeschrieben worden.

Verehrte Grüne, nun zu Ihrem Antrag! Mit Ihrem Antrag geht es Ihnen nicht um die **Unterstützung des Nord-Ostsee-Kanals**, Ihnen geht es vorrangig um die **Verhinderung des Ausbaus der Elbe**.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Warten Sie ab, Herr Dr. Habeck. Es geht noch weiter. - Für die CDU-Fraktion stehen beide Projekte nicht im Gegensatz, sondern sind in absoluter Notwendigkeit zueinander zu sehen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die logische Folge einer zunehmenden "Containerbeschickung" des Hamburger Hafens als **maritime** Logistikscheibe ist der Abtransport - die Verteilung der Waren - über Feederschiffe durch den Nord-Ostsee-Kanal in den Ostseeraum.

Völlige Übereinstimmung hat der Wirtschaftsausschuss mit einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung zur zwangsläufig notwendigen Neubaumaß-

(Jens-Christian Magnussen)

nahme der planfestgestellten fünften Schleuse in Brunsbüttel dokumentiert. So war zumindest mein Eindruck bis 14:20 Uhr am gestrigen Tag, als Herr Kollege Tietze in bekannt überheblicher Selbstdarstellung und entgegen der vereinbarten Gemeinsamkeit in einer Pressemitteilung ausführte, er habe die "Grünen-Passage" durch einen Ergänzungsantrag eingebracht.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Anträge sind in diesem Zusammenanhang von keiner Partei gestellt beziehungsweise eingebracht worden. Wir haben uns - so dachte ich zumindest - einvernehmlich auf einen Text verständigt.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Kollege Tietze, mit dieser Pressemitteilung sind Sie den Mitgliedern des Ausschusses und was mich am meisten stört, unserem Vorsitzenden Bernd Schröder, der auf einen Konsens ohne parteipolitische Wertung aus war, in den Rücken gefallen.

(Beifall bei CDU und SPD)

So, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sieht grüne Verlässlichkeit aus. Vielen Dank dafür!

Das gleiche Schicksal wird die Menschen in Bezug auf den Friedrichskooger Hafen ereilen. Auch hier sind Sie für den Hafen, weil Sie ideologisch gegen die Elbvertiefung sind. Wir als CDU setzen uns hingegen konstruktiv für den Hafen ein.

Doch zurück zur Sache! Eine vorgezogene Sanierung der **Schleusen** kann nicht funktionieren, da eine Ausfallwahrscheinlichkeit dieser Schleusen besteht und technische Defekte, bauliche Missstände oder Kollisionen an den Schleusentoren zwangsläufig Wartezeiten der Schiffe erzeugen würden, die die Akzeptanz für die Kanalpassage erheblich mindern und mehrere Tausend Arbeitsplätze in Gefahr bringen würden.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Ja!)

- Sind Sie auf dem aufsteigenden Ast?

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Ja!)

- Oder haben Sie eine Hitzewallung?

(Unruhe - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was soll das denn? Das ist ungehörig!)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Magnussen, ich rüge Sie für diese Bemerkung. Persönliche Befindlichkeiten gehören nicht in die parlamentarische Debatte. - Die Kollegen bitte ich jetzt wieder um Ruhe.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Sehr gut!

(Heiterkeit - Unruhe)

Ein weiterer Aspekt der Notwendigkeit der Schleusenanlagen in Brunsbüttel ist die Tatsache, dass die Schleusen ein Teil des **Hochwasserschutzes** und der **Hinterlandentwässerung** sind. 1.534 km² werden über den Nord-Ostsee-Kanal und die Schleusen entwässert.

Und, liebe Grüne, auch die **Elbvertiefung** dient primär Schleswig-Holstein. Somit sollten wir alle froh sein, dass der Norden endlich wieder über Großprojekte der Infrastruktur verfügt. Das hatten wir lange nicht mehr. Das sollten wir nicht zerreden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Unser aller Ansatz sollte es sein, sich grundsätzlich für Großprojekte der Infrastruktur einzusetzen. Sie nutzen unserem Land.

Eine Sanierung vor Neubau ist nicht möglich. Das erkennt man aber nur, wenn man sich vor Ort kundig macht. Nord-Ostesee-Kanal und Elbe sind für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von großer Bedeutung. Immer wiederkehrende Lippenbekenntnisse zu notwendigen Investitionen bringen uns nicht weiter. Handeln ist dringend geboten.

Wir beantragen Abstimmung in der Sache.

Abschließend danke in dem Herrn Minister herzlich für seinen engagierten Einsatz für den Nord-Ostsee-Kanal und für die Elbe. Auf unsere Unterstützung können Sie bauen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir die aktuellen verkehrspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung bezüglich Elbvertiefung, Nord-Ostsee-Kanal und Wasser- und Schifffahrtsamt anschaue, bestätigt sich die negative Einstellung zu Norddeutschland: kein Interesse, keine Ahnung, keine

(Dr. Ralf Stegner)

Lobby. Es muss frustrierend sein, Herr Verkehrsminister, dass man zwar von der eigenen Fraktion gelobt wird, aber so wenig Einfluss in Berlin hat, obwohl dort Ihre eigenen Leute regieren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der FDP)

Der Nebel ist groß. Der Vorschlag der Bundesregierung, erst einmal zu sanieren und später die fünfte Schleuse zu bauen, ist nämlich alles andere als vernünftig. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir brauchen die **fünfte Schleuse**, damit der Kanal während der **Sanierung** weiter passiert werden kann, und wir brauchen dann rasch den weiteren Ausbau

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Beim Kanalausbau geht es darum, den reibungslosen Verkehr auch in Zukunft zu ermöglichen und diese für den internationalen Handel so wichtige Wasserstraße an die Anforderungen der modernen Handelsschifffahrt anzupassen. Die Bundesregierung nähme durch die bei der Sanierung drohenden Teilsperrungen in Kauf, dass der Ruf Deutschlands als Hochtechnologiestandort nachhaltigen Schaden nimmt. Wir würden der Welt demonstrieren, dass wir bereits mit der Instandhaltung einer eher archaischen Technologie offensichtlich hoffnungslos überfordert sind. Das wäre das, was dabei herauskäme

(Christopher Vogt [FDP]: Was hat die SPD gemacht?)

Dann wird versucht, die beiden Projekte Elbvertiefung und Kanalausbau gegeneinanderzuschieben, wie das der Kollege Tietze mit seiner gestrigen Pressemitteilung vorgeschlagen hat.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich muss ehrlich sagen: Hier gegen Straßen, dort gegen Schienen, jetzt auch gegen Wasserstraßen - das geht wirklich nicht! Der **Hamburger Hafen** ist in Wirklichkeit unser norddeutscher Hafen, und er braucht einen funktionstüchtigen Nord-Ostsee-Kanal. Unsere Wirtschaft hier braucht wiederum einen bestens erreichbaren Hamburger Hafen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Schiffe aus dem Hafen Hamburg würden immer noch an den kaputten Kanalschleusen in Brunsbüttel und Kiel-Holtenau scheitern, der Nord-Ostsee-Kanal wäre für ihren Tiefgang nicht ausgelegt, lange Wartezeiten wegen einer fehlenden fünften Schleuse vor Brunsbüttel machen die Passage teuer und unattraktiv.

Beide Projekte gehören zusammen, und beides darf nicht zu kurz gedacht werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich sage aber auch, ökologische Belange müssen natürlich berücksichtigt, die Deichsicherheit gewährleistet und die Verschlickung der Elbhäfen gemindert beziehungsweise verhindert werden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Ich glaube übrigens, es wäre an der Zeit, die norddeutsche Zusammenarbeit zu intensivieren, um mit einer Stimme in Berlin zu reden. Statt wie die hiesige Union Olaf Scholz anzugreifen, geht es darum, gemeinsam zu agieren und unsere Position in Berlin wirksam zu vertreten. Leider habe ich den Eindruck, dass Landes- und Bundesregierung nicht wissen, was auf dem Spiel steht.

Die Unternehmen und **Betriebe am Kanal** verlieren ihre Planungssicherheit. Diese verhindert nicht nur dringend benötigte Arbeitsplätze, sondern gefährdet auch bestehende **Arbeitsplätze** bei den Lotsen, in Maklerbetrieben, in Hafenbetrieben und in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Die ganze Region ist von der Entwicklung der Häfen - auch und gerade des Hamburger Hafens - und des Kanals geprägt. Stattdessen würden die geplanten Personaleinsparungen im Wasser- und Schifffahrtsamt die Position Norddeutschlands weiter schwächen. Insgesamt 960 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Nord-Ostsee-Kanal sind durch die anstehende Reform betroffen.

Die Ignoranz gegenüber unseren **Entwicklungs- chancen** scheint uferlos zu sein. Das ist aber auch kein Wunder: Die CDU ist weitgehend mit sich selbst beschäftigt, der Ministerpräsident hat das Regieren weitgehend eingestellt, und die FDP hat genug damit zu tun, den Kopf wieder über Wasser zu kriegen.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Situation kennen Sie ja!)

Wir brauchen beides, die Elb- und die Kanalvertiefung, wir brauchen die Schleusensanierung, und wir müssen mit der fünften Schleuse in Brunsbüttel anfangen. Ich finde es positiv, dass der Wirtschaftsausschuss des Landtags gestern eine gemeinsame Erklärung gefasst hat.

Zum Schluss habe ich noch eine persönliche Bitte an Sie, Herr Verkehrsminister de Jager. Wenn Sie

(Dr. Ralf Stegner)

jetzt mit der Bundesregierung in Verhandlungen darüber eintreten, dass wir mehr Geld bekommen: Setzen Sie nicht wieder auf die scheinbar so geniale Kubicki-Taktik, die Sie bei der Uni Lübeck angewandt haben! Drohen Sie also bitte nicht mit der Sperrung des Nord-Ostsee-Kanals! Das ist nämlich eine internationale Wasserstraße. Wir wissen vom Suezkanal, welche Folgen das haben kann.

(Beifall bei der SPD)

Von Schleswig-Holstein geht momentan manches aus, worüber in der Republik alle den Kopf schütteln. Also bitte, wenden Sie dieses Mal eine andere Taktik an als in Lübeck! Sorgen Sie auf konventionellem Weg dafür, dass wir Verhandlungserfolge haben, und zeigen Sie auch, dass wir die Mittel brauchen, um unsere so wichtigen Wasserstraßen hier auszubauen! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Landtagsfraktion befürwortet nicht nur den NOK-Ausbau und die Investitionen in die Schleusenanlagen, sondern auch die sich derzeit in Planung befindende Fahrrinnenanpassung der Elbe.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

- Danke. - Die Grünen haben zum vorliegenden Antrag in Pressemitteilungen schon einiges erklärt. Gestern wurde erklärt, dass CDU und FDP ihren Antrag eigentlich zurückziehen müssten. Aber warum? - Klar, Sie wollen heute wieder einmal nicht Farbe zu dem Thema bekennen, wie es eben schon bei der A 20 war. Doch nur deshalb, weil die Grünen die Elbvertiefung aus ideologischen Gründen ablehnen und den wirtschaftlichen Nutzen für Schleswig-Holstein und ganz Norddeutschland ignorieren, werden wir unseren Antrag nicht zurückziehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was bei den Grünen vielleicht nicht verstanden worden ist, ist: Es geht uns in unserem Antrag darum, das Projekt der **Fahrrinnenanpassung** konstruktiv zu begeleiten, den **gemeinsamen Nutzen** daraus zu ziehen und die **Belange des Natur- und** **Umweltschutzes** sorgfältig zu berücksichtigen. Daran scheinen Sie kein Interesse zu haben.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Die vorgesehene Fahrrinnenvertiefung der Elbe ist für den Hafenstandort Hamburg und die umliegende Region von sehr großer Bedeutung. In Schleswig-Holstein sind schließlich Zehntausende Arbeitsplätze vom Hamburger Hafen abhängig. Aber neben den positiven Aspekten müssen natürlich auch mögliche Nachteile sorgsam abgewogen werden. Für uns ist dabei die Sicherheit der Deiche und der dort lebenden Menschen und ihrer Güter entscheidend, ebenso die Umweltverträglichkeit. Deshalb bitten wir die Landesregierung in unserem Antrag, sich weiterhin "dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Entscheidung über die Fahrrinnenanpassung der Elbe mögliche Auswirkungen auf die Deichsicherheit, die Entwicklung der Flora und Fauna auf den Ausgleichsflächen und die Entwicklung der Topografie, insbesondere der Sedimentation ..., in erforderlichem Umfang erfasst und dokumentiert werden". Immens wichtig ist für uns auch die "Zielsetzung, mögliche Nachteile für das Land durch den Abschluss von Vereinbarungen mit dem Bund zu regeln".

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal ausdrücklich: Wir wollen einen wettbewerbsfähigen Hamburger Hafen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens ist durch eine zügige Optimierung der seewärtigen Zufahrt sicherzustellen. Deutschland ist eine Exportnation. Da müssen wir die infrastrukturellen Bedingungen den globalen Entwicklungen anpassen. Zudem steht der Hafen in Hamburg in einem direkten Wettbewerb mit anderen Häfen wie zum Beispiel in Rotterdam.

Wenn man über den Hamburger Hafen spricht, muss man in einem Atemzug den Nord-Ostsee-Kanal und damit die Schleusenkammern in Brunsbüttel erwähnen. Ganz klar ist: Der Bau der neuen Schleusenkammer und die Sanierung der bestehenden Schleusen in Brunsbüttel sowie der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals sind dringend erforderlich und haben allerhöchste Priorität.

(Beifall bei FDP und CDU)

Bemerkenswert - das ist hier heute schon einmal gesagt worden, auch von Herrn Stegner; dafür bedanke ich mich ganz herzlich -, dass die Grünen ihre ideologische Ablehnung der **Elbvertiefung** nun auf einmal damit begründen, dass die Schleusen repariert werden müssen. Was die Grünen nämlich noch nicht verstanden haben, ist: Die Wettbewerbs-

(Oliver Kumbartzky)

fähigkeit des Nord-Ostsee-Kanal hängt direkt von der des Hamburger Hafens ab und umgekehrt. Außerdem ist die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens und des Kanals von existenzieller Bedeutung für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein und ganz Norddeutschland.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Es ist nicht das erste Mal, dass die Grünen Verständnisprobleme bei wirtschaftlichen Zusammenhängen haben. Aber hier spielen sie zwei Infrastrukturprojekte aus ideologischen Gründen gegeneinander aus. Das kann es wirklich nicht sein.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für einen umgehenden Neubau der planfestgestellten fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel sowie die Sanierung der Schleuse ein, unterstützt aber selbstverständlich auch die für Schleswig-Holstein wichtige Elbvertiefung, denn der Nord-Ostsee-Kanal als Wirtschaftsstandort und wichtige Verkehrsader würde leiden, wenn es mit der Elbvertiefung nicht voranginge. Allerdings würde es genauso dem Hafenstandort Hamburg schaden, wenn der Ausbaudes Kanals und des Schleusenbaus in Brunsbüttel auf die lange Bank geschoben würden.

Im Handel mit Nordosteuropa ist Hamburg darauf angewiesen, dass Schiffe ohne lange Wartezeiten an den Schleusen den Kanal passieren können. Schon jetzt kommt es vor den Brunsbütteler Schleusen zu Wartezeiten, die den Zeitvorteil der Kanalpassage gegenüber dem Seeweg über Skagen zumindest teilweise aufheben. Die Gefahr ist groß, dass Reedereien zum bereits erwähnten Hafen Rotterdam abwandern und von dort die Route über Skagen gen Ostsee fahren.

Der Schifffahrt müssen ständig zwei große Schleusenkammern in Brunsbüttel zur Verfügung stehen. Deswegen muss zuerst eine neue Schleuse als Bypass zur Verfügung stehen, ehe die großen Kammern nacheinander grundsaniert werden.

(Beifall der Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Die FDP-Fraktion begrüßt, dass der Wirtschaftsausschuss gestern eine fraktionsübergreifende Resolution zum Thema Kanalschleusen beschlossen hat. Wir müssen auch weiterhin gemeinsam dafür werben, dass es gelingt, beim Bund eine für den NOK positivere **Priorisierung** der zur Verfügung stehenden **Haushaltsmittel** zu erreichen, damit umgehend mit den Bauarbeiten fortgefahren werden kann. Es

bringt nichts, wie Herr Tietze und die Grünen das in Pressemitteilungen immer wieder gern tun, der Landesregierung Untätigkeit vorzuwerfen. Es ist ja Fakt, dass sich die Landesregierung nachdrücklich und wiederholt für den Schleusenneubau und den Ausbau des Kanals eingesetzt hat und sich auch weiterhin einsetzen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

In den kommenden Wochen muss gemeinsam für den NOK geworben werden. Es darf nicht zu einem Totalausfall der Schleusen kommen. Das hätte verheerende Auswirkungen auf Schleswig-Holstein und den Hamburger Hafen.

Ich bitte im Zustimmung zu dem Antrag von CDU und FDP. Die SPD kann auch gern zustimmen. Schleswig-Holstein braucht den Ausbau des NOK, funktionsfähige Kanalschleusen und ebenso auch die Fahrrinnenanpassung der Elbe.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es in dieser Debatte? - Es geht darum, Farbe zu bekennen. Es geht darum, klar zu sagen, was zuerst kommt, was für unser Land und für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig ist. Deshalb sage ich hier ganz deutlich: Wir Grüne bekennen uns zum Nord-Ostsee-Kanal als wichtigste Priorität für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es nützt gar nichts, wenn Sie in dieser Phase mit dem **Antrag auf Elbvertiefung** kommen. Ich kann ja verstehen: Sie haben vor drei Monaten zusammengesessen, haben sich überlegt, wie Sie noch einmal die Backen aufblasen können,

(Christopher Vogt [FDP]: Die Wangen, nicht die Backen!)

um zu zeigen, dass Sie auch für Infrastrukturprojekte in diesem Land sind. Nur ist Ihnen dann die Debatte um den Nord-Ostsee-Kanal gehörig dazwi-

(Dr. Andreas Tietze)

schengekommen. Mit Ihrem Antrag akzeptieren Sie nicht nur die falsche Prioritätensetzung des Bundes, sondern Sie lassen den Nord-Ostsee-Kanal im Regen stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals ist für unser Land zurzeit das allerwichtigste Projekt. Deshalb sollten wir die politischen Kräfte darauf konzentrieren

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen in der jetzigen Debatte eine klare politische Prioritätensetzung, eine klare Kante und nicht das Spiel mit dem Feuer. Ihre Botschaft nach Berlin ist jedoch zweideutig: Einerseits wollen Sie die Fahrrinnenanpassung der Elbe und andererseits den NOK. Noch vor einigen Tagen sind Sie zu mir gekommen und haben gesagt: Das gehört doch gar nicht zusammen! Nun bekennen Sie sich in dem Antrag dazu, den wir gestern im Wirtschaftsausschuss Gott sei Dank auf unsere Initiative noch mit dem Zusatz versehen haben, dass der Nord-Ostsee-Kanal die höchste Priorität der Bundeswasserstraßen besitzt. Nur weil Sie diesen Zusatz aufgenommen haben, wird aus dem Antrag überhaupt ein scharfes Schwert, und wir brauchen ein scharfes Schwert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt zu?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Tietze, habe ich Sie richtig verstanden, dass, wenn das Geld vom Bund für beide Projekte zur Verfügung gestellt wird, auch Sie die Elbvertiefung befürworten?

- Ich habe deutlich gemacht, dass wir in einer knappen Finanzsituation leider nicht bei dem Thema "Wünsch dir was" sind, sondern dass wir bei der realistischen Fragestellung sind, was wir mit dem vorhandenen Geld, das die Bundesregierung zur Verfügung stellt, in Schleswig-Holstein tatsächlich erreichen können. Deshalb hat der Nord-Ostsee-Kanal für mich die erste Priorität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Magnussen zu?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Nein, ich möchte jetzt meine Rede im Zusammenhang halten.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Sie stellen immer wieder die gleichen Fragen. Wenn Sie einmal ein paar intelligentere Fragen stellen würden, würde ich mich gern bemühen, die zu beantworten.

(Zurufe)

Ich frage Sie allen Ernstes: Welche Botschaft senden Sie nach Berlin? - Sie packen den Rucksack voller Infrastrukturprojekte, und Ihre Kollegen in Berlin lachen darüber. Die Entscheidung ist doch ganz klar: Wenn Sie das Thema Infrastrukturprojekte in Deutschland bei knappen Kassen bewältigen wollen, wenn Sie eine realistische Perspektive für Schleswig-Holstein im Blick haben wollen, dann müssen Sie sich zur Prioritätensetzung bekennen. Das tun Sie in Ihrem Antrag nicht. Sie sagen: So what, alles geht. Wir sagen: Das ist die falsche politische Botschaft, denn damit macht man sich in Berlin unglaubwürdig. Wenn man alles will, kriegt man am Ende gar nichts.

(Christopher Vogt [FDP]: Haben Sie gar nicht zugehört?)

Ich möchte zum Kollegen Arp kommen. Wo ist er eigentlich? Ich habe ihn nicht gesehen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Hier!)

- Herr Kollege Arp, Sie haben in Presseerklärungen der letzten Monate immer wieder gesagt - ich zitiere mit Verlaub, Frau Präsidentin -: Wir sagen im Grunde genommen: Der Elbeausbau ist für mich an Nummer 1 gesetzt.

Bei allen Themen, Nord-Ostsee-Kanal, Infrastrukturprojekte, haben Sie immer gesagt: Die Elbvertiefung ist für mich an Nummer 1 gesetzt. Wenn Sie diese Auffassung haben, dann müssen Sie im Umkehrschluss den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern, dann müssen Sie der Lotsenbruderschaft, dann müssen Sie den Menschen in Ihrem Wahlkreis auch sagen: Ich bin dafür, dass zuerst die Elbe ausgebaggert wird, und der Nord-Ostsee-Kanal ist mir im Grunde genommen scheißegal.

(Dr. Andreas Tietze)

Das ist Ihre Botschaft, das ist Ihre Aussage, das halten wir für grundlegend falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

Herr Arp, **verkehrliche Großprojekte** - das weiß man schon in der ersten Klasse, wenn man im Parlament ist - kosten viel Geld. Sie müssen bewertet werden, sie müssen eine Priorität haben, und dann müssen sie umgesetzt werden, damit sie nachhaltig sind. Das ist das, was wir für den Nord-Ostsee-Kanal immer gesagt haben. Der Nord-Ostsee-Kanal ist nachhaltig, weil er klimaverträglich ist, weil er eine Perspektive für unser Land und die Arbeitsplätze in unserem Land hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, lassen Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Stegner, zu?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Ja, bitte schön!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Begriff "scheißegal" ist unparlamentarisch! - Weitere Zurufe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Tietze, ich habe eine Doppelfrage an Sie. Zum einen: Glauben Sie, dass die Finanzierung von verkehrlichen Großprojekten leichter möglich ist, wenn sie von mehreren norddeutschen Ländern unterstützt werden, als wenn sie nur von einem unterstützt wird? Zum anderen: Glauben Sie, dass Hamburg und Niedersachsen unsere Anforderungen an den Nord-Ostsee-Kanal unterstützen, wenn wir im Gegenzug den Ausbau des Hamburger Hafens, der für Arbeitsplätze extrem wichtig ist, nicht unterstützen?

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

- Herr Stegner, mir ist klar, dass wir **Projekte im norddeutschen Verbund** voranbringen müssen, aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass **Hamburg** Elbe und Hafen an erster Stelle hat und dann lange nichts kommt. Wenn man so argumentiert, haben die **Niedersachsen** das Problem mit ihrem Weser-Jade-Port, und wir haben das Problem mit dem Nord-Ostsee-Kanal. Man muss das auch einmal als Ganzes denken.

(Lachen und Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Ich würde mir wünschen, dass wir zu dieser Perspektive kämen. Herr Dr. Stegner, wenn man diese Bewertung trägt, dann bin ich mir ziemlich sicher, dass der **Nord-Ostsee-Kanal** eine hohe Priorität hat, weil es die beste und einzige Wasserstraße in Europa ist, die einen hohen wirtschaftlichen Erfolg garantiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Die Denke in Berlin ist klar, die Priorität liegt in Berlin, nicht im Norden. Das haben Sie zu Recht gesagt, Herr Dr. Stegner. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir uns jetzt bei der Hängepartie um den Nord-Ostsee-Kanal in einer klaren und deutlichen Weise äußern.

Ich darf daran erinnern: Die Baugenehmigungen für den Nord-Ostsee-Kanal liegen alle vor. Wir könnten sofort beginnen. Zur Elbvertiefung hingegen gibt es einen aktuellen Streit um die Veränderung des Salzgehalts im Elbwasser. Es gibt ein Gutachten des Elbanrainers Dow Chemical in Stade, das zum Ergebnis kommt, dass sich die Salzgrenze um bis zu 13 km verschieben könnte. Neben dem Kühlwasser der Chemiefabrik wären auch Obstbauern im Alten Land stark betroffen. Pikant daran ist, dass die Planungsbehörden dieses Gutachten noch nicht einmal an die EU-Kommission weitergeleitet haben. So etwas mag Brüssel gar nicht.

Wenn wir schon vor der Frage stehen, wie es weitergeht, haben Sie bei der Elbvertiefung tatsächlich das Risiko, dass Sie keine Baugenehmigung haben, dass es lange dauert und dass das Geld nicht abgerufen wird. Dann ist doch die Gefahr sehr groß, dass das Geld irgendwann weg ist. Allein aus diesem Grund, weil beim Nord-Ostsee-Kanal die Baugenehmigung vorliegt, weil alles auf Grün steht, müssen wir den Nord-Ostsee-Kanal als Priorität ansehen und die Haushaltsmittel für dieses Projekt freigeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, lassen Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der FDP zu?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Nein, ich komme jetzt zum Schluss. Herr Kubicki, Sie können sich ja noch mit einem Dreiminutenbeitrag zu Wort melden.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die grüne Landtagsfraktion hat sich in dieser Frage wirklich ernsthaft mit der Prioritätensetzung auseinandergesetzt.

(Zuruf von der FDP: Merkt man nicht!)

Weil wir das getan haben, ist meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns im Sinne der gestrigen Erklärung des Wirtschaftsausschusses - Nord-Ostsee-Kanal first - darauf konzentrieren, dass es dort losgeht. Das ist eine sinnvolle und richtige Entscheidung für unser Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich möchte den Abgeordneten Dr. Tietze für die Verwendung eines unparlamentarischen Begriffs rügen. Anhand seines Lächelns merke ich, dass er weiß, um welchen Begriff es geht.

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der geplante Ausbau der Elbe ist ökologisch und ökonomisch widersinnig.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Ausbau der Elbe verhindert nun auch noch den ökologisch und ökonomisch sinnvollen Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals. Es muss doch nun endlich jeder und jede verstanden haben, dass sich für den Ausbau der Elbe einzusetzen heißt, dem Nord-Ostsee-Kanal und damit Schleswig-Holstein zu schaden. Wer den Ausbau der Elbe fordert, darf sich nicht wundern, dass kein Geld mehr für Schleswig-Holstein und den Nord-Ostsee-Kanal vorhanden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE hat sinnvolle Alternativen zum Ausbau der Elbe im Angebot. DIE LINKE fordert ein **bundesweites Hafenkonzept**. Der Ausbau der Elbe ist ein Beispiel dafür, wie Konkurrenz zwischen Häfen Mensch und Natur Nachteile bringt.

Ich bin allerdings noch optimistisch, dass der Ausbau der Elbe nicht wie geplant umgesetzt wird. Der

Ausbau der Elbe verstößt gegen **FFH-Richtlinien** der EU. Im Planfeststellungsverfahren wurden **Alternativen zur Elbvertiefung** nur ungenügend geprüft. Weder ein Ausbau des Cuxhavener Hafens noch der in Wilhelmshaven geplante Jade-Weser-Port spielten im Planfeststellungsverfahren eine Rolle. Zudem ist ein Bedarf in Hamburg nicht gegeben.

Schon bei der heutigen **Wassertiefe** sind nur 2 % der Schiffe beim Passieren auf Hochwasser angewiesen. Dies kommt - wie wir alle wissen - nach zwölf Stunden wieder zurück. So viel Zeit muss bei diesen wenigen Schiffen schon sein, wenn es um den Erhalt eines der wertvollsten Ökosysteme der Erde geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch für das **Weltnaturerbe Wattenmeer** wären die Auswirkungen einer Elbvertiefung fatal. Schon heute muss die Elbe ständig ausgebaggert werden, weil sie mit der Zeit verschlammt. Der Aushub landet im Wattenmeer und führt dort zu einer Störung des einmaligen Ökosystems. Ich bin sehr optimistisch, dass Gerichte dieser Argumentation folgen und der Elbvertiefung einen Riegel vorschieben werden.

2012 wird in Wilhelmshaven ein Tiefseewasserhafen in Betrieb genommen, der 1 Milliarde € Subventionen verschlungen hat. Wilhelmshaven ist die Alternative zur Elbvertiefung. Hier sollten Verladungen von den großen Frachtschiffen auf Feederschiffe stattfinden. Viele dieser Feederschiffe könnten durch den ausgebauten Nord-Ostsee-Kanal fahren. In Hamburg fände dann bei sinnvoller Planung nur noch die Verladung auf Landverkehre statt. Auch dies ist übrigens angesichts des wachsenden Welthandels ein Markt, der den Hamburger Hafen ausfüllen wird. Wenn die Bundesregierung ein abgestimmtes Hafenkonzept vorlegen würde, gäbe es beim Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals überhaupt keine Probleme.

(Beifall bei der LINKEN)

Die 500 Millionen € für die Elbvertiefung würden für die Verbreiterung der Oststrecke des Kanals mehr als ausreichen; auch das fünfte Schleusentor in Brunsbüttel und die Instandsetzung der Levensauer Hochbrücke könnten von den 500 Millionen € für die widersinnige Elbvertiefung finanziert werden.

Liebe Abgeordnete von FDP, CDU und SPD, wirken Sie auf Ihre Parteifreundinnen und -freunde in Hamburg und Berlin ein! Sorgen Sie mit dafür, dass

(Björn Thoroe)

das einzigartige Ökosystem Elbe erhalten bleibt! Sorgen Sie mit dafür, dass im strukturschwachen Wilhelmshaven Arbeitsplätze entstehen! Entscheiden Sie sich für ein abgestimmtes, ökonomisch und ökologisch vertretbares Verkehrskonzept auf dem Wasser!

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE fordert Verkehrsplanung statt blinden Aktionismus. Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals wäre dann gar kein Problem mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 2002 wird über eine weitere Vertiefung der Elbe gerungen. Nach den Plänen Hamburgs sollte damit bereits 2009 begonnen werden; dies ist, wie wir wissen, nicht geschehen. Die Bedenken gegen eine erneute Vertiefung sind ökonomischer, aber hauptsächlich ökologischer Art.

In der Vergangenheit ist die Elbe mehrfach vertieft worden. Man hat schon nach diesen Elbvertiefungen, die immer beschönigend "Fahrrinnenanpassungen" genannt wurden, feststellen können, welche Auswirkungen diese Maßnahmen haben. Die Deiche mussten weiter erhöht werden, weil die steigende Fließgeschwindigkeit für immer höhere Wasserstände gesorgt hat. Eine weitere Vertiefung wird zur Folge haben, dass sich die Fließgeschwindigkeit weiter erhöht und es damit zu Erosion und Sedimentation kommt. Die Elbhäfen, die Nebengewässer und die Flachwasserzonen versanden, und dadurch erhöhen sich die Unterhaltungsbeiträge. Darüber hinaus würde das Salzwasser weiter flussaufwärts gelangen; die Folgen sind unabschätzbar.

Derzeit ist auch der EU-Umweltkommissar auf dem Plan, weil eine Elbvertiefung auch negative Auswirkungen auf europäische Schutzgebiete hätte. Die Entscheidung der obersten europäischen Umweltbehörde steht aber noch aus. Eine kategorische Vertiefung der Elbe, wie sie im Antrag der Koalition gefordert wird, lehnen wir daher ab.

Der zweite Ansatz des Antrages, in dem es um die Auswirkungen eines solchen Eingriffs geht, wäre Teil einer **Umweltverträglichkeitsprüfung**, die in jedem Fall durchzuführen ist. Auch **Ausgleichs**- maßnahmen sind nach Recht und Gesetz im Rahmen der Eingriffsregelung durchzuführen. Letztlich geht es hier nicht um einen Ausgleich für Schäden, sondern um eine politische Entscheidung für einen massiven Eingriff in die Natur. Diesen lehnen wir in dieser Absolutheit ab.

(Beifall beim SSW)

Nun zum Antrag der Grünen! Für Schleswig-Holstein hat der Neubau der fünften Schleuse und der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals Priorität, ja sogar erste Priorität.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wirtschaftsausschuss des Landtages hat gestern eine entsprechende Resolution zum Neubau einer fünften Schleuse beschlossen; aber ein Ausspielen der Elbvertiefung gegen den Schleusenbau halten wir für nicht zielführend.

Vielmehr geht es doch um die Frage, inwieweit die **Elbvertiefung** nötig ist. Angesichts der Entwicklung moderner Containerschiffe stellt sich auch die Frage, inwieweit die geplante Vertiefung wirklich zukunftsfähig ist. Wie oft und wie tief soll die Elbe denn noch ausgebaggert werden, damit solche Riesenpötte den Hamburger Hafen ansteuern können?

Das Kleinklein im Zusammenhang mit dem Ausbau beziehungsweise der Sanierung der Wasserstrassen oder Häfen bringt die norddeutsche Hafenwirtschaft nicht wirklich voran. Solange die Häfen sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt haben, wird sich jeder für seinen Bereich beim Bund verkämpfen und letztlich nichts erreichen.

Es ist daher sinnvoller, den **Weser-Jade-Port** als Tiefwasserhafen für Norddeutschland richtig zu fördern und aus allen Häfen unseres Raumes einen **gemeinsamen Hafen** zu machen.

(Beifall bei SSW und den LINKEN)

Hier müssen wir erkennen, dass wir im **internatio- nalen Zusammenhang** in größeren Dimensionen denken müssen. Der Londoner Hafen erstreckt sich entlang der Themse von der Nordsee bis nach London. Der Rotterdammer Hafen stellt sich über kommunale und Provinzgrenzen hinweg als einheitlicher Hafen dar. Das sind die Maßstäbe, an denen wir uns messen lassen müssen.

Daher kommen wir um eine **norddeutsche Hafen-kooperation** nicht herum. Die Vorteile liegen auf der Hand, es könnte mit einer Stimme beim Bund gesprochen werden, und konkurrierende Maßnahmen würden verhindert werden. Dies sicherte letzt-

(Lars Harms)

lich die Arbeitsplätze in den einzelnen Hafenstandorten und käme auch der Natur an der Elbe zugute. Dann erschiene auch eine mögliche Elbvertiefung in neuem Licht und fiele vielleicht nicht so umfangreich aus wie bisher geplant.

Da der SPD-Antrag so formuliert ist, dass man auch die Elbvertiefung noch in ihrer Art und Intensität den wirklichen Notwendigkeiten anpassen kann, werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp von der CDU-Fraktion das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zwar schon von mehreren gesagt worden, aber wegen der Bedeutung will auch ich noch einmal auf Folgendes hinweisen: Der größte Arbeitgeber Schleswig-Holsteins ist der Hamburger Hafen. Zahlreiche Arbeitsplätze hängen von dessen Entwicklung ab. Deshalb stellt sich überhaupt nicht die Frage, ob wir uns für die Fahrrinnenanpassung einsetzen. Diese hat für uns Priorität, Herr Tietze.

Wenn Sie denn schon meine Zitate hier wiedergeben, dann bitte vollständig. In einem Interview mit dem NDR vor ungefähr 14 Tagen habe ich gesagt: Wenn die Fahrrinnenanpassung der Elbe in diesem Jahr nicht mehr kommt, muss das freigewordene Geld für das Projekt eingesetzt werden, für das wir Planungsrecht haben, das heißt, der Ausbau der Schleusenanlage in Brunsbüttel vorgezogen werden. In dieser Reihenfolge hat das zu geschehen. Bei dieser Maßnahme gibt es für uns kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch.

Vom Nord-Ostsee-Kanal hängt auch ein Großteil der Entwicklung Osteuropas ab. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses waren zu Besuch in St. Petersburg. Dort hat man genau darauf geachtet, wie wir in Schleswig-Holstein zu den Infrastrukturmaßnahmen - sowohl Ausbau des Nord-Ostseekanals als auch Fahrrinnenanpassung - stehen. Ich betone: Weder für mich persönlich noch für die CDU-Fraktion insgesamt gibt es hier ein Entweder-oder, sondern es gibt nur ein Sowohl-als-auch. Das eine Projekt hat große Bedeutung für Arbeitsplätze auch in Schleswig-Holstein; das andere ist eine Infrastrukturmaßnahme, die man vorziehen könnte, wenn der

Bund zustimmen würde. Das Vorhaben haben wir beim Bund angemeldet. Ich habe mit Herrn Ferlemann gesprochen, aber noch nichts erreicht - das kennen auch Sie von den Grünen. Aber ich habe darauf aufmerksam gemacht. Die Möglichkeiten, die wir haben, sollten wir nutzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Arp, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Tietze zu?

(Christopher Vogt [FDP]: Die Frage müssten Sie beantworten!)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Wenn sie niveauvoll ist, ja.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Kollege Arp, was machen Sie denn, wenn Herr Ferlemann Sie morgen anruft und sagt: "Herr Arp, wir haben kein Geld, das wird schwierig. Sie müssen sich entscheiden: Elbvertiefung oder NOK"?

- Noch einmal: Ich hatte Sie doch gebeten - -

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagen Sie ihm dann?

- Was den Ausbau der Schleusenanlage angeht, so ist das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen. Bei der Elbvertiefung ist das noch nicht der Fall. Deshalb stellt sich die Frage nicht. - Herzlichen Dank für die Frage!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind fest davon überzeugt, dass unser Hauptproblem bei der Realisierung großer Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen die **Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans** ist. Die Chance, das hinzubekommen, was wir dringend brauchen, erhöht sich immer dann, wenn wir Norddeutschen gemeinsam agieren.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten - dazu bekenne ich mich ausdrücklich - müssen uns stets vor Augen halten, wovon die Arbeitsplätze in unserem Land abhängen beziehungsweise wie die Zukunft gesichert werden soll. Wir sind der Meinung, dass man bei vernünftiger Ausgestaltung auch ohne ideologische Betrachtung auskommen kann. Das gilt für alle Beden Straßenbau, den Ausbau Schieneninfrastruktur und den Ausbau der Wasserstraßen. Es ist offenkundig: Wenn wir uns in dieser Frage so verhielten, wie es beispielsweise die Niedersachsen in der Vergangenheit teilweise getan haben, dann widerspräche das massiv unseren eigenen Interessen.

Wir tun das nicht, ohne das ökologisch vernünftig umzusetzen, um das klar zu sagen. Aber wir können nicht glauben, wir kleines Land Schleswig-Holstein könnten es uns leisten, dass gegeneinander auszuspielen mit der sehr eigenartig Formulierung, das sei jetzt eine Prioritätenentscheidung! Nein, eine **Prioritätenentscheidung** ist, dass wir gemeinsam endlich mehr für Norddeutschland durchsetzen. Das ist für uns zwingend erforderlich.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Es macht wenig Sinn, immer über norddeutsche Gemeinsamkeiten zu reden, zum Teil übrigens in völlig unwichtigen Fragen, um das einmal ehrlich zu sagen. In manchen Dingen ist das wirklich sehr unwichtig.

(Beifall des Abgeordneten Hauke Göttsch [CDU])

Hier reden wir über vitale Interessen unseres Landes, über eine Menge Arbeitsplätze und **Zukunftsinfrastruktur**, die wir schaffen müssen. Da kann nur helfen, dass man gemeinsam norddeutsch agiert. Das müssen wir besser machen. Da fordern wir die Landesregierung auf, dass Ihrige dazuzutun. Aber hier ist eine Prioritätensetzung falsch, denn wenn man das eine nicht tut, kann man sich das andere gleich sparen. Ich habe versucht, das in meinem Redebeitrag vorhin darzulegen. Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, ich sei Verkehrsexperte im Detail. Aber es ist doch für jeden offenkundig, dass der Nord-Ostsee-Kanal und der Ausbau des Hamburger Hafens zusammengehören.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt. Zur Antragslage würde ich gern folgenden Vorschlag machen. Wir könnten im Prinzip dem Antrag von Union und FDP zustimmen, wollen das aber nur tun, wenn im Gegenzug die Kolleginnen und Kollegen von Union und FDP unserem Antrag, der ja in der Sache vernünftig ist und bei dem wir darum bitten würden, ihn zum eigenständigen Antrag zu erklären, auch zustimmen können. Wir sehen ein, dass der Punkt 4, der uns besonders wichtig ist, bei dem es um die Frage der Privatisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung geht, gesondert abgestimmt wird. Da haben wir eine klare Position. Wir wollen da keine Privatisierung. Aber man sollte jedenfalls das Maß an Gemeinsamkeit, das es in diesem Hause gibt, feststellen, denn das Signal nach außen muss auch sein - das kennzeichnet unseren Antrag -: Uns geht es um Arbeitsplätze, und uns geht es um die Zukunft ganz vieler Familien in Schleswig-Holstein. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass das auch gewährleistet ist.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Sehr geehrte Damen und Herren! Begrüßen Sie mit mir bitte Schülerinnen und Schüler der Domschule Schleswig auf der Besuchertribüne. - Herzlich willkommen im Haus!

(Beifall)

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss immer wieder mit Erstaunen feststellen, dass der Kollege Stegner heute richtig gut drauf ist. Er bereitet sich wahrscheinlich auf unser Politboxen heute Abend schon systematisch vor.

(Christopher Vogt [FDP]: Keine Werbung!)

Ich habe auch lange überlegt, ob ich begeistert klatschen soll, was ich dann getan habe, weil Sie in der Sache, Herr Kollege Stegner, Recht haben. Ich habe mich gemeldet, weil der Kollege Tietze - wohl wissend, was ich Ihn gefragt hätte - die Zwischenfrage nicht zugelassen hat, denn er hat ausgeführt, wie wirtschaftlich erfolgreich der Nord-Ostsee-Kanal ist und welche Bedeutung er auch für Schleswig-Holstein hat.

(Wolfgang Kubicki)

Aber es muss Ihnen klar sein, Kollege Tietze, dass der wirtschaftliche Erfolg des Nord-Ostsee-Kanals unmittelbar und untrennbar mit dem Erfolg des Hamburger Hafens verbunden ist - untrennbar! In dem Moment, in dem Sie keine Güter in Hamburg mehr anlanden können, wird auch der wirtschaftliche Erfolg des Nord-Ostsee-Kanals nicht mehr festzustellen sein. Was Sie mit dieser Prioritätensetzung machen wollen, ist zu camouflieren, dass Sie eigentlich gegen die Elbvertiefung sind. Seien Sie doch einfach einmal ehrlich und sagen Sie: Wir wollen keine Fahrrinnenanpassung der Elbe.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Haben wir doch! - Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Dann müssen Sie uns und der deutschen Öffentlichkeit die Diskussion des wechselseitigen Anspruchs von **Nord-Ostsee-Kanal** und **Elbvertiefung** hier nicht vorführen.

Die wollen das nicht. Das können Sie sagen, das ist ehrlich. Aber zu sagen, wir müssen uns für den Nord-Ostsee-Kanal einsetzen und damit gleichzeitig in Kauf nehmen, dass die Elbvertiefung nicht kommt, ist ein unehrliches Verhalten, das ich Ihnen vorwerfe.

(Beifall bei FDP, CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich bin wirklich auch sehr begeistert darüber, dass der Verkehrsexperte der Fraktion DIE LINKE der Wirtschaft immer erklären will, was sie sinnvollerweise tun soll. Das Problem ist nur, dass sich die Wirtschaft möglicherweise an die planwirtschaftlichen Vorgaben der LINKEN - wie in der DDR auch - nicht hält.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Sie können selbstverständlich sagen, dass die großen Reedereien ihre Schiffe in Wilhelmshaven anlanden,

(Zuruf des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

oder in Feederschiffe umladen lassen sollen, nur wenn sie das nicht machen, werden sie gleich nach **Rotterdam** gehen, was sie übrigens in Hamburg angekündigt haben. Ich würde das einmal ernst nehmen! Dann verlieren wir in Deutschland, in Hamburg und in Schleswig-Holstein wirklich Zehntausende von Arbeitsplätzen. Das kann doch ernsthaft niemand wollen, jedenfalls kein Linker, der sich dafür einsetzen muss, dass **Arbeitsplätze** bei

uns geschaffen und erhalten werden und nicht woandershin abwandern.

Insofern hören wir doch auf die, auf die es ankommt und für die es notwendig ist, denn von denen erwarten wir ja, dass sie etwas für unser Gemeinwesen tun, indem sie Arbeitsplätze vorhalten. Hören wir auf die Hamburger Hafengesellschaft, die übrigens händeringend erklärt, wenn die Anpassung nicht komme, werde man Wettbewerbsnachteile haben, die man nicht auffangen könne. Dann heißt es für uns nicht alternativ Entweder-oder, sondern, wie Herr Kollege Stegner richtig gesagt hat, Sowohl-als-auch - aus norddeutscher Verantwortung, aber auch aus schleswig-holsteinischer Verantwortung.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Meine Damen, meine Herren! Frau Präsidentin! Ich wundere mich manchmal, dass wir uns gegenseitig gar nicht zuhören. Herr Stegner, Herr Kubicki, ich habe den Eindruck, Sie glauben, dass Norddeutschland in Hamburg aufhört. Das tut es nicht. Es gibt Cuxhaven und Wilhelmshaven, dort werden Häfen gebaut.

(Zuruf)

- Auch weiter im Osten, das ist richtig.

(Christopher Vogt [FDP]: DIE LINKE muss sich mehr um den Osten kümmern!)

Letztlich müssen wir, um effektiv diese **Hafenstruktur** zu nutzen und auch ökologische Vorstellungen nicht hinten herunterfallen zu lassen, müssen wir gemeinsam ein **nationales Hafenkonzept** aufstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist keine Planwirtschaft, das ist einfach Vernunft, zu der Sie offensichtlich hier nicht fähig sind.

Ich wundere mich manchmal. Lars Harms, beim letzten Tagesordnungspunkt waren wir noch völlig unterschiedlicher Meinung, jetzt haben wir uns zum Glück wiedergefunden.

(Ulrich Schippels)

(Beifall der Abgeordneten Hartmut Hamerich [CDU] und Karsten Jasper [CDU])

Es gibt zumindest noch Hoffnung für die Zukunft. Ich hoffe, wenn Sie mir das nicht glauben, dass Sie ein bisschen auf das geachtet haben, was Herr Harms erzählt hat. Das geht nämlich genau in die gleiche Richtung.

(Unruhe)

Ein Aspekt möchte ich trotzdem noch erwähnen: Liebe Grüne, das grüne Herumgeeiere bei der ganzen Debatte - ich will jetzt keinen unparlamentarischen Ausdruck benutzen - verwundert mich schon extrem. Sagen Sie doch bitte, was Sie wollen. Sagen Sie doch, ob Sie die Elbvertiefung haben wollen oder nicht. Dieses Herumgeeiere auf die Frage der FDP kann ich überhaupt nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht brauchen Sie das zukünftig als Volkspartei, aber ich denke, Ihre Wählerinnen und Wähler werden das nicht honorieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Übrigens ein Letztes noch: Wir können einige Aspekte des SPD-Antrags durchaus mittragen. Wir bitten um Einzelabstimmung der unterschiedlichen Punkte, sodass wir entsprechend auch unser differenziertes Votum darstellen können.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Voß von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt wollen wir klare Kante sehen oder hören!)

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon abenteuerlich, wie heute in diesem Haus mit Beliebigkeitsanträgen eine Wünsch-Dir-Was-Liste präsentiert wird. Das war bereits bei dem Antrag zur A 20 so, den Sie anscheinend unter ganz anderen Vorzeichen hier einmal gestellt haben, und das ist insbesondere bei diesem Antrag so.

Wenn ich dann sehe, was CDU und FDP zusätzlich in diesen Antrag hereingebracht haben, wundert

mich umso mehr, dass die SPD das unterstützen wird.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lese auf Seite 2, dass die Regierungsfraktionen schreiben:

"Der Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrer Zielsetzung, mögliche Nachteile für das Land durch den Abschluss von Vereinbarungen mit dem Bund zu regeln. Mit diesem Vorgehen kann nach Auffassung des Landtags der Umfang an Beweissicherung auf ein Minimum beschränkt werden."

Was heißt das denn? - Das ist eine unverantwortliche Positionierung, dass man bei der **Elbvertiefung** nicht mehr genau gucken will, sondern einfach machen lassen will. Wenn dann was passiert ist, dann hat man mit dem Bund einen Vertrag abgeschlossen, dass der das anschließend übernimmt.

(Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Unsinn! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Unsinn!)

- Sie können sich ja melden!

Das sind unverantwortliche Positionierungen, die Sie hier hereingebracht haben. Aber vielleicht ist Herr Stegner ja davon getragen, dass er gerade mit dem Regierenden Bürgermeister einen Termin hatte und entdeckt hat, dass man gemeinsam Politik machen muss.

Diese gemeinsame Politik, um Landesinteressen durchzusetzen, hätte anscheinend erheblich früher passieren müssen. Wenn ich sehe, was im täglichen Hafenbericht von Montag dieser Woche stand, dann hat der Herr Staatssekretär Scheurle bei seinem Besuch sehr deutlich gemacht, dass 1,2 Milliarden € im Jahr 2007 zur Verfügung gestanden haben im Bundeshaushalt. Die sind inzwischen von der schwarz-gelben Regierung in Mosel und Necker in Projekten weit weg von hier versenkt worden. Es ist anscheinend nicht engagiert von Schwarz-Gelb vertreten worden ist, dass der Kanal ausgebaut werden muss und der Betrieb der Schleusen in Brunsbüttel gesichert werden muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Weil Ihre Unterstützung fehlt! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schwarz-Gelb war doch gar nicht an der Regierung! Wo denn?)

(Bernd Voß)

- Ich verstehe ja Ihre Aufgeregtheit. Wenn ich hier solche Anträge stellen würde, würde ich mich auch ein bisschen über mich selbst wundern.

Das andere ist im Grunde einfach die mangelnde Klarheit, die anscheinend bei Ihnen darüber herrscht, was es bedeutet, wenn man nicht sagt, dass die **Schleuse** nicht sofort gebaut werden muss. Herr Arp, wenn Sie nach St. Petersburg fahren und erzählen, wie fit wir hier sind, haben Sie dann auch gesagt, dass wir hier mit einer kaiserlichen Schleuse arbeiten, die völlig marode ist und demnächst St. Petersburg vom Schiffsverkehr abschneiden wird?

Eine Zahl macht es sehr deutlich: Die **Störungen** an den Schleusen haben sich in den letzten Jahren verdreifacht. Wenn wir so weiter fahren, wird ein Viertel der Zeit - also drei Monate im Jahr - die Schleuse in Brunsbüttel überhaupt nicht passierbar sein. Das wird dramatische Auswirkungen haben. Der Kanal wird zu einem Binnengewässer werden.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt bringen: Ein Viertel der Schiffe, die durch die Schleuse Brunsbüttel und den Nord-Ostsee-Kanal fahren, steuern die Häfen in **Brunsbüttel** an. Das heißt in der Konsequenz, dass es massive Auswirkungen auf den Industriestandort Brunsbüttel hat, wenn die Schleusen nicht mehr einsatz- oder betriebsfähig sind.

Sie wissen selber, wie das Wirtschaftsleben abläuft, wie ein Hafenleben aussieht. So etwas ist überhaupt undenkbar. Es ist unverantwortlich, welche Position Sie hier vertreten. Es geht hier überhaut nicht darum, irgendjemand gegen jemand anderen auszuspielen, sondern es geht darum, dass Sie hier eine ganz klare Taktik des "Wünsch-dir-was" fahren: Man wünscht sich etwas, man wünscht sich alles, man feiert sich hier im Landtag. Darum sind Sie auch dafür verantwortlich, wenn wir nicht zum Schleusenausbau kommen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einen letzten Satz. Sie meinen immer, wir eierten rum. Wir haben in der Frage der **Elbvertiefung** eine ganz klare Position. Die hatten wir immer, die haben wir nach wie vor.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten diese Elbvertiefung für unverantwortlich.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Sie kennen die Argumente. Sie machen hier aber sehr deutlich, dass Sie überhaupt nicht mehr hingucken, sondern einfach ausbauen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Johannes Callsen, das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der Partei der LINKEN über wirtschaftspolitischen Sachverstand zu diskutieren beziehungsweise ihnen überhaupt einen solchen zu unterstellen, ist ausgesprochen schwierig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was mich aber persönlich betroffen macht, ist die Art und Weise, wie hier mit einem - so sage ich es einmal - freundlichen Lächeln von diesem Rednerpult aus gegen wichtige Infrastrukturprojekte für den Norden und für Schleswig-Holstein Stimmung gemacht wird, wie damit Arbeitsplätze für Menschen in diesem Land aufs Spiel gesetzt werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kollegen von den LINKEN, Sie können nicht nur davon reden, soziale Umverteilung zu praktizieren, sondern wir alle gemeinsam hier im Haus haben für unser Land eine Verantwortung dafür, **Arbeitsplätze** für die Menschen zu sichern und zu schaffen. Daran möchte ich Sie erinnern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn die Grünen jetzt von "verkehrspolitischen Visionen" reden, kann ich nur sagen: Ich habe den Eindruck, bis 2005 haben Sie Ihre Visionen überwiegend darauf beschränkt, Beschleunigungsstreifen an Bundesstraßen zurückzubauen. Das ist keine Vision für die Zukunft. Ganz klar ist - das ist auch in der Rede des Ministers und in dieser Diskussion deutlich geworden -, dass beide Projekte eine hohe Priorität für Schleswig-Holstein haben. Wir sollten den Standort Schleswig-Holstein voranbringen.

Ich bin dem Kollegen Stegner für das Angebot dankbar, dass wir in dieser Frage auch ein breites Votum aus diesem Haus senden können. Wir werden dem Verfahren so zustimmen, und ich glaube, wir finden dann auch ein gutes Votum für eine Infrastruktur der Zukunft für Schleswig-Holstein.

(Johannes Callsen)

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms von der Fraktion des SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder erstaunlich, wie über ein solches Thema diskutiert wird. Es gibt den Wunsch, die Elbe auszubauen. Das will ich gar nicht bewerten. Aber dazu gehören Verfahren sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, mit deren nach Recht und Gesetz festgestellt wird, ob eine solche **Fahrrinnenanpassung** - wie sie genannt wird - rechtens ist. Dann wird sie auch entsprechend ausgeführt werden, und dann wird es entsprechende **Ausgleichsmaßnahmen** für die Bereiche geben, die davon möglicherweise negativ betroffen sind. Insofern bin ich da relativ entspannt.

Ich bin auch relativ entspannt was die Frage angeht, ob die Elbvertiefung denn nun so kommt, wie sie beantragt worden ist. Die Grünen sagen ja, so wollten sie sie nicht haben. Dann stellt sich nur die Frage: Wie dann? Möglicherweise will man sie anders haben, vielleicht will man statt 14,5 nur 14 m Vertiefung haben. Das weiß ich heute nicht, aber so etwas wird wahrscheinlich auch dabei herauskommen

Für mich ist die Frage wesentlich wichtiger: Wie kriegen wir es hin, dass wir unsere **gemeinsamen norddeutschen Projekte** auch wirklich gegenüber dem Süden der Bundesrepublik durchsetzen können? Darum geht es. Es geht nicht darum, ein Entweder-oder zu bekommen,

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

sondern es geht darum, dass wir gemeinsame norddeutsche Interessen haben.

Nach meiner Auffassung haben wir da immer noch ein Problem: Wir haben mehrere **Häfen** in verschiedener Eigentümerschaft und in verschiedenen Rechtsformen, die alle gegeneinander konkurrieren. Es ist ein grundsätzliches Problem, dass **Bremen**, **Niedersachsen** und **Hamburg** divergierende Interessen zu haben scheinen, wenn man das Ganze betriebswirtschaftlich betrachtet. Volkswirtschaftlich betrachtet ist das nicht so. Ich glaube, da wäre es sehr, sehr hilfreich, in der längerfristigen Diskussion dafür Sorge zu tragen, dass unsere Häfen **ge**-

meinsam vermarktet werden. Das ist das Minimum. Am liebsten wäre mir sogar eine gemeinsame Hafengesellschaft, die diese Häfen betreibt, weil sich dann dieser Zielkonflikt zwischen den einzelnen Häfen auflöst.

Aber letztlich - egal, ob wir dazu kommen oder nicht - geht es darum, gemeinsame verkehrspolitische **Interessen** durchsetzen zu wollen. Das geht eben nur gemeinsam, und das geht nicht, indem man ein Projekt gegen das andere ausspielt. Wenn wir loslaufen und sagen, wir wollen nur unseren Nord-Ostsee-Kanal haben, kann ich mir vorstellen, was die Hamburger darüber denken. Sie werden uns jeden erdenklichen Stein in den Weg legen. Es ist wirklich weltfremd zu glauben, dass sie das nicht tun werden.

Deshalb geht es darum, gemeinsam für den Norden zu streiten und auch dem Süden einmal ein bisschen abzunehmen. Ich glaube, das ist unser gemeinsames Interesse, das wir verfolgen sollten.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist und bleibt der Auffassung, dass die Elbvertiefung notwendig ist und von der Landesregierung und - wie ich gehört habe - auch von der breiten Mehrheit des Landtags unterstützt wird. Das ist eine Haltung, die nicht nur allein durch die gute Kooperation und Zusammenarbeit mit Hamburg bedingt ist, sondern - auch das ist schon angeklungen - sie liegt in unserem ureigenen Interesse. Denn wenn Hamburg den Wettlauf mit den ARA-Häfen verliert, dann verlieren auch wir Schleswig-Holsteiner. Der Hamburger Hafen sichert Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, er sichert Unternehmen in Schleswig-Holstein, und er ist nicht nur eine norddeutsche Angelegenheit, sondern er ist eine bundesweite Angelegenheit, da der Hamburger Hafen der größte Ausfuhr- und Einfuhrhafen für die deutsche Wirtschaft ist. Insofern gibt es hierfür auch eine gesamtstaatliche Verantwortung. Das ist der Grund dafür, warum die Vertiefung der Elbe aus unserer Sicht unausweichlich ist.

(Minister Jost de Jager)

(Beifall bei CDU und FDP)

- Wenn ich zu Herrn Ramsauer gehe, werde ich das noch ein bisschen dynamischer vortragen.

(Heiterkeit)

Ich werde Ihnen die Verhandlungsstrategie gleich noch erläutern.

Ich kann übrigens - muss ich sagen - die verkehrspolitische Strategie nicht verstehen, wenn man sich gegen die Elbvertiefung ausspricht. Denn wenn man tatsächlich dafür ist, dass große Teile und immer mehr Teile des Güterverkehrs auf die Wasserstraßen verlegt werden, dann muss man die Zuwegungen der großen Häfen natürlich auch ausbauen. Denn was wird die Folge sein, wenn Schiffe einer bestimmten Größenordnung den Hamburger Hafen nicht mehr anlaufen? Die bleiben ja nicht zu Hause, sondern die laufen andere Häfen an. Die laufen dann zum Beispiel die ARA-Häfen an. Ob dann tatsächlich die Weiterverteilung über Schiffe oder nicht tatsächlich über die Schiene oder die Straße erfolgen wird, ist fragwürdig. Wenn Sie einmal mit Ihren Kollegen in Nordrhein-Westfalen reden und fragen, weshalb Nordrhein-Westfalen während der Woche in einem Dauerstau steckt, dann werden Sie als Antwort bekommen, dass es vielfach der Lkw-Verkehr zu den Häfen und von den Häfen weg ist, der dafür verantwortlich ist. Wenn man also insofern strategisch die Wasserstraßen stärken möchte, dann muss man auch für die Elbvertiefung sein.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Dabei missachtet aus meiner Sicht niemand die ökologischen Belange, die damit zusammenhängen. Seit 2003 - ich bin jetzt nicht vorbereitet, aber gern bereit, das vorzutragen, deshalb schlage ich vor, dass wir das im Einzelnen miteinander im Ausschuss besprechen - gibt es sehr intensive Bemühungen, um den Naturschutz und die Deichsicherheit, was mindestens ein genauso großes Problem bei der Vertiefung sein wird. Wie die zuständige Kollegin Rumpf mehrfach ausgeführt und im Vorwege der Debatte auch noch einmal versichert hat, sind diese Fragen inzwischen auch zufriedenstellend gelöst.

Wir werden es bei Infrastrukturmaßnahmen immer wieder erleben - übrigens nicht nur was die Verkehre anbelangt, sondern zunehmend auch beim Leitungsausbau -, dass wir natürlich Konflikte mit dem Naturschutz haben. Ich bin der Auffassung, dass die Konflikte im Zusammenhang mit der Elbvertiefung im Bereich der Deichsicherheit und des Naturschutzes befriedigend gelöst sind. Insofern gibt es keinen Grund, gegen die Elbvertiefung zu sein.

Man kann sich überlegen, ob man taktisch vorgeht und sagt, man sei grundsätzlich dafür, den Hafen zu stärken und die Elbvertiefung vorzunehmen. Man kann sagen: Taktisch sind wir gegen die Elbvertiefung, weil der NOK schneller gebaut wird. Ich glaube, dass dies aus den genannten Gründen nicht funktioniert. So funktioniert die norddeutsche Zusammenarbeit nicht. So funktioniert übrigens auch das Zusammenspiel von Nord-Ostsee-Kanal und Hamburger Hafen nicht. Das sind keine Projekte, die man gegeneinander ausspielen kann, sondern es sind kommunizierende Röhren. 40 % der Container, die am Hamburger Hafen angelandet werden, gehen nach Skandinavien. Der überwiegende Teil davon geht durch den NOK. Schon deshalb wird klar, dass es eine Verbindung zwischen diesen beiden Projekten gibt. Wir würden es dem Bund ausgesprochen leicht machen, uns Norddeutsche gegeneinander auszuspielen, wenn wir uns auf eine solche Strategie einlassen würden.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Auch aus diesem Grund müssen wir dafür sorgen, dass beide Projekte gleichrangig und gleichberechtigt behandelt werden. Beide Projekte müssen möglichst schnell finanziert und realisiert werden.

Objektiv gesehen ist die Situation am **NOK** insgesamt, vor allem aber an den **Schleusen in Brunsbüttel** kritisch. Das bestreitet auch in Holtenau niemand. Die Situation ist in Brunsbüttel aber kritischer als in Holtenau. Zu dem Besuch des Staatssekretärs Scheurle kann man viel sagen. Ich schätze ihn ansonsten, dies will ich voranstellen. Mir ist bei seinem Besuch aber das besondere psychologische Feingefühl aufgefallen, die Schleuse in Kiel zu besuchen, um sich über die Schleuse in Brunsbüttel zu äußern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Gleichwohl kann man aus seinen öffentlichen Äußerungen schließen, dass es einen Erkenntnisgewinn gegeben hat. Man kann davon ausgehen, dass der Bundesregierung die akute Situation an der Brunsbütteler Schleuse deutlich geworden ist. Deshalb gibt es die Überlegung, zunächst die Sanierung der beiden bestehenden alten Schleusen vorzunehmen.

Dieser Vorschlag ist aus Sicht der Landesregierung noch sehr intensiv zu diskutieren, weil er fachliche und politische Probleme mit sich bringt. Das fachli-

(Minister Jost de Jager)

che Problem kann darin liegen, dass die Sanierung der einen Schleuse bei dem schlechten Zustand der anderen Schleuse dazu führt, dass wir eine Totalblockade haben. Der Bund stellt sich auf den Standpunkt und sagt: Diese Totalblockade ist auch dann nicht auszuschließen, wenn man zuerst die **fünfte Schleuse** baut. Insofern ist dies fachlich zu lösen. Das müssen die Fachleute miteinander besprechen. Etwas anderes ist die politische Frage. Es ist die Frage: Würde die vorrangige Sanierung der bestehenden Schleusen dazu führen, dass das Projekt der fünften Schleuse auf die lange Bank geschoben wird?

Sie haben gefragt, worum es bei den Gesprächen geht. Herr Stegner, ich kann Ihnen zusichern, unser Instrumentenkasten enthält mehr als nur das eine Druckmittel. Wir werden diese Frage natürlich in ihrer Fachlichkeit erörtern, aber auch in ihrer politischen Bewertung. Wenn der Bund sich dazu entschließen sollte, die Sanierung der alten Schleusen vorzuziehen, dann bedarf es mindestens eines zuverlässigen Zeitplans in Bezug auf die fünfte Schleuse. Uns sagt übrigens die Wirtschaft, dass diese Signalwirkung auch für die Schiffe, die sich dazu entscheiden, den Kanal zu benutzen oder nicht, und für deren Risikoeinschätzung von großer Bedeutung ist. Insofern bedarf es eines Zeitplans.

In einem anderen Punkt sind nicht mehr nur wir gefragt, sondern hier sind die Landesgruppen aller schleswig-holsteinischen Fraktionen im Deutschen Bundestag gefragt. Die Verhandlungen mit dem Bund werden im Herbst parallel zu den Haushaltsverhandlungen stattfinden. Hier geht es um die Frage, inwieweit es gelingen kann, in den Haushaltsverhandlungen tatsächlich eine Veränderung dieser Bezuschussung zu erreichen. Das werden wir nicht allein machen können, das wird in Zusammenarbeit mit den Fraktionen im Deutschen Bundestag geschehen. Nach dem, was ich heute gehört habe, bin ich der Auffassung, dass es dafür eine breite Zustimmung gibt. Ich würde mich darüber freuen, wenn wir uns sehr breit hinter den Anträgen von CDU, FDP und SPD versammeln könnten, weil das der Rückenwind ist, den wir für unsere Gespräche in Berlin brauchen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Der Herr Minister hat die Redezeit um zwei Minuten überzogen. Diese Zeit steht den Fraktionen zur

Verfügung. Wird davon Gebrauch gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, die drei vorliegenden Anträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. Ferner ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Von der SPD ist beantragt worden, über den Antrag ohne Punkt 4 abzustimmen, den Punkt 4 als eigenen Antrag zu behandeln und separat über ihn abzustimmen, sodass wir vier Abstimmungen durchführen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Beantragen Sie das, oder beantragen Sie das nicht?

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Sie beantragen, über alle Punkte des SPD-Antrags einzeln abzustimmen? - Wenn das so beantragt wird, dann muss ich das so durchführen, das habe ich gerade gehört. Wir werden so verfahren.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD, Drucksache 17/1745, Punkt 1. Wer für Punkt 1 ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse über Punkt 2 abstimmen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu Punkt 3. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE so angenommen.

Ich lasse über Punkt 4 abstimmen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Punkt 4 ist mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abgelehnt worden

Ich lasse über Punkt 5 abstimmen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Der Punkt 5 ist gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE so angenommen.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1716, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag Drucksache 17/1716 ist mit den Stimmen von CDU, SPD,

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1609 (neu), abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1609 (neu) mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

a) Umbruch von Grünland auf Moorstandorten wirksam unterbinden!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN

Drucksache 17/1592

b) Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1490

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf, das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist ein von Hoch- und Niedermooren geprägtes Land, und in Schleswig-Holstein gibt es kein Moor, das nicht durch menschliches Tun verändert ist. In diesen zwei knappen Feststellungen liegt die Begründung für das Moorschutzprogramm Schleswig-Holstein, das wir jetzt aufgelegt haben.

Der 2009 veröffentlichte gemeinschaftliche FFH-Bericht der Europäischen Kommission für die Berichtsperiode 2001 bis 2006 bezeichnete den Erhaltungszustand der Hochmoore, Zwischenmoore, kalkreichen Niedermoore und Moorwälder in der atlantischen Region Deutschlands als schlecht. Das heißt, dass auch die Moore in Schleswig-Holstein in Gefahr sind, ihre große Bedeutung für die Biodiversität zu verlieren und damit auch ihre Funktion für die Wasserspeicherung, Nährstoffbindung und den Klimaschutz als CO₂-Senke. Hieraus und in Verbindung mit den Zielen der neuen Strategie der Europäischen Kommission zur Biodiversität 2020

und unserer Landesstrategie "Naturschutz 2020" ergibt sich die Notwendigkeit, ein Programm zum Schutz der Moore in Schleswig-Holstein aufzustellen.

Der jetzt vorgelegte **Bericht** gibt Auskunft über die Maßnahmen, mit denen wir dieser Herausforderung begegnen wollen. Das **Programm** zeigt den Weg auf, mit dem in den nächsten 30 Jahren in Schleswig-Holstein die bestehenden Moorbiotope in ihrem Erhaltungszustand stabilisiert beziehungsweise verbessert werden sollen, und es setzt dabei auf Freiwilligkeit. Es umfasst mit 192.000 ha alle geowissenschaftlich oder biologisch anzusprechenden Moore in Schleswig-Holstein. Damit sind neben den Niedermooren auch alle Hoch- und Übergangsmoore vollständig in die zukünftige neue Förderkulisse einbezogen.

Das Programm dient dem Erhalt und der Entwicklung dieser einmaligen Lebensräume in unterschiedlichen Ausprägungen und trägt somit zum Schutz der biologischen Vielfalt bei. Die Finanzierung des Hochmoorschutzes soll im Wesentlichen aus Mitteln der EU-ELER-Verordnung und Ausgleichsgeldern des Naturschutzes bereitgestellt werden. Die Maßnahmen zur Wiedervernässung von Niedermooren sollen, wie bisher auch, aus den Wassernutzungsabgaben finanziert werden; denn ein wesentliches Ziel dieses Programmteils ist es, den Nährstoffaustrag entwässerter und intensiv landwirtschaftlich genutzter Niedermoorböden zu vermindern.

Meine Damen und Herren, ein besonderer Schwerpunkt des Niedermoorprogramms liegt in den von Grünlandnutzung geprägten Niederungsgebieten des Landes.

Der hierzu vorliegende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird in seiner Zielsetzung, den Umbruch von Moorstandorten wirksam zu unterbinden, deshalb von mir grundsätzlich unterstützt. Aber, Frau Fritzen, Sie greifen unseren kooperativen Ansatz nicht auf. Wir wollen den Betroffenen Gelegenheit zur **Mitsprache** geben. Wir wollen dies mit ihnen gemeinsam umsetzen. Sie fordern die Landesregierung auf, Regelungen zu treffen, die den Umbruch von Grünland auf Moorstandorten wirksam unterbinden. Hierzu kann ich nur ganz deutlich sagen: Die Schaffung zusätzlicher **ordnungsrechtlicher Vorgaben** ist nicht der Weg, den wir für den Grünlandschutz auf Moorböden einschlagen wollen.

(Beifall bei der CDU)

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

Wir wollen vielmehr den Weg des kooperativen Handelns wie bisher fortsetzen. Ordnungsrecht ist die Ultima Ratio. Nur dann, wenn es unbedingt nötig ist, setzen wir dieses Instrument ein, wie wir das ja mit dem Erlass im Frühjahr bewiesen haben. Dann muss diese Maßnahme aber auch begründet und regional ganz gezielt eingesetzt werden. Dieser abgestufte Entscheidungsweg ergibt sich im Übrigen auch aus dem Bundes- und Landesnaturschutzgesetz.

Es ist nicht immer einfach, die Ziele des Natur- und Artenschutzes, des Gewässerschutzes, des Klimaschutzes und der Landwirtschaft in Deckung zu bringen. Das erleben wir ja in den Diskussionen draußen. Dies gilt insbesondere auch für Moorstandorte, die landwirtschaftlich genutzt werden und auch künftig noch genutzt werden sollen. Wiesenvögel benötigen zum Beispiel kurzrasiges feuchtes Grünland, und Parzellengräben würden verlanden, wenn sie nicht als natürliche Weidezäune offengehalten würden. Das sind zwei Beispiele, um zu zeigen, dass wir die Landwirte als Partner brauchen, nicht als Befehlsempfänger. Unser freiwilliger Vertragsnaturschutz und unser abgestuftes Vorgehen haben verlorengegangenes Vertrauen wieder aufgebaut, und das wollen wir nicht wieder zerstören.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind mit unserem Moorschutzprogramm auf gutem Weg. Es wird ergänzt durch wissenschaftliche Untersuchungen, wie zum Beispiel das Forschungsvorhaben der Universität Kiel zur Klimarelevanz landwirtschaftlich genutzter Niedermoore am Beispiel der Eider-Treene-Sorge-Niederung, das von meinem Haus gefördert wird. Die Ergebnisse sollen genutzt werden, um konkrete Handlungsoptionen in Form eines Vertragsklimaschutzes für eine klima- und umweltgerechtere Nutzung unserer Niedermoorstandorte zu ermöglichen. Wir wollen dieses Vorhaben demnächst auch in Brüssel vorstellen; denn nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung naturschutzfachlicher Zusammenhänge und der agrarökonomischen Rahmenbedingungen ist aus meiner Sicht ein zielorientierter und großflächiger Moorgrünlandschutz dauerhaft sicherzustellen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Die Redezeit der Ministerin wurde um 1 Minute überzogen. Diese Zeit steht den Fraktionen damit auch zur Verfügung. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Marlis Fritzen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst nicht nur für den Bericht bedanken, sondern auch für Ihre einleitende Bemerkung, dass wir uns im Hinblick auf die Notwendigkeit, Moorgrünland oder Grünland insgesamt, aber Moorgrünland insbesondere, zu schützen, einig sind. Sie sagen in dem Bericht sehr deutlich und sprachen es auch in Ihrem Vortrag hier an, dass es anthropogene Einflüsse sind, die dazu geführt haben, dass das Moor zurückgeht. Wir brauchen allerdings Moor, und wir brauchen auch Moorschutz, nicht nur für die Erhaltung der biologischen Vielfalt, sondern auch für Gewässer- und Klimaschutz; auch das haben Sie angesprochen. Wir brauchen dann aber auch einen wirksamen Moorschutz, auf den wir in unserem Antrag abzielen.

Es gibt Moorstandorte, die sind für landwirtschaftliche Nutzung meist ungeeignet. Die sprechen Sie in dem Moorschutzbericht auch an. Hochmoore, Röhrichte, Großseggenrieder zum Beispiel sind als Lebensraum seltener Arten naturschutzfachlich besonders geschützt. Es gibt aber auch Moore - das ist auch in dem Bericht zu erkennen -, die auf den ersten Blick überhaupt nicht mehr als ein Moor anzusprechen sind. Sie sind so weit entwässert, dass man sie trockenen Fußes begehen kann. Häufig wächst dort artenarmes Intensivgrünland, oder sie werden häufig auch beackert. Der Torfkörper ist noch vorhanden, doch durch die Entwässerung wird er belüftet und schwindet mit der Zeit immer mehr. Auch das sagt der Bericht. Das ist, wenn man so will, Torfabbau durch Ackernutzung. Dadurch werden klimaschädliches CO2 in die Atmosphäre abgegeben und Nährstoffe freigesetzt, die zur Gewässerbelastung beitragen. Wir wollten ja eigentlich genau das Gegenteil. Deshalb ist es richtig, dass auch diese aus Artenschutzgründen eher unbedeutenden Moorgebiete in das Schutzprogramm aufgenommen werden, wie Sie das ja auch tun.

Sie haben deutlich gemacht, welche Bedeutung Moorböden als **Kohlenstoffspeicher** haben. Und es wird auch deutlich, dass noch 94.000 ha Niedermoorböden landwirtschaftlich genutzt werden. Dies sind Böden, die nach der Reichsbodenschätzung in den 30er- und 40er-Jahren noch mehr als 60 cm mächtige Torfkörper aufwiesen. Heute gehen Sie davon aus, dass diese mindestens noch in 30-cm-Mächtigkeit vorhanden sind.

(Marlies Fritzen)

Leider - das ist der Nachteil dieses Berichts - gibt es keine weiteren Angaben zu der tatsächlichen Nutzung dieser Fläche, und dies, obwohl sämtliche Daten dazu vorhanden sind. Die Moorstandorte wurden kartiert. Die Karten sind ja sogar beigegeben, und sie liegen auch in digitaler Form vor. Die landwirtschaftliche Nutzung wird im Rahmen der Agrarförderung ebenfalls digital erfasst. Wenn man also wollte, könnte man diese Daten verschneiden und die Flächen ermitteln. Im Klartext: Wenn man wollte, würde man deutlich sehen, welche Grünlandflächen auf Moorböden umgebrochen wurden und heute ackerbaulich genutzt werden. Aber auf diesem Auge sind Sie leider, Frau Ministerin, weiterhin blind; wenn nicht Sie selber persönlich, so doch die Landesregierung, für die Sie an dieser Stelle stehen. Sie wollen das, was Sie naturschutzfachlich als richtig erkennen, landwirtschaftlich nicht umsetzen.

In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage sagen Sie, Ihnen lägen keine Zahlen dazu vor. Wir haben eben gehört - ich habe es ausgeführt -, dass diese Daten durchaus vorhanden sind. Die Wahrheit ist: Sie wissen diese Zahlen nicht, weil Sie sie nicht wissen wollen.

In Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren sehr viel Grünland umgebrochen worden; darüber haben wir in der letzten Plenartagung diskutiert, als es um den aus meiner Sicht extrem verunglückten Grünlanderlass ging. Es ist mit ziemlicher Sicherheit davon auszugehen, dass ein großer Teil dieses Grünlandumbruchs auch auf Niedermoor stattgefunden hat. Dafür hätte es aber nach § 5 des Bundesnaturschutzgesetzes jeweils einer naturschutzrechtlichen Eingriffsgenehmigung bedurft, da Grünlandumbruch auf Moorstandorten der guten fachlichen Praxis widerspricht. Eine solche Genehmigung wurde aber in keinem einzigen Fall erteilt. Die Regelung im Bundesnaturschutzrecht steht offensichtlich nur auf dem Papier und wird in Schleswig-Holstein nicht umgesetzt. Selbst wenn Landwirte aufgrund der seit 2008 geltenden Dauergrünlandverordnung eine Umbruchgenehmigung beantragen, wird nicht geprüft, ob es sich um Moorboden handelt.

Frau Ministerin und wehrte Kolleginnen von CDU und FDP, Sie sprechen immer von Ihrem kooperativen Ansatz, von Vertrauen, das wiederhergestellt werden müsste. Dieses Credo der **Freiwilligkeit** tragen Sie gemeinsam vor sich her. Mit dieser Freiwilligkeit haben wir dazu beigetragen - auch das zeigen die Daten, die Sie uns selber in Antworten auf Anfragen mitgeteilt haben -, dass Grünland im-

mer weiter umgebrochen wird, dass wir sehr wohl nicht schützen, sondern weiterhin an dieser Stelle vernichten. Wenn Sie den Moorschutz wirklich ernst nehmen und die noch verbliebenen **Restmoorflächen** erhalten wollen, dann können Sie das nicht immer nur mit Freiwilligkeit machen, sondern Sie müssen Ihre Kompetenz als Regierung auch wahrnehmen, es sei denn, Sie wollen schon jetzt aufhören, zu regieren, und nicht bis Mai warten und diese Praxis beenden. Sie müssen dafür **Regelungen** schaffen und nicht darauf warten, dass jemand freiwillig irgendetwas tut, das Sie selber als dringend notwendig anerkannt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Insofern bitte ich Sie: Unterstützen Sie unseren Antrag. Ich würde mich freuen, wenn wir es im Ausschuss noch vertiefen würden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Dr. Michael von Abercron das Wort.

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Hochverehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wenn wir uns heute mit dem Thema Moore beschäftigen, dann reden wir nicht nur über eine Landschaftsform, sondern wir reden auch über eine Bodenart. Wenn wir über Moore reden, dann reden wir auch über Klima- und Gewässerschutz, Biotopschutz und Bodenschutz. Es geht aber auch um die Möglichkeiten und Grenzen einer naturverträglichen Landbewirtschaftung.

Ich will nicht verhehlen, dass es ganz reizvoll wäre, sich auch einmal mit dem Thema Bodentyp Moor zu beschäftigen, denn es gibt von Anmoor über Anmoor-Gley, Niedermoor und Hochmoor und allen Zwischenformen vieles, was für jemanden, der sich wie ich im Studium damit beschäftigt hat, spannend wäre. Insofern muss ich es mir ein wenig verkneifen. Kern ist, dass ein Moor eine 30 cm starke Humusauflage hat - so ist die Definition -, und 30 % davon sind organische Substanz. Enorme Mengen an Nährstoffen sind dort gespeichert, bis zu 9.000 kg Stickstoff in der obersten Schicht. Wenn wir von den Unterschieden der beiden wichtigsten Moorarten reden, nämlich dem Hoch- und Niedermoor, dann unterscheidet sich das Niedermoor da-

(Dr. Michael von Abercron)

durch, dass es durch **Grundwasser** beeinflusst wird, während sich das Torfmoor mit seiner speziellen Torfmoosvegetation über das **Regenwasser** bildet.

Mit dem vorliegenden Bericht - ich möchte mich ganz ausdrücklich und herzlich bei den Mitarbeitern im Umweltministerium dafür bedanken - haben sie einen exzellenten Bericht über den Zustand beziehungsweise über das, was wir an Mooren in Schleswig-Holstein haben, gebracht. Das erfreut auch jemanden, der einmal in der Bodenkunde gearbeitet hat.

Die Erhebungsquellen - Frau Kollegin Fritzen hat sie eben angesprochen - sind nicht ganz einfach zu definieren. Es sind drei verschiedene Rechenmethoden angewendet worden. Es kann auch nicht ganz klar werden, wie tatsächlich die Zustände beziehungsweise was eigentlich ein Moor ist. Denn es sind, wie ich gesagt habe, verschiedene Erhebungen. Es wird von einem Gesamtbestand von 192.000 ha ausgegangen, und davon etwa 94.000 ha landwirtschaftlich genutzt. Damit sind noch lange nicht diejenigen Flächen drin, die zum Beispiel im Umfeld von Gewässern und Kleingewässern als Anmoor-Standorte ausgewiesen sind und möglicherweise genutzt werden. Das ist sehr schwer zu erheben. Deswegen kann eine Unterscheidung dessen, was ein Moor ist, genauer definiert, welche Art von Moor das ist, diese Erhebung gar nicht hergeben. Deswegen muss mit aller Vorsicht darangegangen werden. Aber die große Richtung kennen wir.

Das Land Schleswig-Holstein gibt erhebliches Geld aus, um diese Moore zu schützen, etwa 2,3 Millionen € pro Jahr. Wir machen eine ganze Menge, auch das muss man einmal sagen. Bereits seit 2001 haben wir ein Niedermoorprogramm, seit 2008 ein **Hochmoorschutzprogramm** zur Erhaltung der Kohlenstoffvorräte und seit 2009 das Moorschutzprogramm Schleswig-Holstein. Es gibt eine Reihe zahlreicher weiterer sehr guter Instrumente, nämlich Natura-2000-Flächenerwerb, Niedermoorprogramm, Wasserrahmenrichtlinie, die Ökokonten bei der Stiftung, den Hochmoorfonds bei der Stiftung und eine Menge von privaten Stiftungen - ich komme nachher noch einmal darauf zurück - und die Ausgleichsflächen bei den Kreisen. Das ist eine sehr gute Basis, um den Lebensraum zu schützen, über den wir reden, und damit gleichzeitig diejenigen Standorte, Frau Fritzen, die Sie meinen, wo auch noch Grünlandnutzung vorherrscht.

Moore, das hatte ich gesagt, sind ein wichtiger CO₂-Speicher. Pro Hektar wird die Ausgasung von 10 t CO₂ vermieden. Der Nährstoffaustrag, insbesondere Stickstoff, wird vermieden. Ein wichtiger Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen, Libellen, Schmetterlinge, Sumpfrohreule, Brachvogel, Torfmoose, Seggen, sind dort vorhanden. Damit ist deutlich, was wir schützen, und wir tun das, meine ich, sehr gut, jedenfalls ist es für das Land Schleswig-Holstein eine großartige Leistung.

Der Moorschutz liegt dieser Landesregierung am Herzen, das kann man wirklich sagen. Deswegen zielt der Antrag der Grünen in Wahrheit nicht auf eine Verbesserung des Zustands der Moore, sondern er zielt wieder einmal auf die Art der Bewirtschaftung, auf die Menschen, die von ihrem Land leben müssen. Natürlich hat die landwirtschaftliche Nutzung Einfluss auf die Qualität des Bodentyps Moor. Boden war und ist ein knappes Gut. Wir alle wissen, es hat eine Spezialisierung gegeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es zunächst einmal um die Sicherstellung der Lebensmittelherstellung. Heute haben wir eine starke Spezialisierung und zusätzlich den Druck durch die Energiewirtschaft. Dies alles drückt natürlich auch auf die Erhaltung des Grünlands. Deswegen hat die Landesregierung - sehr schlau - ein sehr gutes und differenziertes Programm erlassen, um ein Umbruchverbot auszusprechen. Nur, Schutzgebietsausweisung als neue Möglichkeit, Verbote auszusprechen, das hilft uns wirklich nicht weiter. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei CDU)

Wir wollen die vorhandenen Programme nutzen, wir wollen mit den Menschen diese Ziele erreichen. Es gibt hervorragende Beispiele. Wir haben lokale Aktionen. Ich kann einige Beispiele dazu nennen: Offenbütteler Moor, Weißes Moor, das Tävsmoor habe ich neulich besucht, dies alles sind Initiativen, die vor Ort bottom up eine hervorragende Arbeit leisten. Wir als Land wären gar nicht in der Lage, das alles zu unterstützen. Insofern sind wir auf dem richtigen Weg. Ich wünsche mir, dass die Landesregierung auf diesem Weg weitermacht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Besonders hochverehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Moore haben in Schleswig-Holstein eine große Bedeutung. Das ist hier im Haus sicherlich unbestritten und bedarf nicht der vertieften Darlegung. Seit 2002 gibt es das Niedermoorprogramm der Landesregierung, das die Regeneration von Niedermooren und die Minimierung von stofflichen Einträgen in oberirdische Gewässer bewirken soll. Aus ökologischer Sicht sind allerdings auch Hochmoore besonders wertvolle Lebensräume. Daher haben wir in der Großen Koalition gemeinsam mit der CDU die Aktivitäten für den Schutz und die Regeneration von Hochmooren in einem das Niedermoorprogramm ergänzenden eigenen Programm gebündelt. Über das Ergebnis liegt uns nun der lesenswerte Bericht der Landesregierung vor, für den ich mich im Namen der SPD-Fraktion beim Umwelt- und Landwirtschaftsministerium bedanke.

(Beifall bei SPD)

Unabhängig von der dargelegten Schwierigkeit der historischen Flächenerfassung und den unterschiedlichen Datengrundlagen bestehen auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen circa 94.000 ha und insgesamt circa 192.000 ha Moorboden, auf denen Zielkonflikte durch die landwirtschaftliche Nutzung oder andere gesellschaftliche Ansprüche bestehen. Der auf den meisten Flächen bestehende Naturschutz ist daher zwingend erforderlich und darf nicht abgesenkt werden.

Aus diesem Grunde ist der zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Sachantrag der Grünen in seiner Richtung nachvollziehbar und unterstützenswert. Legt man jedoch die Beantwortung der Kleinen Anfragen an die Landesregierung zu diesem Thema daneben - Frau Fritzen, da bin ich anderer Auffassung als Sie -, entsteht für mich kein klares Bild, ob die bestehenden Vorschriften ausreichend sind oder ob wir den Umbruch von Grünland auf Moorstandorten wirksamer verhindern müssen. Ziel aller Projekte zum Schutz und Renaturierung von Mooren ist natürlich die Wiedervernässung und damit in der Regel die Anhebung des Wasserspiegels oder die Rücknahme von Entwässerung. Für den Erfolg dieser Projekte spielen drei Faktoren eine wesentliche Rolle: Wasser, Flächenankauf und ausreichend Pufferflächen im Umfeld.

Die Erfahrung mit der **Umsetzung des Nieder-moorprogramms** zeigt, dass es wichtig ist, dass Vernässungsmaßnahmen nur im Einvernehmen mit

den Eigentümern und betroffenen Anliegern erfolgen. Frau Rumpf hat dies soeben ausgeführt.

(Beifall bei der SPD)

Eine Wiedervernässung kann in der Folge erst dann eingeleitet werden, wenn alle betroffenen Flächeneigentümerinnen und -eigentümer zustimmt haben. Diesen Ansatz halte wir für wichtig, richtig und zukunftsfähig.

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neben diesem rationalen Vorgehen und den damit unwidersprochen verbundenen Vorteilen für Umwelt und Natur als "Hotspots" der **Biodiversität** sowie für den **Klimaschutz** sollten wir nicht vergessen, dass Moore insgesamt weiter bedroht sind. Die **Nutzung von Torf** in Hausgärten und im Gartenbau und der Umbruch von Grünland auf Moorflächen sollten endgültig der Vergangenheit angehören.

Moore üben eine einzigartige Faszination auf die Menschen aus. Sie wirken geheimnisvoll und romantisch. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, mit denen ich vorhin darüber gesprochen habe, schaut es euch einmal an und lasst es euch nicht nur in den Filmen von Edgar Wallace zeigen. Es ist wirklich so. Es ist geheimnisvoll, und es ist romantisch. Diese Faszination sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern in einer Moorschutzkampagne, wie sie der NABU derzeit mit seinem Projekt "Von Moorfröschen und Moorgeistern" bereits vorbereitet, stärker vor Augen führen, um Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen im **Einvernehmen** mit den Beteiligten noch besser voranzubringen.

(Detlef Buder [SPD]: Einige kann man noch heute in Schleswig-Holstein besuchen! - Heiterkeit)

- Mit Moorleichen hat das eher weniger zu tun, Herr Buder. - Dieses Thema sollten wir anhand des Berichts im Umwelt- und Agrarausschuss diskutieren, und dann sollten wir dort auch entscheiden, wie wir mit dem vorliegenden Sachantrag weiter verfahren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Carsten-Peter Brodersen das Wort.

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht der Landesregierung zum Moorschutzprogramm bietet eine gute wissenschaftliche Arbeitsgrundlage. Für diesen Bericht danken wir Ihnen, Frau Ministerin von der FDP, ganz herzlich.

Meine Damen und Herren, Moorschutz ist Klimaschutz. Angesichts der klimatischen Veränderungen und in Anbetracht der Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts ist dies auch für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung. Doch nicht nur für das Klima, sondern auch für den Erhalt einer natürlichen Vielfalt von Flora und Fauna in unserem Bundesland benötigen wir funktionierende Moorlandschaften. Für den Landeswasserhaushalt sind sie von besonderer Bedeutung.

Moore speichern circa ein Drittel der weltweit im Boden gespeicherten Kohlenstoffvorräte. Dabei stellen sie selbst nur 3 % der weltweiten Fläche dar. Schleswig-Holstein besitzt eine Gesamtlandfläche von circa 1,6 Millionen ha. Hiervon sind nach dem Moorschutzbericht 192.000 ha per Definition als Hoch- oder Niedermoor gekennzeichnet. Mathematisch vereinfacht dargestellt kann man also sagen, dass unser Bundesland mit 12 % im globalen Vergleich einen prozentual deutlich überdurchschnittlichen Anteil an Mooren hat.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht an Hochmooren!)

Schon allein aus diesem Grund besitzt der Moorschutz für die FDP eine große Relevanz.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Der Antrag der Grünen befasst sich aber nur mit einer bestimmten Thematik: dem Umbruch von Grünland auf Moorboden und dessen Unterbindung.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was ja wohl auch zum Moorschutz beitragen wird, oder? - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja für das Thema auch nicht relevant, nicht wahr? Genau darum geht es doch!)

Auf die Anfrage, inwieweit dies jetzt stattfinde beziehungsweise gängige Praxis ist, gibt es in der Drucksache 17/1543 folgende Antwort - ich zitiere -:

"Der Bodentyp ist nicht Gegenstand der Genehmigungsvoraussetzungen, da er sowohl auf Schlag - als auch erst recht auf Feldblockebene starken Schwankungen unterworfen sein kann. Des Weiteren bleiben die schon bestehenden gesetzlichen Regelungen des Wasser- und Naturschutzes unberührt, sodass beim Vorliegen bestimmter naturschutz- oder wasserrechtlich relevanter Tatbestände ein DGL-Umbruch nicht genehmigt wird."

Ein rechtliches Mittel, das hier greift, ist die **Dauergrünlanderhaltungsverordnung** des Landes. Dass hier Änderungsbedarf besteht, so wie Frau Fritzen dies gerne hätte, erschließt sich uns nicht.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das ist das Problem!)

Meine Damen und Herren, der Moorschutzbericht bietet uns eine gute Diskussionsgrundlage, die wir im Sinne unseres Bundeslandes nutzen sollten. Die FDP-Fraktion sieht in dem vorgelegten Bericht viele Aspekte einer Politik mit Sorgfalt. Das Moorschutzprogramm umfasst eine vernünftige Kulisse zum Schutz der Moore in unserem Bundesland und geht bewusst auf durch Torfe geprägte Standorte und geschützte Moorbiotope ein. Ebenso verhält es sich bei den Flächen zum Erhalt oder zur Wiederherstellung. Dies kommt im besonderen Maße der Fürsorge zum Erhalt gefährdeter Pflanzen und Tierarten zugute.

Besonders hervorzuheben ist die deutliche Prioritätensetzung für die Gebietsauswahl. Auf Antrag können für die Moore mithilfe der gegebenen Förderkulisse Finanzmittel bewirkt werden. Die Förderungen werden mit Sorgfalt verwendet und besitzen unserer Meinung nach im Bereich des Gewässerschutzes des Landes die richtige Gewichtung. Vorgaben durch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und durch die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie sind in diesem Zusammenhang selbstverständlich einzuhalten, und natürlich gilt es in diesem Zusammenhang auch, den Nährstoffeintrag durch Stickstoffverbindungen sowohl in das Oberflächenwasser als auch in Nord- und Ostsee zu verringern.

Meine Damen und Herren, das Landesmoorschutzprogramm läuft über das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Es ist besonders hervorzuheben, dass es durch die Zusammenarbeit des Ministeriums mit regionalen Trägerschaften, aber auch mit Stiftungen des Naturschutzes in Schleswig-Holstein gelungen ist, eine breite Akzeptanz und Kompetenz im Bereich des Moorschutzes zu etablieren. Das Engagement des Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und länd-

(Carsten-Peter Brodersen)

liche Räume für eine Fortsetzung des Moorschutzprogramms nach dem Jahr 2013 begrüßt die FDP. Außerdem sehen wir auch im Bereich des Moorschutzes, dass ein gesundes Zusammenspiel von Ministerium, Landesamt und regionalen Trägern ein Erfolgskonzept darstellt.

Unter Berücksichtigung der EU-Vorgaben und mit der Verwendung von EU-Mitteln hat man in Schleswig-Holstein viel erreicht. Wir sehen, meine Damen und Herren: Schleswig-Holstein ist in diesem wichtigen umweltpolitischen Bereich sehr gut aufgestellt. Moorschutz steht für die FDP-Fraktion für eine biologische Vielfalt, für Klimaschutz und Gewässerschutz. Daher stehen wir zu der Fortführung des Moorschutzprogramms in aktueller Form.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte diese Rede für meine erkrankte Kollegin Ranka Prante. Sehen Sie mir nach, dass ich mich mit Mooren noch nicht sonderlich gut auskenne. Ich weiß: In der Umgebung von Lübeck gibt es auch viele Moore. Ich bin auch für den Umbruch, und wir werden auf jeden Fall den Antrag der Grünen unterstützen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wir sind gegen den Umbruch!)

- Sehen Sie mir nach, dass ich diese Rede noch in viel Unwissenheit über dieses Thema halte. Dennoch sollten auch wir eine Stellungnahme zu diesem Thema abgeben.

Wir unterstütze den Antrag der Grünen und unterstützen auch eine Überweisung des Antrags und des Berichts des Ministeriums an den Ausschuss.

Unserer Meinung nach gibt es zum Bericht des Ministeriums noch einigen Aufklärungsbedarf. Der Bericht der Landesregierung zum Moorschutzprogramm, die Kleinen Anfragen, die sich mit dem **Umbruch von Grünland** und auch mit Moorböden befassen, sehen wir als guten Anfang, allerdings möchten wir noch mehr über dieses Thema erfahren. Insbesondere die Beantwortung der Kleinen Anfrage der Grünen, die den vorliegenden Antrag flankiert, lässt unserer Ansicht nach einige Fragen offen.

Eine Frage drängt sich sofort auf. Ich frage Sie, Frau Ministerin Rumpf: Warum kann das Ministerium keine Auskunft über die **Nutzungsart der Moorböden** in Schleswig-Holstein geben?

Ich bedanke mich ebenfalls für den Bericht, den Sie hier vorab gegeben haben. Aber auch in diesem Bericht konnten Sie diese Frage nicht beantworten. Sie konnten keine **Zahlen** zum **Umbruch von Dauergrünland auf Moorböden** nennen. Ist Ihnen diese Auskunft tatsächlich nicht möglich? Sind diese Daten und Zahlen nicht herleitbar? Die Datengrundlagen müssten Ihnen doch vorliegen. - Ich würde mich freuen, eine Antwort auf diese Fragen im Fachausschuss zu hören.

Grundsätzlich sind wir für Regelungen, die zu einem Umbruch von Grünland auf Moorstandorten führen. Die vielfältige Bedeutung von Grünland auf Moorstandorte wie Arten-, Gewässer-, Boden- und nicht zuletzt Klimaschutz sprechen in diesem Fall einfach für sich.

Allerdings müssen wir nicht nur über mögliche ordnungsrechtliche Regelungen debattieren, sondern auch darüber, wie sich das Land Schleswig-Holstein für eine konsequente **Umsteuerung der EU-Agrarpolitik** in diesem Punkt einsetzen kann und wird. Nur so können wir eine **nachhaltige Landwirtschaft** entwickeln, gleichzeitig das Moor schützen und dem **Klimawandel** entgegensteuern.

Ich freue mich auf eine angeregte Debatte im Ausschuss und hoffe, ich werde bei diesem Thema sehr viel lernen, solange ich meine Kollegin noch unterstütze, damit ich noch mehr zum Thema Umbruch der Moore argumentieren und mit Ihnen allen zusammen gleichberechtigt debattieren kann.

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für den SSW hat nun Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! **Moorlandschaften** waren in Schleswig-Holstein immer schon ein prägender Landschaftsteil. Doch durch Trockenlegung, Torfabbau oder die land- und forstwirtschaftliche Nutzung haben viele unserer Moore ihren **ursprünglichen Charakter** weitestgehend verloren, und manche sind als solche nicht mehr erkennbar.

(Flemming Meyer)

Moore sind äußerst sensible Biotope, die aufgrund ihrer Beschaffenheit Lebensraum für seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten darstellen. In Schleswig-Holstein sind rund 15 % der Moorbodenflächen als **FFH-Gebiete** geschützt. Das macht deutlich, dass man erkannt hat, dass es wichtig ist, diese Lebensräume zu schützen. Moore sind überdies auch Bestandteil der **Nationalen Biodiversitätsstrategie**.

Aber nicht nur aus naturschutzfachlicher Sicht ist der Schutz der Moore von immenser Bedeutung. Die **Zerstörung der Moore** wirkt sich negativ auf den Klimawandel aus. Als Folge der Entwässerung kommt der Torf mit Sauerstoff in Berührung. Die organische Substanz wird allmählich abgebaut. Dabei wird der darin gespeicherte Kohlenstoff freigesetzt. So kommen aus entwässerten Niedermooren in Schleswig-Holstein rund 6 % der CO₂-Emissionen. Es ist wichtig, die Moore zu vitalisieren und zu neuem Wachstum anzuregen, damit sie wieder in die Höhe und Breite wachsen und somit weiter als CO₂-Speicher wirken.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bereits seit 2002 hat Schleswig-Holstein ein eigenes **Niedermoorprogramm**, mit dem der Flächenerwerb und die **Vernässung** im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie geregelt werden. Da sich **Hochmoore** im Gegensatz zu Niedermooren anders entwickeln und ihr Aufbau anders gestaltet ist, zählen sie zu den empfindlicheren und extrem gefährdeten Moorlebensräumen. Was dort einmal zerstört wurde, lässt sich, wenn überhaupt, nur mühsam wieder revitalisieren. Aus diesem Grund wurde in 2008 zusätzlich das **Hochmoorprogramm** initiiert.

Vor dem Hintergrund der Einmaligkeit dieser gefährdeten Biotope und der hohen Klimarelevanz als Kohlenstoffspeicher ist ein umfassendes Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein ein wichtiges Instrument, um diese seltenen Lebensräume zu schützen. Der vorliegende Bericht macht beispielhaft deutlich, dass in den letzten Jahrzehnten Renaturierungsprojekte in zahlreichen Mooren erfolgreich umgesetzt wurden.

Es muss aber mehr getan werden als bisher, wenn unsere Moore nicht zu kleinteiligen Relikten in der Landschaft verkommen sollen. Dies ist aber nicht zum Nulltarif zu haben. Flächenerwerb, Planungen, Maßnahmen, fachliche Begleitung und Evaluation kosten Geld. Neben diversen Landes- und EU-Programmen sind wir auch auf das **Engagement** anderer Träger, wie zum Beispiel Kommunen, Stiftun-

gen oder Vereine, angewiesen. Nur so lässt sich das Moorschutzprogramm mit Leben füllen.

Der Bericht macht aber auch deutlich, dass in Schleswig-Holstein schätzungsweise 87.000 ha Niedermoor und etwa 20.000 ha Hochmoor - das sind circa 75 % Prozent der gesamten Moorflächen - landwirtschaftlich genutzt werden. Hier sind gerade die Moorböden im Niederungsbereich wichtige Produktionsstandorte für die landwirtschaftlichen Betriebe. Damit einhergehend werden sie in der Regel entwässert, intensiv als Dauergrünland bewirtschaftet oder sogar umgebrochen. Dies führt zu tiefgreifenden Veränderungen des Bodenaufbaus und zerstört die Moore.

Die ökologischen Folgen durch den Umbruch von Grünland sind hinlänglich bekannt. Sie wurden bereits hier im Landtag debattiert. Ein Umbruch von Grünlandflächen auf Moorstandorten beschleunigt unweigerlich den Zerstörungsprozess dieser sensiblen Flächen. Wie sich dies unterbinden lässt, sollten wir im Ausschuss erörtern.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich auf unseren Antrag verweisen möchte, der da lautet:

"Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, Regelungen zu treffen, die den Umbruch von Grünland auf Moorstandorten wirksam unterbinden."

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wirksam!)

Herr Kollege von Abercron, da kommt kein einziges Mal das Wort "Naturschutzgebiet" oder Ähnliches vor. Da steht auch nichts von Knebelung von Landwirten. Vielmehr geht es darum, Regelungen zu finden, die den Umbruch auf Moorstandorten verhindern.

Wir haben ohnehin schon ein Problem mit dem **Umbruch**. Sie haben darauf hingewiesen, Frau Ministerin. Wir haben ein besonderes Problem, wenn wir das auch noch in Verbindung mit dem **Moorschutz** sehen. Darauf, dass wir die Moore

(Marlies Fritzen)

schützen wollen, haben hier alle hingewiesen. Wenn wir sehen, dass immer mehr Moorstandorte tatsächlich umgebrochen werden - was man erkennen kann -, ist dies eine probate Forderung, die sich mit dem Moorschutz beschäftigt und nicht mit der Knebelung von Landwirten.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Michael von Abercron?

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich gestatte jetzt keine, weil ich den Gedanken zu Ende bringen möchte. - Ich dachte eigentlich, dass wir uns mittlerweile in der gemeinsamen Diskussion um die Frage von - ich will nicht "Interessenausgleich" sagen, weil ein Ausgleich nicht immer stattfinden kann - Interessenkonflikten und der Lösung dieser Konflikte auf einem anderen Niveau bewegen als dem, das Sie hier angesprochen haben. Sie versuchen, die ideologischen Schützengräben wieder aufzumachen, die ich nicht betreten werde.

Frau Redmann, zur Wiedervernässung! Auch von Wiedervernässung und den Problemen, die damit zusammenhängen, habe ich nicht geredet. Die sind mir sehr wohl bekannt. Ich habe nicht von Wiedervernässung geredet. Ich habe nicht davon geredet, wie man, wenn man Flächen erworben hat, mit Maßnahmen dort umgeht und versucht, nachbarschaftliche Konflikte zu lösen, sondern ich habe von Umbruchverbot auf genau diesen besonders sensiblen Standorten gesprochen.

Insofern bitte ich Sie, sich in der Ausschussberatung, für die sich offenbar alle ausgesprochen haben, auf den Antrag zu beziehen und nicht zu unterstellen, uns gehe es nicht um Naturschutz und die Überlegung, wie man Naturschutz mit landwirtschaftlichen oder anderen **Interessen** in Übereinstimmung bringen oder zu einem vernünftigen Nebeneinander kommen könne. Ich verwahre mich gegen solche Debatten und Unterstellungen. Ich hoffe, dass wir solche Debatten endlich beendet haben und uns auf einen konstruktiven Weg nach vorn machen und nicht immer wieder anfangen zu sagen, die Grünen seien gegen die Landwirte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. von Abercron das Wort.

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Frau Fritzen, da Sie meine Frage nicht zugelassen haben, muss ich Sie jetzt fragen: Wenn Sie ein zusätzliches Umbruchverbot fordern, müssen Sie auch sagen, wie das umgesetzt werden soll. Wir haben ein **Umbruchverbot**.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Haben wir nicht!)

Es gibt außer den Möglichkeiten, die wir jetzt haben, auf weitere Flächen zurückzugreifen, überhaupt keine Möglichkeit, als eine Schutzgebietsausweisung vorzunehmen und Verbote auszusprechen.
- Dann müssen Sie mir das erklären. Wie soll das funktionieren?

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben diverse Flächen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes. Da können wir das tun. Bei anderen Flächen haben wir keine Möglichkeit außer der, ein klares Verbot auszusprechen. Dann müssen Sie das auch sagen. Seien Sie so ehrlich und sagen Sie: Wir wollen eine zusätzliche Schutzgebietsausweisung machen.

Die Problematik geht ja noch viel tiefer. Ein Riesenproblem wird darin bestehen zu sagen: Wie definieren wir eigentlich eine solche Moorfläche? Ist ein Anmoor ein richtiges Moor, das wir in Schutz nehmen wollen? Wollen wir den Bodentyp Moor schützen? Wollen wir die Flora und Fauna auf diesem Gebiet schützen? Oder wollen wir nur sagen, das Grünland sei zu schützen? Was wollen wir denn nun eigentlich? Darin liegt die Schwierigkeit. Ich bin sehr neugierig, was Sie uns da zu erzählen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Frau Präsidentin! Herr Kollege von Abercron, es geht nicht um die Einführung von Verboten, sondern es geht darum, Dingen, die bereits verboten sind, zur wirksamen Umsetzung zu verhelfen. Natürlich haben wir einen Konflikt mit dem Ordnungsrecht. Ich bin sehr für Ihre sogenannten kooperativen Lösungen. Al Capone hat einmal gesagt: Ich komme aus einem Land, in dem man mit einem

(Detlef Matthiessen)

Lächeln sehr viel durchsetzen kann. Ich komme aber auch aus einem Land, in dem man mit einer Pistole in der Hand und einem Lächeln noch sehr viel mehr durchsetzen kann.

(Zurufe von der CDU)

Sie verkaufen hier immer Ihre Ideologie. Ich wähle bewusst das Wort "Ideologie", weil Sie uns das umgekehrt immer vorwerfen. Naturschutz nur mit den Menschen führt auf Eiderstedt, einem Brennpunkt der naturschutzpolitischen Auseinandersetzungen, zur Ausrottung der Trauerseeschwalbe. So ist es. Ihre sogenannten **Kooperationslösungen** führen dazu, dass die Moore durch Umbruch massenweise vernichtet werden. Die Methode hat die Kollegin Fritzen genannt.

Wir sprechen uns dafür aus, dass bei Prüfung von Anträgen auf Umbruch die Bodenqualitäten Eingang finden. Auf Mooren ist der Umbruch bereits heute verboten. Die Landesregierung hat aber kein gängiges exekutierbares Instrument zur Verfügung, dies tatsächlich zu verhindern.

Immer nur mit Tränen in den Augen zu sagen, wie toll die Moore sind und wie schützenswert sie sind, aber dann mit einem unscharfen Schwert für diesen Schutz zu sorgen, das machen wir Grüne nicht mit.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rickers?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Nein, er erlaubt keine Zwischenfrage. - Dann erteile ich für einen weiteren Dreiminutenbeitrag zunächst Frau Abgeordneter Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich wurde eben angesprochen. Frau Fritzen, wenn Sie sich hier hinstellen und dafür werben, uns nicht gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben und so miteinander zu reden, und wir danach den Beitrag von Detlef Matthiessen hören müssen, finde ich das zumindest ein bisschen eigenwillig.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ich möchte klarstellen, dass ich mich vorhin beim Thema **Wiedervernässung** nicht auf das bezogen habe, was Sie gesagt haben, Frau Fritzen; das habe ich in dem Satz davor getan. Wie ich meine Rede halte und was ich in meiner Rede als Schwerpunkt setze, entscheide immer noch ich oder entscheiden wir und niemand sonst.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Sonst hätte ich verstanden, was Sie eben gesagt haben. Aber ich habe das überhaupt nicht auf die Grünen bezogen.

Ich fühle mich Ihrer Meinung natürlich viel näher. Wir waren mit dem Umwelt- und Agrarausschuss gerade auf Eiderstedt; man muss die Ohren immer ein Stückchen in alle Richtungen aufhalten. Ich muss nicht immer mögen, was mir jemand erzählt, aber es gehört zumindest dazu, zu versuchen zu verstehen, was einem jemand sagen möchte.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ich kann in einer Diskussion eine andere Auffassung vertreten, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass, gerade was die **Wiesenbrüter auf Eiderstedt** betrifft, bestimmte **Maßnahmen**, die wir uns mit Naturschützern klug überlegt haben, gar nicht den Sinn erfüllen, den wir uns ursprünglich gedacht haben. Da kann ich mich nicht hinstellen und so tun, als wenn ich das nicht hören will, weil mir das vielleicht nicht gefällt, sondern da muss ich wahrheitsgemäß fragen: Okay, wenn das nicht fruchtet, was können wir weiter tun?

Wie gesagt, auch wenn man unterschiedlicher Auffassung sein kann - da können wir uns gern streiten, da können wir uns auch einmal ein bisschen heftiger anpacken -, muss ich weder eine Pistole herausholen, noch muss ich sonst irgendwie in dieser Art agieren. Ich hoffe, dass wir die Punkte im Umweltund Agrarausschuss von allen Seiten beleuchten und fair und klug schauen, wo wir an einigen Stellen vielleicht noch einmal nachjustieren können.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Matthiessen, ich bin schon enttäuscht, dass Sie nicht einmal eine Frage zulassen. Sie wissen doch ganz genau, dass das **Grünlandumbruchverbot**

(Heiner Rickers)

mit dem neuen Erlass vom Frühjahr noch keine Wirkung zeigt, der vom Ministerium gemeinsam mit den dort Betroffenen erarbeitet worden ist. Auf Eiderstedt haben wir die Probleme, das hat Frau Redmann hervorragend dargestellt. Er ist aber beschlossen worden ist und wird umgesetzt. Wo ist das Problem?

Wir haben garantiert Gebietskulissen, in denen es **Moor** gibt. Dann muss aber in derselben Gebietskulisse zu gleichen Anteilen mit gleichen ökologischen Auswirkungen umgebrochen werden. Warum haben wir hier vor vier Wochen eine Diskussion geführt? Da haben Sie nicht aufgepasst. Das geht so nicht. Der Umgang ist nicht in Ordnung.

Ich werde da ein bisschen emotional. Sie teilen hier groß aus und wollen eine gemeinsame Richtung vorschlagen, und dann kommt so etwas. Das läuft mit uns nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich würde sogar vorschlagen, gar nicht weiter darüber zu diskutieren. Ihren Antrag würde ich glatt ablehnen. Dann müssten wir im Agrarausschuss nicht wieder alles lang und breit aufwärmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und komme zur Abstimmung, zunächst zu a), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1592. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Zurufe)

Ich komme zu b), Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1490. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1490 dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Stand der Umsetzung der Kommunalisierung der Fördermittel aus dem Sozialvertrag II ab 2012

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1618

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst dar- über abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe Ihnen gern den gewünschten Bericht zum Stand der Umsetzung der Kommunalisierung der Fördermittel aus dem Sozialvertrag II ab 2012. Streng genommen kommt die Umsetzung ja erst zum Jahr 2012, aber wir bereiten diese Umsetzung gerade vor.

Die im Rahmen des **Sozialvertrags II** aufgewandten Mittel - das wissen die meisten von Ihnen - dienen der Förderung von Maßnahmen der **ambulanten Suchtberatung** und der **dezentralen Psychiatrie**. Vor dem Hintergrund knapper werdender Finanzmittel muss es darauf ankommen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel bei den Menschen ankommen, die diese Unterstützung wirklich brauchen. Sie müssen so effizient wie möglich eingesetzt und verwandt werden.

Bisher ist im Sozialvertrag II geregelt, dass diese Förderung über die Wohlfahrtsverbände abgewickelt wird. Die Landesregierung beabsichtigt, dieses Verfahren zu verändern. Wir wollen ab dem 1. Januar des kommenden Jahres die Förderung der genannten Maßnahmen über die Kommunen organisieren. Das hat einen ebenso einfachen wie unabweislichen Grund: Nach dem Gesundheitsdienstgesetz des Landes sind die Kommunen für die Wahrnehmung dieser Aufgaben bereits zuständig. Insofern spricht die im Berichtsantrag behauptete Steuerungsverantwortung - ich nehme an, Sie meinen die der Landesregierung - für eine flächendeckende, gut erreichbare Suchtkrankenhilfe nicht der geltenden Rechtslage. Was die postulierte Gleichheit der Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein angeht, ist die Landesregierung nicht der Auffassung, dass diese durch das Recht der kommunalen Selbstverwaltung infrage gestellt wird.

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Unruhe)

Weil es sich hier um eine **Selbstverwaltungsaufgabe** handelt, ist das Land etwa bei der Hälfte der Einrichtungen an der Finanzierung beteiligt. Auch bei diesen vom Land kofinanzierten Einrichtungen erbringen die Kommunen bereits heute den überwiegenden Anteil, und zwar zwischen 55 und 60 %. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur zweckmäßig, sondern es ist notwendig, die vorhandenen **Doppelstrukturen im Zuwendungsverfahren** abzubauen.

(Anhaltende Unruhe)

Es geht darum, ein neues Prozedere zu entwickeln, das sich an der kommunalen Kompetenz orientiert und die Ausbringung der Zuwendungen in eine Hand legt. Damit ist das Ziel verbunden, das gesamte Verfahren effektiver zu gestalten und für die Einrichtungen zu erleichtern. Ich wiederhole: Es kommt darauf an, dass die Mittel eins zu eins bei den Menschen ankommen, die die Unterstützung brauchen, nicht aber bei denjenigen, die im Zweifel Strukturen haben.

(Beifall bei der FDP)

Die Kommunen haben nicht nur aufgrund ihrer räumlichen Nähe, sondern auch im Ergebnis jahrelanger Praxis in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich hohe Kompetenz und ein Detailwissen aufgebaut. Das angestrebte neue Verfahren soll Verwaltungswege vereinfachen, Kompetenzen bündeln und die Gestaltungsfreiheit der Kommunen stärken. Zugleich bleibt es dabei, dass das Land die Kommunen bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben unterstützt.

Eine Maßnahme zur Realisierung von Einsparungen stellt das Ganze gerade nicht dar. Dennoch ist ein Teil der **Einrichtungen** wegen **möglicher Kürzungen** besorgt. Ich kann für die Landesregierung klipp und klar sagen - vielleicht beruhigt das auch Sie, Frau Kollegin Jansen -, dass, wie vom Landtag beschlossen, im Haushaltsjahr 2012 im Vergleich zu 2011 keine Einsparungen bei den Mitteln zur Erfüllung dieser Aufgaben vorgesehen sind.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Zum Verfahren selbst! Die Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden laufen. Die Wohlfahrtsverbände sind informiert. Das nächste Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden findet in Kürze statt. Sie haben sicherlich Verständnis dafür, dass ich mit Rücksicht auf den internen Meinungsbildungsprozess der kommunalen Seite an dieser Stel-

le auf Details weder eingehen kann noch eingehen will.

Ziel ist es, mit den **Kommunen** einen **Vertrag** für das Jahr 2012 abzuschließen und eine mehrjährige Lösung für die Zeit ab dem 1. Januar 2013 zu erarbeiten. Dafür müssen in den Haushalt 2013/2014 die entsprechenden Regelungen aufgenommen werden. Parallel finden derzeit Gespräche mit dem Finanzministerium statt, um die verschiedenen haushaltsrechtlichen Möglichkeiten auszuloten. - Ich bedanke mich, dass ich Gelegenheit hatte, Ihnen über den Stand zu berichten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich bedanke mich für Ihren Bericht. Wie Sie sich sicherlich denken können, haben wir den Antrag auch deshalb zu dieser Sitzung eingebracht, weil die Zeit bis zum Jahr 2012 nicht mehr lang ist; es sind noch knapp vier Monate. Wenn wir mit den Verantwortlichen der Wohlfahrtsverbände sprechen, stellen wir fest, dass sie sehr in Sorge sind, wie mit den Verträgen im Zuge der Kommunalisierung umgegangen wird. Deshalb haben wir von Ihnen gefordert, heute eine entsprechenden Bericht zu erstatten.

Wie Sie wissen, brauchen die Vereine und Verbände das Geld, um ihre Arbeit weiterführen zu können. Planungssicherheit ist ganz wichtig. Die Kommunalisierung bereitet uns auch deshalb Sorge, weil wir im Gefolge der Kommunalisierung der Eingliederungsbeihilfe gesehen haben - das Land hatte seine Verantwortung abgegeben -, dass die Landkreise, weil sie Geld einsparen wollten, den Landesrahmenvertrag gekündigt haben. Angesichts dessen bereitet uns der Schritt hin zur Kommunalisierung große Kopfschmerzen. Das Land sollte sich nicht aus dieser Aufgabe verabschieden.

Ich weiß, dass die Kommunen wenig Geld haben; denn ich bin - in Lübeck - auch in einer Komme tätig. Selbst wenn das Land keine **Einsparungen** vornimmt, so werden doch die **Kommunen** selbst die Fördergelder in ihre Einsparvorschläge einbeziehen. Maßnahmen der ambulanten Suchtkrankenhilfe und offene Hilfen im Bereich der dezentralen

(Antje Jansen)

Psychiatrie werden mit weniger finanziellen Mitteln auskommen müssen.

Die Zeit rennt. Deshalb begrüße ich es, dass Sie, Herr Minister, das Verfahren heute noch einmal dargestellt haben. Die Wohlfahrtsverbände - sie sind bis zum heutigen Tag nur unzureichend beteiligt worden - kritisieren zu Recht das Fehlen jeglicher Gestaltungsidee bei diesem Vorhaben.

Die Kommunalisierung kann durchaus positive Wirkungen haben; da jedoch den Kommunen nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, haben wir - nicht wir allein, sondern gerade auch die Wohlfahrtsverbände - die Sorge, dass die Möglichkeiten der Suchtberatung eine erhebliche Einschränkung erfahren und die Beratungstätigkeit letztlich eingestellt wird.

Wir sind der Meinung, dass für diesen wichtigen Bereich die **Verantwortung des Landes** bestehen bleiben muss. Das Land darf nicht wieder, wie bei der Eingliederungsbeihilfe, einfach "den Löffel abgeben". So ist zum Beispiel die Mitentscheidung über die Verteilung der Gelder der Wiedereingliederungshilfe nicht mehr möglich. Das haben wir in vielen Beratungen, insbesondere im Sozialausschuss, als Lücke erkannt.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, wenn Sie mir heute zusichern, dass die Kommunen Ihnen zugesichert haben, die Mittel für eine ausreichende Förderung dieser Arbeit weiterhin zur Verfügung zu stellen, dann könnten wir LINKE sogar kleine Schritte - Trippelschritte - in Richtung Kommunalisierung mitgehen. Aber unsere Erfahrungen zeigen etwas anderes.

Wir möchten, dass die wichtige Arbeit der Suchtkrankenhilfe und der offenen Hilfen weitergeht. Das Bedarf an Angeboten aus diesem Bereich wird steigen. Wir, das Land, dürfen uns nicht aus der Finanzierungsverantwortung verabschieden. Voraussetzung für eine Kommunalisierung muss die volle Absicherung der Kommunen sein. Anderenfalls wird die gute Arbeit, die im Hilfebereich heute noch geleistet wird, den Menschen in unserem Land nicht mehr zugute kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE bezieht sich auf die Fragen zum Haushaltsentwurf 2011/2012 zum Einzelplan 10, Kapitel 1002, und die Antworten der Landesregierung bezüglich der Zuschüsse für Zwecke der ambulanten Suchtkrankenhilfe und der dezentralen Psychiatrie.

Der Minister hat es in seinem Bericht schon gesagt: Es sind keine Kürzungen vorgenommen worden. Der **Sozialvertrag II** enthält Mittel zur Förderung der ambulanten Suchtberatung in Höhe 1.420.350 € und für die dezentrale Psychiatrie in Höhe von 719.650 €.

Nach dem Gesundheitsdienstgesetz liegt die Zuständigkeit bei den Kommunen.

Der angeforderte und heute gegebene mündliche Bericht zum aktuellen Stand der Vorbereitung und Umsetzung der ab dem 1. Januar 2012 vorgesehenen **Kommunalisierung der Fördermittel des Landes** aus dem Sozialvertrag II konnte sich vornehmlich nur auf die Vorbereitung und den Verhandlungsstand zwischen dem Sozialministerium und den kommunalen Landesverbänden beziehen, da über den Stand der Umsetzung erst nach dem 1. Januar 2012 berichtet werden kann.

Die LINKE erwartet auch Auskunft darüber, wie die Landesregierung "nach der vollzogenen Kommunalisierung ihre Steuerungsverantwortung für eine flächendeckende und gut erreichbare Suchtkrankenhilfe wahrnehmen und Gleichheit der Lebensbedingungen im Land sicherstellen will".

Ab dem 1. Januar 2012 wird die Förderung von Maßnahmen der ambulanten Suchtberatung und der dezentralen Psychiatrie nicht mehr von den Wohlfahrtsverbänden, sondern über die Kommunen organisiert werden. Wir sprechen bei der ärztlichen Versorgung von kleinteiligeren Bedarfsplanungen und regionalen Budgets, um den Gegebenheiten vor Ort gerecht zu werden. Dies ist auf die Suchtberatung übertragbar. Jede Kommune weiß am besten, wo Dinge im Argen liegen, und wird zu Problemlösungen beitragen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anita Klahn [FDP])

Die Formulierungen "Steuerungsverantwortung" und "Sicherstellung der Gleichheit der Lebensbedingungen" im Antrag der LINKEN haben mich aufhorchen lassen. Das klingt nach Parteiprogramm der LINKEN - ohne Rücksicht auf Effizienz und Finanzierbarkeit. Statt **Steuerungsverantwortung**

(Ursula Sassen)

würde ich in diesem Zusammenhang gern am Bedarf orientierte Verantwortung und Selbstverantwortung ins Spiel bringen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichheit der Lebensbedingungen ist relativ und lässt sich nicht ohne Weiteres in jedem Fall sicherstellen. Stadt und Land haben unterschiedliche Strukturen, Vorzüge und Defizite. Fördermittel sind begrenzt verfügbar und müssen daher zielgerichtet eingesetzt werden. Doppelstrukturen sind zu vermeiden.

CDU und FDP wollen Rahmenbedingungen für ein soziales Netzwerk schaffen, das Hilfsbedürftige auffängt und unterstützt, damit sie die Chance erhalten, ihr Leben eigenständig gestalten zu können. Es ist für alle Beteiligten schwer - besonders auch für die Wohlfahrtsverbände -, neue Wege zu gehen. Unser Ziel muss es sein, die Kommunen in die Lage zu versetzen, eine effiziente Suchtkrankenhilfe dort zu gewährleisten, wo sie gebraucht wird. Das kann nur mit Beteiligung aller Partner und unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel geschehen.

Wir hoffen daher, dass es der Landesregierung gelingt, Einvernehmen mit den Wohlfahrtsverbänden zu erzielen, damit die Kommunalisierung der Fördermittel aus dem Sozialvertrag II gelingt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben den Bericht des Sozialministers gehört. Es war nicht anders zu erwarten, als dass er sich etwas zurückhält.

Ihre vornehme Zurückhaltung gerade an der Stelle, Herr Dr. Garg, an der Sie sagen, Sie könnten jetzt über die Dinge nicht so berichten, weil man noch mit den Kommunen im Gespräch sei, kann ich gut verstehen, weil die Alternative nur gewesen wäre, dass Sie hier deutlich sagen: Wir sind da überhaupt nicht weitergekommen, wir haben große Probleme, das hinzukriegen, was wir uns vorgenommen haben.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Dass Sie dieses System nach einem Regierungswechsel ändern wollen, ist sicherlich noch nicht das Problem. Das ist sicher auch in einigen Bereichen der Sinn eines Regierungswechsels. Nur kriegen Sie es überhaupt nicht hin, und das haben Sie hier verschwiegen. Wenn Sie heute sagen, man hätte noch bis zum 31. Dezember Zeit, und Frau Sassen sogar sagt, man könne erst nach dem 31. Dezember sagen, wie es wirklich aussieht, frage ich mich, wie Sie es sich vorstellen, wie vor Ort die Organisationen, die diese wichtige Arbeiten machen, sich darauf einrichten sollen und können, dass nachher auch alles weiterläuft. Wie sollen sie mit Arbeitsverträgen und ähnlichem umgehen? Fakt ist: Sie haben es angefangen, aber Sie kriegen es einfach nicht hin.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Anita Klahn [FDP]: Das behaupten Sie!)

Der Sozialvertrag - das haben wir immer gesagt - war eine sehr gute Idee unserer letzten wirklichen Sozialministerin Frau Dr. Trauernicht, die Entwicklung der Standards und sozialen Aufgabenfelder intelligent und mit dem uns drängenden Zwang zur Kostenoptimierung zu verbinden. Frau Sassen, dass ausgerechnet Sie dafür jetzt kein gutes Wort finden, kann ich überhaupt nicht verstehen, weil Sie das mit uns zusammen so gestaltet haben. Wir waren uns einig darüber, dass das der richtige Weg war.

Wir haben damals gesagt: Die Verbände, die Aufgaben für uns übernehmen, erklären sich bereit damals - 10 % an Einsparungsvolumen zu erbringen, dafür aber Gestaltungsspielraum und Handlungssicherheit zu erhalten. Das zählt jetzt alles nicht mehr. Man hat die 10 % genommen, aber der Gestaltungsspielraum und vor allem die Handlungssicherheit ist mit der neuen Regierung zum Teufel gegangen.

Die Qualität und inhaltliche Ausrichtung wurden damals über Zielvereinbarungen festgelegt. Wenn Sie sich einmal erklären lassen wollen, wie Zielvereinbarungen sinnvoll funktionieren, unterhalten Sie sich mit dem Kollegen Heinemann, der kann Ihnen das alles perfekt erklären.

Das war alles ein sinnvoller und kluger Weg, den leider eben die neue Landesregierung unter ihrem jetzigen Sozialminister nicht weitergegangen ist.

Wir halten die jetzt vorgesehene und hier noch einmal vom Minister dargestellte **Kommunalisierung** für einen Fehler.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

(Peter Eichstädt)

Sie kündigt das kooperative Verhältnis mit den Wohlfahrtsverbänden auf und verlagert die Verantwortung und vor allem die Mittel wieder auf die kommunale Ebene, wo sie verteilt werden sollen. Nicht nur wir, auch die Träger befürchten, dass durch diese weitere Ebene, die dort entsteht, im Ergebnis weniger Geld bei den betroffenen Angeboten ankommt als vorher.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Ursula Sassen?

Peter Eichstädt [SPD]:

Ja, gern.

Ursula Sassen [CDU]: Herr Kollege, sind Sie mit mir der Auffassung, dass es nicht primär darum geht, wer welche Gestaltungsspielräume hat, sondern wie es am effizientesten bei den Betroffen ankommt?

- Ich glaube, wir sind sicher einer Meinung, dass wir das Ziel verfolgen sollten. Aber ich bin der Überzeugung, dass mit dem jetzt beschrittenen Weg die Strukturen, die vorhanden waren und die sich seit langer Zeit bewährt haben, mindestens gefährdet, wenn nicht zerschlagen werden. Das werden wir dann - so wie Sie uns angekündigt haben - erst nach dem 31. Dezember 2011 offenbart bekommen.

Obwohl dieses neue Projekt am 1. Januar 2012 beginnen soll - das haben wir eben noch einmal gehört -, ist der Rahmen der Kommunalisierung noch nicht festgezurrt, sonst hätte er hier berichtet werden können. Die Verbände wurden nach unserer Auffassung auch nicht ausreichend in den Prozess eingebunden. Herr Dr. Garg, wenn Sie hier sagen, dass man darüber nicht berichten darf, klingt das zwar sehr edel, aber Sie wissen doch selbst, wie Politik funktioniert. Glauben Sie, dass wir nicht mit den **Verbänden** und den **Organisationen** über die dort entstandenen **Probleme** reden und uns berichten lassen, wo es da hakt und wo es da klemmt?

(Zuruf von Minister Dr. Heiner Garg)

- Ich würde gern noch ein bisschen mit Ihnen plaudern, aber ich habe im Moment leider keine Zeit, Herr Garg.

Der Landkreistag zum Beispiel steht der geplanten Mittelverteilung skeptisch gegenüber und fordert im Gegensatz zum Städteverband eine veränderte Verteilung der Mittel. Die einvernehmlichen Verteilungsschlüssel des Geldes auf die Kommunen gibt es bisher nicht. Die Städte begrüßen zwar, dass die bisherige Mittelverteilung beibehalten werden soll, die Städte möchten das zumindest, aber die Kommunen sind anderer Auffassung. Genau das blockiert im Moment die Verhandlungen, die Sie zu führen haben.

Die Chance, über eine **Mittelverteilung** nachzudenken, die sich an realen **Bedürfnissen** orientiert und auch **präventive Ansätze** berücksichtigt, wurde von Ihnen damit gleich mit vertan.

Nun könnte man sicher über die eine oder andere Verschiebung von Mitteln nachdenken. Hier hat sich sicher im besonderen Bereich die Suchtkrankenhilfe in einer Struktur tradiert, durch die eine deutliche Besserstellung der Städte gegenüber den Landkreisen entstanden ist. Darüber kann man sicher nachdenken. Wir haben das in der letzten Wahlperiode auch begonnen. Wir sind allerdings der Meinung, dass auch gerade dies am Besten und eigentlich nur im fairen Dialog mit den Trägern besser auf der Basis der Strukturen des Sozialvertrags II - hätte begonnen werden können. Aber das ist ja jetzt zu den Akten gelegt.

Unter dem Strich bleibt für zwei wichtige Bereiche der unterstützenden und beratenden Hilfen ein vom Ministerium ohne jede Not ausgelöstes Organisations- und Strukturchaos, das jetzt unter Zeitdruck bis zum 1. Januar 2012 in kontroverser Diskussion mit den Städten, mit den Trägern und mit den Landkreistagen gelöst werden muss. Man kann es ganz kurz zusammenfassen. Auch hier bleiben Sie bei Ihrem Motto: "Die meisten Probleme, die wir im Sozialministerium zu lösen haben, haben wir zuvor selbst geschaffen."

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank, Minister Dr. Garg, für den ausführlichen Bericht und für die deutliche Darstellung, aus welchem Grund die Umstellung der Fördermittelvergabe aus dem Sozialvertrag II ab Januar 2012 nicht nur sinnvoll, sondern auch dringend ist.

Vielen Dank auch noch einmal für die Klarstellung, dass keine Kürzungen erfolgen. Da muss ich Sie,

(Anita Klahn)

Frau Jansen, einfach einmal bitten, reinzugucken, was in welchem Bereich gekürzt wurde. Soweit mir bekannt ist, ist an den Projekten gar nichts gekürzt wurden. Es ging um **Organisationskürzungen**, bei denen wir nach wie vor auf eine deutliche Antwort und Erklärung warten, was die Verbände dort für ein Problem sehen. Diese Antwort ist man uns bislang schuldig geblieben.

Lassen Sie mich mit einigen grundsätzlichen Ausführungen beginnen. Die Konsolidierung der Landesfinanzen ist das wichtigste Ziel dieser Koalition. Ich hoffe auch auf Einsicht der Opposition, dass auch ihr wichtigstes Ziel ist. Wir Liberale lassen es jedenfalls nicht zu, dass die Belastung für künftige Generationen unerträglich wird. Mittel dafür sind neben dem Schaffen von Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung und eine Begrenzung von Ausgaben auch Strukturveränderungen. Unsere Zielsetzung ist es, eine optimale Hilfegewährung für die Betroffenen zu gewährleisten. Der Minister hat es dargestellt. Verwaltungswege sollen vereinfacht und Kompetenzen sollen gebündelt werden. Es geht um eine effektivere Prozessgestaltung. Eine Umleitung der Mittel über die Wohlfahrtsverbände ist nicht zielführend. Unnötige **Doppelstrukturen**, insbesondere im Verwaltungsbereich, sind dringend zu vermeiden. Die Kommunen sind für die Wahrnehmung der Aufgaben zuständig. Alle Mittel müssen dort ankommen, wo sie hingehören. Die umfängliche Planung sozialer Angebote ist am Besten auf kommunaler Ebene angesiedelt.

Da ich auch im Kommunalparlament tätig bin, weiß ich, um was es geht. Ich kenne auch durchaus die Diskussion, wenn private kleinere Anbieter kommen und weiß, wie schwer sie es haben, sich gegen große Verbände durchzusetzen.

Wie Minister Dr. Garg ausgeführt hat, gehören die Bereiche der Suchberatung und der dezentralen Psychiatrieversorgung zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen und unterliegen nicht - wie von den Antragstellern irreführend dargestellt - einer Steuerpflicht des Landes. Im Gegenteil entscheiden die Gemeinden selbstständig, ob und wie sie diese freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wahrnehmen wollen. Sie tragen dafür auch die finanzielle Verantwortung mit bis zu 60 %. Ich bin der Überzeugung, dass das ein ganz wichtiger Grund ist, warum sie auch die Entscheidungsfreiheit haben sollten. Gerade weil es um kommunale Leistungen geht, ist es aus liberaler Sicht mehr als richtig, dass die Kommunen zukünftig auch wieder die maßgeblichen Entscheidungsträger für die Angebotsstruktur und Mittelverwendung sind.

Natürlich kann damit einhergehen, dass vor Ort die Entscheidung getroffen wird, dass zum Bespiel in einem kleinen besinnlichen Städtchen eine einzige Suchtberatungsstelle ausreichend ist, während es an einem anderen Standort dafür drei Angebote sein müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Aber genau das sollen sie vor Ort entscheiden. Im Gegensatz zur Opposition habe ich Vertrauen in die Kompetenz der kommunalen Selbstverwaltung und deren Entscheidungsträger, bedarfsgerechte Angebotsstrukturen zu schaffen. Falls die Opposition der LINKEN der Meinung ist, dass diese Aufgaben wieder zentral auf Landesebene geregelt werden sollten, erwarte ich auch, dass sie uns erklärt, welche Vorteile dies gegenüber der geplanten Kommunalisierung bringt, und vor allem - das hat auch der Minister dargestellt -, wie das mit dem Personaleinsparkonzept in Verbindung zu bringen ist.

Ich betone es noch einmal: Der Unterschied zu Rot-Grün ist, dass die FDP es für wichtig hält, die Selbstverwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu stärken und nicht nur zu einer Pseudobeteiligung zu degradieren. Für uns hat sich der Sozialvertrag II in dieser Form nicht bewährt, und wir sprechen uns ausdrücklich für eine Kommunalisierung des Sozialvertrages II aus. Ich unterstütze die Anträge und Pläne der Landesregierung.

Kollege Eichstädt, dass Sie gegenüber dem Ministerium bemängeln, keine **Detailinformationen** zu den **Verträgen** zwischen kommunalen Landesverbänden, Wohlfahrtsverbänden und dem Ministerium zu bekommen, kann ich nicht nachvollziehen. Es sollte möglich sein, dass dort vertraulich verhandelt werden kann und wir erst danach ein Ergebnis bekommen. Ich finde es einfach nur fair, dass sich Minister Dr. Garg an diese Absprachen hält.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass zukünftig aus dem Abgabeaufkommen aus dem Glücksspiel den Sucht-, Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen 5 % zur Verfügung gestellt werden wird. Sie sehen also, wir nehmen unsere Verantwortung ernst.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Namen meiner Fraktion: Vielen Dank für diesen Bericht. Herr Minister.

Wir haben in Schleswig-Holstein 114 ambulante **Suchthilfeeinrichtungen**. 52 davon wurden bisher im Rahmen des **Sozialvertrages II** vom Land finanziell unterstützt. CDU und FDP haben angekündigt, diese Mittel zum 1. Januar 2012 zu kommunalisieren.

Nun sind wir Grüne bekanntermaßen große Anhänger starker **Kommunen**, die die **Daseinsvorsorge** gewährleisten. Dann müssen die Kommunen allerdings auch finanziell in der Lage sein, diese Daseinsvorsorge zu leisten. Dass sie das nicht sind, dürfte doch allen hier im Haus bekannt sein.

Wir Grüne wollen bei diesem Thema kein Kompetenzgerangel und keinen Verschiebebahnhof zulasten der Suchtkranken, wir wollen, dass das Land mit den Kommunen auf Augenhöhe zusammenarbeitet. Die Ausführung mag Sache der Kommunen sein, aber trotzdem darf sich das Land dabei nicht aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn es um Verkehrsprojekte geht, will die Landesregierung alles und tut so, als habe sie von einer Schuldenbremse noch nie gehört. Wenn es um soziale Einrichtungen oder Bildung geht, dann sagt die Landesregierung: Wir haben eine Schuldenbremse, wir haben eine Verantwortung für andere Generationen, wir sparen und machen den Rücken gerade. Das Problem ist nur, dass Sie gleichzeitig die Augen zumachen. So sehen Sie nicht, dass Sie den zweiten Schritt vor dem ersten getan haben. Da kann ich dem Kollegen Eichstädt nur recht geben.

Wenn Sie eine Umstrukturierung für richtig haltendarüber kann man diskutieren -, dann führen Sie
doch erst die Gespräche mit den Zuständigen und
sorgen dann für die Umstrukturierung. So haben
Sie den zweiten Schritt vor dem ersten getan. Das
führt zu Verunsicherung bei den Suchtkranken, das
führt zu Verunsicherung bei denjenigen, die in den
Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe arbeiten. Die
Sorge ist, dass die Folgekosten - falls es hier in den
nächsten Jahren doch zu Einsparungen kommen
sollte, weil die Kommunen in einer finanziell
schlechten Lage sind - höher sein werden. Ich sage
Ihnen jetzt schon, die Folgekosten werden höher
sein. Da sind sich die Fachleute einig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 17. Mai 2011 wurde der Suchtbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Alkohol, insbesondere Komasaufen, Nikotin und übermäßiger Internetkonsum können zu Krankheit und Abhängigkeit führen. Daher brauchen wir ein flächendeckendes Angebot der Suchtkrankenhilfe in Schleswig-Holstein. Diese Erkrankungen gehen quer durch alle Gesellschaftsschichten, sie gehen uns alle an. Daher begrüßen wir die Initiative der LINKEN.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Mädchentreff in Schleswig ist zu. Er musste schließen, weil die Landeszuschüsse gekappt wurden. Konkret bedeutet das, dass ein niedrigschwelliges Suchthilfeangebot ersatzlos gestrichen wurde. Bei Bulimie, Magersucht oder autoaggressivem Verhalten - das befürchtet man zumindest am betroffenen Standort - werden die Mädchen erst dann Hilfe bekommen, wenn ihre Probleme so groß werden, dass sie stationär aufgenommen werden können. Die Sätze sind hier unterschiedlich, liegen aber wohl mindestens bei 200 € pro Tag.

Diese Mehrkosten scheinen bei der Landesregierung bei der Haushaltskonsolidierung keine Rolle zu spielen, denn dafür ist ja ein anderer Träger kostenpflichtig, nämlich die Krankenkassen, also die Beitragszahler. Ein derartiger Verschiebebahnhof auf Kosten der Mädchen spricht den Grundsätzen "ambulant vor stationär" und "Prävention vor Therapie" Hohn. Die Probleme der Mädchen verschwinden ja nicht, bloß weil ihr Mädchentreff geschlossen wurde.

So ähnlich geht es den 52 **Beratungsstellen**, die **Landesmittel** über den so genannten **Sozialvertrag II** erhalten. Sie werden ihr Angebot erheblich einschränken müssen. Generell gehen die Wohlfahrtsverbände davon aus, dass sie die Suchtpräven-

(Flemming Meyer)

tionsarbeit mit Jugendlichen überhaupt nicht mehr anbieten können.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der CDU?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Kollege Meyer, ist Ihnen bekannt, ob und in welcher Weise für das Angebot, das der Mädchentreff in Schleswig bisher unterbreitet hat, Alternativen geprüft und eventuell auch möglich gewesen wären?

- Nach den Informationen, die ich in Schleswig bekommen habe, gibt es in der Tat keine alternativen Angebote.
 - Die Frage war, ob Alternativmöglichkeiten geprüft worden sind.
- Darauf kann ich nicht antworten.

(Zuruf von der SPD: Das muss er doch nicht wissen! - Johannes Callsen [CDU]: Ich weiß, dass es so etwas gegeben hat und auch, dass sie nicht angenommen worden sind!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das ist hier keine Diskussion, sondern es geht um eine Frage und eine Antwort. - Herr Abgeordneter, fahren Sie bitte in Ihrer Rede fort.

Flemming Meyer [SSW]:

Generell gehen die Wohlfahrtsverbände davon aus, dass sie die **Suchtpräventionsarbeit** nicht mehr anbieten können. Somit ist die **Daseinsvorsorge** in diesem Bereich nicht mehr gewährleistet. Das Land zieht sich aus seiner Verantwortung für eine gute Erreichbarkeit der Suchtberatung zurück. Die komplizierten Verhandlungen zwischen Landesregierung und Verbänden vor drei Jahren zum Sozialvertrag II hätte man sich also sparen können.

Ich möchte noch auf eine andere Konsequenz hinweisen. Wer den klammen Kommunen die Bürde der Suchtberatung auflädt, riskiert **Ungleichheit**. Ab 2012 spielt es nämlich eine Rolle, wo man wohnt: in einer Kommune mit solidem Haushalt, die die ambulante Suchtberatung noch finanzieren kann, oder in einer armen Kommune ohne Suchtberatungsstelle oder nur mit einer zeitlich stark eingeschränkten Beratung. Das Land lässt die Suchtkranken und ihre Familien im Stich. Wunsch- und Wahlrecht sind de facto ausgehebelt.

Vergleichsweise kleine Einsparungen bei den Beratungsstellen richten großen Schaden an und führen zu **regionaler Ungerechtigkeit**. Kleine Summen, teilweise sogar im vierstelligen Bereich, entziehen den Beratungsstellen ihre Existenzgrundlage, ohne dabei den Landeshaushalt merkbar zu entlasten.

Dies kann auch nicht unter Spargerechtigkeit verbucht werde, denn tatsächlich ist die ambulante Suchthilfe bereits zum zweiten Mal nach 2002 massiven Streichungen ausgesetzt. Damit wird eine Schwelle erreicht, die nach der Einsparung mittelfristig Mehrkosten verursachen wird.

Die Wohlfahrtsverbände sprechen von erheblichen Folgekosten dieses Kahlschlages. Der SSW hat schon immer gesagt, dass jede Kürzung auf ihre Folgekosten hin untersucht werden muss.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Antje Jansen [DIE LINKE])

Wenn wir von Folgekosten reden, dann meinen wir nicht nur die finanziellen Folgekosten, sondern auch alle menschliche Folgekosten. Auch die müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Wie viel menschliches Leid durch ein niedrigschwelliges Suchthilfeangebot zu vermeiden ist, kann man zahlenmäßig nicht darstellen, aber diese Seite muss man berücksichtigen. Schulden für die kommenden Generationen lassen sich nicht nur am Geld messen. Wir sind auch verpflichtet, kommenden Generationen eine sozial gerechte Gesellschaftsstruktur zu übergeben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag in der Drucksache 17/1618 durch die Berichterstattung durch die Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt insgesamt erledigt.

Ich unterbreche nun die Beratungen für eine Mittagspause bis 15 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:10 Uhr bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne wieder die Sitzung und rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Stärkung des schleswig-holsteinischen Archivwesens

Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/1571

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1747

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die SSW-Fraktion hat Frau Fraktionsvorsitzende Anke Spoorendonk das Wort. - Ich nutze die Zwischenzeit und begrüße auf der Tribüne ganz herzlich Mitglieder der Seniorenunion Halstenbek und der SPD Ortsvereine Schleswig, Kappeln und Kropp. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und an den Lautsprechern!

(Heiterkeit und Beifall)

In unserer Großen Anfrage zum schleswig-holsteinischen Archivwesen hat die Landesregierung eine beeindruckende Mängelliste für das Archivwesen festgestellt. Allerdings fehlt es an Handlungsansätzen, wie mit diesen Mängeln umgegangen werden soll. Die Landesregierung stellt fest und schweigt. Das ist zu wenig.

Die Archive sind das kulturelle Gedächtnis des Landes und so bedeutsam, dass wir Archivierungslücken und wegbrechende Aufgaben nicht einfach hinnehmen können. Der SSW hat deshalb einen Antrag zur Stärkung des schleswig-holsteinischen Archivwesens gestellt. Dabei ist uns durchaus klar, dass wir nicht alle Schwachstellen auf einmal beheben können. Darum müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Drei erste Schritte haben wir heute vorgelegt:

Erstens fordern wir die konsequente Umsetzung von § 15 des Landesarchivgesetzes. Demnach sind alle Kreise, Gemeinden und Ämter zu einer fachgerechten Archivierung verpflichtet. Mit Stand vom 9. Juni 2010 fehlen in Schleswig-Holstein aber drei Kreisarchive, neun Stadtarchive, 34 Amtsarchive

und zehn Archive der Gemeinden und amtsfreien Gemeinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir haben ein Gesetz, und das Gesetz wird nicht eingehalten. Das ist so, als ob man ein Verkehrsgesetz hätte, das besagt, dass man bei Rot nicht über die Ampel gehen oder fahren darf, jedoch keine Sanktionen dafür hätte.

Das Landesarchivgesetz darf auf kommunaler Ebene nicht einfach ignoriert werden. Wenn die Kommunen den Wert dieser Archive nicht erkennen, dann muss das zuständige Ministerium aus unserer Sicht die verschiedenen Organisationsmöglichkeiten zur Einrichtung von Archiven mit den Akteuren vor Ort prüfen und deren Realisierung begleiten.

Es gibt vielfältige Möglichkeiten zur Einrichtung von Archiven: Es gibt eigene Archive, Archivverbünde oder die Abgabe der Archivierung an **Kreisarchive**. Dabei fordern wir gar nicht die notwendige Fachlichkeit oder die technische Unterstützung zur digitalen Archivierung, aber wenn die Kommunen vom Ministerium unterstützt werden, dann muss es möglich sein, endlich zeitnah Archive aufzubauen oder gemeinsam die Kreisarchive so auszubauen, dass diese als Kompetenzzentren die Aufgaben für die Kommunen wahrnehmen können.

Zweitens fordern wir, dass das schleswig-holsteinische Landesarchiv von weiteren Kürzungen im Personalbudget ausgenommen wird. In den letzten 15 Jahren wurden die Personalstellen beim Landesarchiv halbiert, derweil eine Verdopplung der Aufgaben stattgefunden hat und die Bestände erheblich gewachsen sind. Es gibt Pläne, dass beim Landesarchiv bis 2015 von den 35 Mitarbeitern sechs weitere eingespart werden sollen. Das Landesarchiv kann aber keine weiteren Kürzungen vertragen. Schon heute kann der Alltagsbetrieb nicht mehr aufrechterhalten werden. Das Archiv hat die Öffnungszeiten gekürzt und kann Reproduktionswünschen nicht mehr nachkommen. Die Grenzen sind also erreicht, wenn wir die Arbeit des Landesarchivs nicht weiter gefährden wollen.

Drittens fordern wir Landesregierung und Landesarchiv auf, sich zusammenzusetzen und ein **Zukunftskonzept** für das **Landesarchiv** bis 2025 zu erarbeiten. Es darf nicht sein, dass das Landesarchiv durch die Kürzungen im Personalbudget langsam von innen ausgehöhlt wird. Das Landesarchiv muss seine Aufgaben adäquat erfüllen. Dafür braucht es aber auch die entsprechende Finanzierung. Mit anderen Worten: Die Erfüllung der Auf-

(Anke Spoorendonk)

gaben darf nicht nur gefordert werden, sondern sie muss auch möglich sein.

Die Förderung der Kultur ist in der Landesverfassung Schleswig-Holsteins verankert. Dazu gehören auch die Archive, die einen gesetzlichen Auftrag zur Sicherung, zur Erhaltung und zur Benutzung unseres schriftlichen Kulturguts besitzen. Das Archivrecht gesteht allen das Recht zu, Archivgut frei einzusehen. Dies ist eine große Errungenschaft, die nicht selbstverständlich ist. Allerdings nützt sie nichts, wenn es die Archive entweder gar nicht gibt, obwohl sie gesetzlich vorgeschrieben sind, oder wenn sie nicht funktionieren, weil sie nicht vernünftig ausgestattet sind.

Ich rufe noch einmal in Erinnerung: Die Geschichte Schleswig-Holsteins ist einzigartig. Wir müssen sie gemeinsam sichern. Ich denke, wir brauchen dazu vielleicht noch eine Ausschussrunde, um die Letzten zu überzeugen. Darum bitte ich um Ausschussüberweisung.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wengler das Wort.

Wilfried Wengler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst voranstellen, dass wohl keine Fraktion dieses Hauses die Bedeutung des kommunalen Archivwesens für Schleswig-Holstein verkennt. Das Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag hat es treffend formuliert: Kommunalarchive wirken identitätsstiftend für die Kommune und die Bürger durch den Umgang mit der eigenen Geschichte, sie gewährleisten das Informationsrecht für alle Bürgerinnen und Bürger, sie bewahren rechtserhebliche Dokumente, sie sichern Kontinuität und Transparenz des Verwaltungshandelns, und sie erforschen prägende Phasen der Entwicklung ihres Ortes.

Ebenso wird der in diesem Bereich hohe Anteil ehrenamtlichen Engagements geschätzt. Für diesen Einsatz möchte ich mich hier ausdrücklich bedanken

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Wir haben uns im Herbst des vergangenen Jahres bereits ausführlich mit der Großen Anfrage des SSW zum **Archivwesen** auseinandergesetzt. In diesem Zusammenhang hat der VKA, der Verband der kommunalen Archivarinnen und Archivare, in seiner Stellungnahme die Hauptproblemfelder des Archivwesens zutreffend umrissen: mangelnde Durchsetzung der Archivierungspflicht durch das Landesarchivgesetz; das wurde eben schon erwähnt. Etwa 30 % der Kommunen verfügen über kein Archiv. Liebe Anke Spoorendonk, den Kreis Segeberg können wir übrigens inzwischen von dieser Liste streichen. Der Kreis hat einen entsprechenden Vertrag geschlossen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Mangelnde Personalstellen und Fachlichkeit in den Archiven, davon sind etwa zwei Drittel der Archive betroffen, mangelnde Kompetenz zur Archivierung elektronischer Unterlagen, mangelnde Repräsentanz von Regionalgeschichte und Quellenarbeit in den Lehrplänen der Schulen und mangelnde Impulse und Unterstützung durch das Land. Es liegt also noch ein langer Weg vor uns, wollen wir diese **Mängelliste** abarbeiten.

Auch wenn wir uns hier im Verantwortungsbereich der kommunalen Ebene bewegen, gibt es Ansätze zur Verbesserung durch das Land. Das Landesarchiv bietet Unterstützung bei der Umsetzung des Landesarchivgesetzes auf kommunaler Ebene durch den Abschluss kostenpflichtiger Beratungsverträge. Ab dem Haushalt 2011 werden Projektmittel für den VKA zur Wahrnehmung seiner Qualifizierungsaufgaben zur Verfügung gestellt. Aber das sind erst Anfänge.

Doch nun zum Antrag des SSW. Die Forderung nach konsequenter Umsetzung des § 15 des Landesarchivgesetzes zur fachgerechten Archivierung der Unterlagen in den Kreisen, Gemeinden und Ämtern unter Position 1 können wir vorbehaltlos unterstützen.

Position 2, die völlige Tabuisierung des Personalbudgets des Landesarchivs, bereitet mir vor dem Hintergrund unserer Haushaltsprobleme Schwierigkeiten. Wir würden hier einen Präzedenzfall schaffen, der sofort in anderen Bereichen Erwartungen wecken könnte. Wir freuen uns sicherlich alle über den positiven Halbjahresabschluss, aber unser durch die Schuldenbremse gesetztes Ziel werden wir nur durch konsequente Ausgabendisziplin erreichen können.

Die Entwicklung eines Zukunftskonzepts für das Landesarchiv ist sicherlich ein sinnvoller Ansatz, den wir ausführlicher diskutieren sollten. Daher

(Wilfried Wengler)

schlage ich ebenfalls vor, den Antrag des SSW zur Beratung in den Bildungsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hans Müller das Wort.

Hans Müller [SPD]:

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vor ziemlich genau einem Jahr über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage des SSW zum Archivwesen diskutiert. Die Regierung hatte darin auf eine Reihe von Defiziten hingewiesen. Unter anderem musste sie feststellen, dass fast zwei Jahrzehnte nach Inkrafttreten des Landesarchivgesetzes - Frau Spoorendonk hat schon darauf hingewiesen - eine Reihe kommunaler Gebietskörperschaften einschließlich Kreisen nach wie vor keine befriedigende Archivlösung haben. Die Bemühungen um die Einrichtung eines zentralen Wirtschaftsarchivs, das der Landtag bereits vor zehn Jahren gefordert hatte, waren bisher nicht erfolgreich.

Der Gesetzgeber, also der Landtag, hatte bei der Verabschiedung des Landesarchivgesetzes bewusst darauf verzichtet, die Sanktionskeule zu schwingen, und hat stattdessen auf Kooperation gesetzt. Wir stellen fest: Die Kooperation funktioniert nicht annähernd in dem Maße, wie es sein sollte; da besteht also enormer Handlungsbedarf.

Die Bedeutung von Archiven besteht nicht - jedenfalls nicht ausschließlich - darin, das Quellenmaterial für künftige Historiker und für Heimatchronisten zu sichern. Es geht darum - das ist auch schon erwähnt worden -, langfristig Rechtssicherheit zu gewährleisten, indem das Handeln der Verwaltung und der Verwaltungsorgane auf allen Ebenen übergreifend dokumentiert und damit nachvollziehbar und rechtssicher wird.

Wir haben ein Beispiel in Griechenland. Dieser Staat versucht, an Steuergelder zu kommen. Er kommt aber nicht an die Gelder, weil die Finanzarchive entweder nicht existieren oder unzureichend sind. Wir sind in einer komfortableren Situation, müssen aber aufpassen, dass unsere Archive nicht nach und nach verschwinden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich überlegt, dass bei Baumaßnahmen Baupläne beispielsweise aus den 50er-Jahren immer noch eine gewisse Rechtsrelevanz haben und dass es mittlerweile Ämter gibt, die verzweifelt danach suchen, weil der frühere Beamte schon 20 Jahre im verdienten Ruhestand ist, kann daraus eine Prozesslawine entstehen, die aufwendiger ist, als ein solches Archiv zu betreiben.

Deshalb hat der SSW natürlich recht, wenn er fordert, das Gesetz auch tatsächlich umzusetzen. Wir müssen uns da auch selbst ein bisschen ernster nehmen. Wenn wir hier Gesetze verabschieden, dann ist auch darauf zu achten, dass diese Gesetze realisiert werden.

Natürlich können wir jetzt in diesem Moment nicht über die finanzielle Ausstattung beschließen. Der Doppelhaushalt ist wirksam, der gilt, und der nächste Doppelhaushalt wird im nächsten Jahr von der Regierung aufgestellt, die im nächsten Jahr gewählt wird. Bis dahin haben wir aber Zeit, uns eingehend Gedanken darüber zu machen, diesen Rückgang bei den Archiven in den Griff zu bekommen. Meine Fraktion wird sich sicherlich sehr aktiv an diesen positiven Veränderungen beteiligen. Ich will aber darauf hinweisen, dass es viel sinnvoller wäre, wenn wir nicht nur für das Archivwesen oder andere Teile der Kultur, sondern für alle Bereiche der Kultur - wir wissen, wie bedroht die Kulturförderung insgesamt ist - ein Zukunftskonzept entwickeln würden, das über den Tellerrand und über die Legislaturperioden hinaus wichtige Angebote sichert.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem Vorschlag des SSW, dass eine solche Konzeption mit der Regierung und dem Archiv allein erarbeitet werden sollte, schlagen wir vor, dass auch die fachliche Öffentlichkeit und auch der Verband der Kommunalarchivarinnen und -archivare hinzukommen.

Ich schlage vor, dass wir den Antrag des SSW in den zuständigen Ausschuss überweisen und dass wir dann - vielleicht gelingt das ja - zu einer einvernehmlichen Lösung kommen, die allen Archiven hilft.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrter Herr Stegner!

(Zurufe: Oh!)

Nach der Großen Anfrage der Fraktion des SSW zum Archivwesen in Schleswig-Holstein und der darauffolgenden Debatte besuchten wir in diesem Jahr zusammen mit dem Bildungsausschuss das Landesarchiv in Schleswig, um uns vor Ort einen praktischen Einblick in die Arbeit des Archivwesens in Schleswig-Holstein zu verschaffen. Das Landesarchiv war nicht nur von seinem architektonischen Aufbau und seiner umfassenden Arbeit vor Ort in den Werkstätten beeindruckend, sondern zeugte auch von seiner vielseitigen Fachlichkeit. Diese besondere fachliche Stärke stellt das Landesarchiv nicht allein dem Land zur Verfügung, sondern auch den Kreisen, Städten und Gemeinden, ebenso Privatunternehmen.

Da es dabei auch darum gehen muss, dass diese Fachlichkeit aufrechterhalten werden kann, bedarf es natürlich einer gewissen Ausstattung mit Fachpersonal. Ich bin deswegen froh, dass wir die Kürzungswelle der letzten Jahre im Bereich des Archivwesens mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 stoppen konnten. Stattdessen wurden für die Ausbildung von Nachwuchs im Archivwesen neue Mittel zur Verfügung gestellt. Des Weiteren gab es eine Aufstockung von Mitteln für zeitweise benötigte zusätzliche Kräfte im Funktionsbereich der technischen Aufbereitung von Aktenbeständen, Aktenverzeichnissen, Duplizierung von aufgenommenen Sicherungsfilmen, Aufsichtsführung und Benutzerbetreuung im Lesesaal oder dem Kopier- und Digitalwesen. Dies ist eine Entlastung für die Mitarbeiter bei der täglich anfallenden Arbeit im Landesarchiv.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, damit die Archive und Bibliotheken dieses Landes auch als historisches Gedächtnis das bedrohte schriftliche Kulturgut retten können, hat das Kultusministerium im Juni dieses Jahres Mittel in Höhe von 100.000 € zur Verfügung gestellt. Die Bewahrung unseres einzigartigen Kulturgutes für künftige Generationen stellt uns nämlich vor neue Aufgaben, und es gilt, diese zu bewahren.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, etwas Weiteres möchte ich an dieser Stelle erwähnen. Ein wichtiges Signal, das während der Kulturkonferenz im Mai von Kulturminister Dr. Klug ausging, war, dass seiner Überzeugung nach im Kulturbereich die Grenzen der Einsparmöglichkeiten erreicht seien. Weitere Einschnitte seien nicht tragbar. Trotz dieser

klaren und starken Aussage des Ministers kann ich heute nicht pauschal beschließen, dass es zukünftig keine weiteren Umstrukturierungen im Personalbereich geben wird, da weitere technische Entwicklungen auf diesem Gebiet nicht immer auf den benötigten Personal- und Fachpersonalbestand schließen lassen. Aber ich werte diese Äußerung von Minister Klug als ein starkes Signal, von künftigen Personalkürzungen abzusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider geht im historischen Gedächtnis des Landes immer noch vieles an historischen Kulturgütern verloren, da noch nicht jede Gemeinde oder jeder Kreis über ein eigenes Archiv verfügt oder sich zu einem Bund zusammengeschlossen hat, trotz der gesetzlichen Vorgaben. Meine Vorredner haben dies schon erwähnt. Erste Ansatzpunkte, wie man dies regeln könnte, wurden zur Beantwortung der Großen Anfrage bereits vom Verband der schleswig-holsteinischen Kommunalarchivarinnen und -archivare geäußert. Teile davon haben wir als Abgeordnete bereits erfüllt, beispielsweise mit dem Besuch des Landesarchivs und einem anschließenden Pressegespräch, und haben damit hoffentlich auch die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisiert.

Eine weitergehende Diskussion darüber, welche anderen Wege man gehen könnte, würde ich gern wie auch meine Vorredner im Bildungsausschuss führen, denn Punkt 3 des Antrags des SSW findet in dieser Form jetzt und heute bei der FDP-Fraktion keine Zustimmung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zwei Anmerkungen zu meinen Vorrednerinnen. Liebe Anke Spoorendonk, ich würde von der Gewichtung her doch eine andere Gefährdung bei dem Überfahren einer roten Ampel als bei der Nichtumsetzung des Archivgesetzes sehen. Da müssen wir die Kirche im Dorf lassen.

Frau Funke, wenn Sie sagen, der Minister habe starke Worte gesagt und er werde im Kulturbereich wahrscheinlich nicht mehr kürzen, so dachte ich immer, dass wir das als Parlament beschließen und nicht der Minister.

(Ines Strehlau)

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Archive sichern die schriftliche Überlieferung eines Landes, so auch bei uns in Schleswig-Holstein. Sie stehen für eine langzeitige Aufbewahrung, Bestandserhaltung und Bereitstellung von Informationen. Diese Informationen sind unter anderem für die Arbeitsfähigkeit moderner Verwaltungen und Unternehmen von großer Bedeutung. Selbstverständlich ist es deshalb auch richtig, sich für die Stärkung des schleswig-holsteinischen Archivwesens einzusetzen. Es ist auch wichtig, eine Archivlösung zu suchen, da diese Lösung bei einem Drittel der Kommunen gänzlich fehlt. Ein Weg dorthin ist bereits in der Debatte im vergangenen Jahr angesprochen worden. So hatte die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des SSW zum Archivwesen im vergangenen Jahr geschrieben:

"Dies gibt Anlass zur Überprüfung des Aufgabenkanons und der Aufgabenerledigung bei gleichzeitiger Wahrung der zentralen staatlichen Interessen am Archivwesen."

Auch hatte der Verband der Archivarinnen und Archivare seine Unterstützung bei der Erarbeitung neuer Lösungsansätze angeboten. Die Landesregierung hat - ich wüsste jedenfalls nichts Anderslautendes - dies aber leider nicht auf ihre Agenda genommen, denn es ist nichts passiert. Ich bin gespannt, Herr Minister Klug, was Sie nachher in Ihren Ausführungen dazu sagen.

Wir brauchen aber ein kreatives Konzept, um die Umsetzung des Archivgesetzes auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen zu gewährleisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Überprüfung des Aufgabenkanons und Kooperationen sind Dinge, die dort hineingehören. So könnte eine Umsetzung des § 15 des **Landesarchivgesetzes** zur fachgerechten Archivierung der Unterlagen in den Kreisen, Gemeinden und Ämtern umgesetzt werden, ohne dass auf die Kommunen und Kreise hohe zusätzliche Kosten zukommen würden.

Punkt 2 des Antrags sehen wir so wie viele meiner Vorrednerinnen, dass wir uns nämlich nicht darauf festlegen können, dass es in Zukunft zu keinen weiteren Kürzungen im Personalbereich kommen wird. Wir sind dazu verpflichtet, unseren Schuldenberg abzubauen. Wir müssen versuchen, durch Umstrukturierung oder Vernetzung neue Wege zu gehen und Einsparungen beim Archiv zu vermeiden. Schreiben wir aber im Voraus ein Budget für das

Landesarchiv fest, so hätten wir für neue Lösungen keinen Spielraum. Außerdem könnten andere Institutionen das gleiche Recht für sich beanspruchen, nämlich von weiteren Kürzungen ausgenommen zu sein.

Es sollte also über die Möglichkeit von Kooperationen nachgedacht werden, sodass nicht jedes Amt oder jede Kommune ein eigenes Archiv einrichten muss. In diesem Zusammenhang kann und sollte auch über ein von der Landesregierung und dem Landesarchiv zu erstellendes mögliches Zukunftskonzept nachgedacht werden.

Auch wir stimmen der Überweisung in den Ausschuss zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Etwas mehr als ein Jahr ist es jetzt her, dass wir über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zum Stand des Archivwesens diskutiert haben. Zum damaligen Zeitpunkt hat es deutliche Einschätzungen der Lage gegeben. Mit freundlicher Genehmigung der Frau Präsidentin möchte ich kurz aus dem Wortbeitrag des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski von der Fraktion DIE LINKE aus dieser Debatte zitieren:

"Wo diese Regierung versagt, ist beim Entwickeln von Konzepten, wie wir aus der verfahrenen Situation wieder herauskommen könnten."

Dies war ein Zitat aus dem September 2010. Jetzt haben wir August 2011. Was hat die Landesregierung getan? Wir alle kennen die Antwort. Die Landesregierung hat nichts getan. Das archivarische Erbe des Landes Schleswig-Holstein ist weiterhin dem Verfall preisgegeben.

(Zuruf von der SPD)

- Ihr kriegt euer Fett auch noch weg. - DIE LINKE ist der SSW-Fraktion sehr dankbar, dass dieser Antrag heute zur Beratung vorliegt, denn er zeigt sehr deutlich, dass die Landesregierung nicht nur unfähig ist, eine so bedeutsame Aufgabe wie die Organisation des Archivwesens zu regeln, sondern auch unwillig.

(Heinz-Werner Jezewski)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich zitiere erneut mit Genehmigung aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage:

"Angesichts der Finanzlage des Landes und der Kommunen sind Forderungen nach einem höheren Personalbudget der Archive jedoch unrealistisch."

Jetzt kommt aber die Lösung:

"Dies gibt Anlass zur Überprüfung des Aufgabenkanons und der Aufgabenerledigung bei gleichzeitiger Wahrung der zentralen staatlichen Interessen am Archivwesen."

Ich war damals nicht dieser Auffassung. Das war die Auffassung der Landesregierung. Aber was hat die Landesregierung aus dieser Erkenntnis gemacht? Nichts. Wer Probleme nicht erkennt, der ist unfähig. Wer aber erkannte Probleme nicht löst, der ist unwillig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer Probleme erkennt und Lösungsmöglichkeiten - oder besser: vermeintliche Lösungsmöglichkeiten - aufzeigen kann, diese dann aber nicht umsetzt, ist gemeingefährlich, zumindest für die **Archive** in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin aus einem zweiten Grund dankbar dafür, dass wir diese Diskussion heute führen können. Es wird nämlich nicht mehr allzu lange dauern, bis dieses Land eine neue Regierung bekommt,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und jeder weiß, dass sie mit der jetzigen nichts mehr zu tun haben wird. Insofern wäre es für die CDU ganz geschickt, dem Antrag jetzt zuzustimmen und das alles der SPD aufzubürden, vor allen Dingen, da es erst im nächsten Doppelhaushalt laufen wird. Die FDP spreche ich nicht an. Wenn Sie dabei sind, was aber nicht zu erwarten ist, gibt es für Sie ganz genauso.

DIE LINKE erwartet aber von denen, die sich jetzt darauf vorbereiten, ab Juni 2012 dieses Land zu regieren, ein klares Bekenntnis zur Erhaltung und zum Ausbau des schleswig-holsteinischen Archivwesens. Ein klares Bekenntnis war das, was ich von Herrn Müller gehört habe, aber das, was ich von Frau Strehlau gehört habe, war kein klares Bekenntnis, das sehe ich anders. Sagen Sie uns heute, dass Sie nicht nur die vom SSW in diesem Antrag angemahnten Mängel abstellen werden, sondern auch andere Defizite, die aus der Antwort der Lan-

desregierung im letzten Juli hervorgehen! Sorgen Sie dafür, dass im Archivwesen wieder ausgebildet wird, sorgen Sie dafür, dass Überlieferungslücken ausgeschlossen werden, dass in den Kommunalarchiven wieder die Fachlichkeit gewährleistet wird, dass wieder Grund- und Aufbauseminare für die Archivarbeit in Schleswig-Holstein angeboten werden, dass es keine weiteren Personalreduzierungen gibt und keinesfalls die Öffnungszeiten der Archive eingeschränkt werden, dass die Überlieferungen der schleswig-holsteinischen Unternehmen erhalten bleiben und dass ausreichende Mittel für den Ankauf, die konservatorische Bearbeitung und die Erschließung von Gutsarchiven zukünftig zur Verfügung stehen!

(Beifall bei der LINKEN)

Ein großer Teil dieser Forderungen ist schon einmal erfüllt worden. Da geht es nur um die Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand. Ich fange jetzt nicht an, darüber zu diskutieren, wer es denn beim letzten Mal abgeschafft hat. Ich glaube, wir können es in der nächsten Legislaturperiode wesentlich besser machen. Sie können sich darauf verlassen, DIE LINKE wird auch im nächsten Herbst hier stehen und Ihre heutigen Versprechungen an den Taten messen, die Sie bis dahin gezeigt haben.

Lassen Sie mich aber noch einige versöhnliche Worte zum Änderungsantrag meiner Fraktion sagen. Die kontinuierliche Ausbildung qualifizierten Personals ist die Grundlage eines funktionierenden Archivwesens.

(Beifall bei der LINKEN)

Da im schleswig-holsteinischen Landesarchiv nach Angaben der Landesregierung bereits seit 2006 im höheren Dienst beziehungsweise 2008 im gehobenen Dienst nicht mehr ausgebildet wird, droht in einigen Jahren eine ganze Generation von Mitarbeitern und Archivarinnen und Archivaren zu fehlen. Angesichts des von der Landesregierung und von wissenschaftlichen Instituten prognostizierten Fachkräftemangels darf das Land Schleswig-Holstein sich aber nicht darauf verlassen, dass andere Institutionen schon ausbilden und dass die so Ausgebildeten dann schon irgendwie nach Schleswig-Holstein kommen werden. Man muss die Ausbildung am Landesarchiv sicherstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag in den Ausschüssen, um das schleswig-holsteinische Archivwesen auch für die etwas entferntere Zukunft qualitativ so ausgezeichnet aufzustellen,

(Heinz-Werner Jezewski)

wie unser Land und seine Geschichte es verdient haben.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich der Vorsitzenden der SSW-Fraktion, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens bedanke ich mich für diese offene und sehr differenzierte Debatte. Sie ist eine gute Grundlage für die weitere Beratung im Ausschuss. Von allen habe ich auch Positives gehört, und ich denke, dass wir in den Beratungen ein Stück weiterkommen können.

Zweitens. Laut Auskunft der Landesregierung betrugen die öffentlichen Ausgaben für den Kulturbereich 1,4 % der Haushalte von Land und Kommunen. - 1,4 %! - Ich hebe das noch einmal hervor, weil die Keule der Schuldenbremse hier vielleicht doch etwas überzogen ist.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Andreas Beran [SPD] und Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Unsere Frage, wie es jetzt beim Archivwesen - ich gebe zu, lieber Kollege Müller, das gilt auch für andere Kulturinstitutionen - mit den **Personalkosten**, aber auch mit den **Personalressourcen** weitergehen soll, muss nicht nur gestellt, sondern auch beantwortet werden.

Wir wissen, dass nicht nur das Archivwesen große Schwierigkeiten hat, seine **Pflichtaufgaben** wahrzunehmen. Das gilt auch für andere Behörden, so beispielsweise für den Denkmalschutz. Das heißt, die zentrale Frage lautet: Wann ist das Ende der Fahnenstange erreicht? Wir können nicht sagen: Alle müssen kürzen, und hier muss auch gekürzt werden. Wir müssen endlich eine qualitative Diskussion darüber führen, was die Pflichtaufgaben sind und wie sie heute, in fünf Jahren und im Jahr 2020 wahrgenommen werden sollen. Das ist das Zentrale.

(Beifall bei SSW, SPD und des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Drittens. Liebe Kollegin Strehlau, selbstverständlich war das ein überzogenes Beispiel. Aber ich denke, als Gesetzgeber dieses Landes haben wir

doch alle die Auffassung, dass Gesetze eingehalten werden sollen. Das versuchte ich auszudrücken.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung erteile ich nun dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Klug, das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schon die Debatte zur Großen Anfrage im vergangenen Jahr hatte gezeigt, dass die **Arbeit der Archivare** eine hohe Wertschätzung in diesem Haus genießt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das stimmt!)

Wenn wir uns erinnern, so war die Debatte im September 2010 auch in anderer Hinsicht aufschlussreich. Das betrifft die Anstrengungen des Landes für die Archivkultur in Schleswig-Holstein und die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Insoweit macht es sich der Antrag des SSW, der heute vorliegt, ein wenig leicht.

Auf der kommunalen Ebene gibt es bekanntermaßen einen hohen ehrenamtlichen Anteil. Dieser lässt sich seitens des Landes nicht einfach steigern. Ich verweise auf das Konnexitätsprinzip. Wir haben insoweit keine Handhabe, die Umsetzung auf kommunaler Ebene zu erzwingen. Natürlich wollen wir alle, dass sämtliche politischen Ebenen in Schleswig-Holstein ihrer Pflicht zur fachgerechten Archivierung nachkommen. Dies liegt aber in der Verantwortung der jeweiligen Ebene. Da, wo ich mit Vertretern der kommunalen Seite über kulturpolitische Fragen diskutiere, spreche ich das Thema kommunale Archive jedenfalls an.

Gerade weil wir die Bedeutung der kommunalen Ebene kennen, haben wir ab dem Haushalt 2011 erstmals Projektmittel für den **Verband der Kommunalarchivarinnen und -archivare** eingestellt, damit dieser Verband in guter Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv seine wichtige Qualifizierungsaufgabe wahrnehmen kann.

Darüber hinaus unterstützen wir durch Beratung, durch fachliche Expertise die Bildung von Archivgemeinschaften zwischen Kommunen. Dadurch können Kommunen die Archivkosten auf mehrere Schultern verteilen. Das wird in den letzten 25 Jahren sehr erfolgreich im südlichen Teil des Kreises Herzogtum Lauenburg praktiziert. Der von der

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

Stadt Schwarzenbek angestellte Archivar betreut auch die Archive in Geesthacht, Lauenburg, Wentorf und im Amt Hohe Elbgeest. Ein anderes Beispiel ist die Archivgemeinschaft Gettorf, der sich inzwischen die Stadt Büdelsdorf sowie drei größere Gemeinden und fünf Ämter angeschlossen haben.

Zudem können die Kommunen die fachliche Unterstützung des Landes für ihre Archive in Anspruch nehmen, indem sie **Beratungsverträge** mit dem Landesarchiv abschließen.

Auf Landesebene haben wir natürlich direkten Einfluss auf die Arbeit des Landesarchivs. Der Antrag fordert, das Landesarchiv von Kürzungen im Personalbereich auszunehmen. Das wäre sicherlich wünschenswert. Allerdings müssen wir dabei bedenken, dass wir im Land in den kommenden zehn Jahren das Tableau der Haushaltskonsolidierung insgesamt einhalten müssen. Die Frage ist also, wie man eine Ausnahme an einer Stelle durch höhere Kürzungen, durch stärke Einsparungen, an anderer Stelle kompensieren kann. Sachdienliche Hinweise sind sehr hilfreich. Im Übrigen ist es, wie hier schon gesagt wurde, die Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers, ob er so vorgehen will oder nicht.

Wir sollten uns jetzt also in erster Linie darauf konzentrieren, dass das Landesarchiv seine gesetzlichen Aufgaben erfüllt, und anschließend ist danach zu fragen, wie viel Personal auf Landesebene dafür erforderlich ist. Das tun wir, und das ist auch der Grund, warum wir nach langer Pause, nach vielen Jahren, in denen nicht ausgebildet worden ist, in diesem Herbst wieder damit beginnen, neue Archivarinnen und Archivare im Landesarchiv auszubilden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die entsprechenden Stellen im Landeshaushalt sind von uns vorgeschlagen und von der Koalitionsmehrheit mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 beschlossen worden. Auch dies ist ein Beleg dafür, dass wir handeln, wo dringender Bedarf besteht, und für fachlich qualifizierten Nachwuchs für die Archive sorgen.

Im Übrigen stimmt es nicht, dass das Landesarchiv in den vergangenen zehn Jahre starke **personelle Einschnitte** hinnehmen musste. Frau Kollegin Spoorendonk, der Haushalt für 2001 sah 34 Stellen und fünf Anwärterstellen vor. In diesem Jahr sind es im Landeshaushalt 35 Stellen und zwei Anwärterstellen. Hinzu kommen drei Beschäftigte, deren Stellen über Drittmittel finanziert werden. Dennoch mag der Eindruck von Einsparungen entstanden

sein, weil die früher einmal vorhandenen Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - Sie alle wissen, dass es sie heute nicht mehr gibt - mittlerweile entfallen sind. Diese Entscheidung hat aber bekanntlich der Bund getroffen. Bei den ABM-finanzierten Stellen handelte es sich um zeitlich befristete Beschäftigungen. Diese waren nicht für die Erfüllung von Kernaufgaben des Landesarchivs vorgesehen. - Dies zur Faktenlage, damit wir keine schiefe Diskussion haben.

Meine Damen und Herren, ungeachtet der angesprochenen Unschärfen im SSW-Antrag gilt aus meiner Sicht Folgendes: Das kommunale Archivwesen in Schleswig-Holstein ist ohne Frage ausbaufähig, und auch über die weitere Entwicklung des Landesarchivs lohnt es sich, eine gemeinsame Diskussion zu führen. Ich hoffe, dass sie uns weiter voranbringen wird. In diesem Sinne freue ich mich auch auf die anstehenden Beratungen im Bildungsausschuss.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag in der Drucksache 17/1571 und den Änderungsantrag in der Drucksache 17/1747 in den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 A auf:

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2011 bis 30. Juni 2011

Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 17/1726

Ich erteile das Wort der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle Ihnen heute, wie so manche Male zuvor, den aktuellen Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das zweite Quartal 2011 vor. Der Bericht umfasst die Monate April bis Juni. Insgesamt hat der Ausschuss im letzten Quartal 109 neue Petitionen

(Katja Rathje-Hoffmann)

erhalten. In sechs Sitzungen haben wir 112 Petitionen abschließend beraten, davon drei Gegendarstellungsverfahren in bereits abgeschlossenen Fällen. Von den 112 Petitionen, die der Ausschuss abschließend beraten hat, erledigte er 35 Petitionen, also etwas mehr als 35 %, ganz oder teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten. Bei 64 Fällen, die einem Anteil von 57 % entsprechen, konnten wir den Betroffenen nicht zum Erfolg verhelfen. Die restlichen Petitionen wurden im Laufe des Verfahrens zurückgezogen oder haben sich anderweitig erledigt.

Einer unserer Petitionsschwerpunkte war in diesem Quartal die Wiedereinführung des neunjährigen Bildungsgangs an den Gymnasien, kurz G 9 genannt - wie hier jeder weiß. Hier stand insbesondere der Wunsch von Gymnasiasten beziehungsweise deren Eltern im Vordergrund, aus dem achtjährigen Bildungsgang in den neunjährigen Bildungsgang zu wechseln. Für Schülerinnen und Schüler, die mittlerweile die 7. beziehungsweise 8. Klasse eines Gymnasiums besuchen, gibt es diese Möglichkeit nicht. Auch der Petitionsausschuss konnte hier nicht abhelfen. Eine Rückkehrmöglichkeit in den neunjährigen Bildungsgang sieht das Gesetz für diese Jahrgänge nicht vor. Sie wäre auch aus praktischen Gründen nicht umsetzbar gewesen. Die Schülerinnen und Schüler haben bereits einen Großteil der Mehrbelastung, die durch die erhöhte Stundenzahl bei G 8 entsteht, absolviert. G 9 kann es für diese Jahrgänge daher nicht mehr geben. In einigen Fällen konnte die Belastung der Schülerinnen und Schüler allerdings durch einen Wechsel auf eine Gemeinschaftsschule abgemildert werden.

In einem anderen Petitionsverfahren konnte der Petitionsausschuss schnell und unbürokratisch helfen. Eine Petentin aus Kiel wollte unmittelbar vor ihrer Hochzeit einen neuen **Reisepass** beantragen. Sie war verwundert und erstaunt über die Auskunft, ein Eintrag des **zukünftigen Familiennamens** sei nicht möglich, sie könne den Pass nur unter ihrem Mädchennamen beantragen. Auf Nachfrage hat die Stadt Kiel eingeräumt, die Petentin falsch beraten zu haben. Die Petentin hat gebührenfrei - das finde ich sehr gut - einen neuen Reisepass für ihren neuen Familiennamen erhalten, und die Stadt Kiel hat sich ausdrücklich für diesen Fehler und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten entschuldigt.

(Detlef Buder [SPD]: Wer ist Oberbürgermeister?)

- Ich glaube, der sitzt nicht im Einwohnermeldeamt. Vielleicht sitzt er da manchmal und kann einiges für die Stadt Kiel tun. Abschließend möchte ich auf eine Petition aufmerksam machen, die an alle Landesparlamente gerichtet war. Mit dem Hintergrund Stuttgart 21 wurde eine **Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung** bei **Großvorhaben** gefordert. Die Erfahrungen von Stuttgart 21 haben zu einer bundesweiten Debatte darüber geführt, ob und in welcher Form die Öffentlichkeit bei Großvorhaben frühzeitig beteiligt werden soll. Derzeit erarbeiten der Bund und die Länder Grundlagen für eine Novellierung des Planfeststellungsrechts, um unter anderem eine Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren zu erreichen.

Baden-Württemberg hat im März 2011 einen Entschließungsantrag zur Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großvorhaben in den Bundesrat eingebracht. In den Fachausschüssen des Bundesrats haben sich die Länder mit großer Mehrheit für eine Vertagung des Entschließungsantrags ausgesprochen, um eine tiefer gehende fachliche Diskussion zu ermöglichen. Der Petitionsausschuss befürwortet in seinem Beschluss die Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großvorhaben und spricht sich deshalb für die Einbindung einer unabhängigen Stelle aus, deren Bericht in das Planfeststellungsverfahren einbezogen werden sollte. Nach dem Dafürhalten des Ausschusses wird eine Akzeptanz von Großprojekten vor allem durch größtmögliche Transparenz sowie eine Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung erreicht.

Der Petitionsausschuss hält die Petition für geeignet, Diskussionen zu grundsätzlichen gesetzlichen Änderungen im parlamentarischen Raum anzustoßen. Sie wurde deshalb gemeinsam mit der Stellungnahme dem Innenministerium und den Fraktionen als Arbeitsmaterial zugeleitet.

Hiermit komme ich zum Schluss meines Berichts. Bei Interesse können Sie das alles nachlesen. Das ist im Internet über unsere Homepage veröffentlicht. Ich bitte um Bestätigung der Erledigung der Petitionen.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht in der Drucksache 17/1726 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möch-

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

te, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Keine Steuersenkungen zulasten des Landes und der Kommunen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1632

Steuervereinfachung hat Vorrang vor Steuersenkungen

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/1723

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser Antrag ist kurz und klar: Schleswig-Holstein kann sich keine Steuerausfälle durch Steuersenkungen leisten. Die Landesregierung muss Steuergesetze, die zu Steuerausfällen für Land und Kommunen führen, im Bundesrat ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

CDU und FDP haben einen Änderungsantrag vorgelegt, und - wie zu erwarten war - Schwarz-Gelb versucht, sich um eine klare Aussage herumzumogeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Das ist nicht nur ärgerlich. Damit verstoßen Sie auch gegen Beschlüsse, die wir gemeinsam gefasst haben, als wir die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, in Ihrem Antrag philosophieren Sie über Steuervereinfachung, über den Abbau bürokratischer Hürden im Steuerrecht, über die Notwendigkeit von steuerrechtlicher Aufgabenkritik - alles notwendig, alles richtig, alles seit Jahrzehnten fest in den Parteiprogrammen fast aller Parteien verankert.

Das Problem ist: CDU und FDP haben in Berlin noch gar nicht damit begonnen, diese Reformen anzuschieben. Von einer tiefgreifenden Steuerreform, wie Sie sie hier immer wieder betonen, ist Schwarz-Gelb so weit entfernt wie die Buschtrommel vom Handy.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Daran wird vermutlich auch dieser Landtagsantrag nichts ändern.

Was aber real ist - darauf zielt unser Antrag ab -, ist eine FDP-Bundestagsfraktion, die wie ein trotziges Kind **Steuersenkungen** erpressen will und keine Ruhe geben wird, bis der Koalitionspartner nachgibt - Steuersenkungen, welche die Schuldenbremse konterkarieren; Steuersenkungen, welche unmittelbar Einfluss auf den Landeshaushalt hätten und massive Einschnitte bedeuten würden. Das ist es, was wir verhindern müssen. Dazu brauchen wir klare Beschlüsse des Landtages und kein Herumgeeier.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ihr Antrag öffnet nicht nur Hintertürchen, sondern ganze Scheunentore, denn die Landesregierung müsste jedes Mal bei einzelnen Steuersenkungen, die beschlossen werden, sagen: Wieso, steht doch im Landtagsantrag, hat der Landtag doch so gewollt; wenn das im Rahmen eines Gesamtpakets bis 2020 **kostenneutral** ist, ist doch alles in Ordnung.

Nachtigall, ick hör' dir trapsen. Dieses Verfahren erinnert doch stark an das Wachstumsbeschleunigungsgesetz - ich kann es Ihnen nicht ersparen -, als die Herren Carstensen und Kubicki in Berlin eben mal 140 Millionen € zulasten von Land und Kommunen verspielt und behauptet haben, die Kompensation des Bundes komme später. Diese angebliche Kompensation - 100 Millionen € für Bildung - ist hier nie angekommen, und Sie haben es neulich selbst gesagt: Die wird es auch niemals geben. Deshalb sagen wir ganz klar: Bei solchen Gesamtpaketen, wie Sie sie hier beschreiben, kann und muss man die Annahme verweigern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Natürlich stimmt es, dass weder **Steuersenkungen** noch **Steuererhöhungen pauschal ausgeschlossen** werden können. Steuererhöhungen wollen wir als

(Monika Heinold)

Grüne sogar. Auch Steuersenkungen kann man nicht pauschal ausschließen, denn ein Steuersystem muss atmen können. Sie wissen, Kinderfreibeträge oder Grundfreibeträge sind nicht nur politisch gewollt, sondern werden verfassungsrechtlich sogar oft vorgegeben. Aber auch hier gilt: Das jeweils verabschiedete Steuerpaket muss in sich kostenneutral sein und zeitgleich - zeitgleich, Herr Koch - in Kraft treten und nicht das eine jetzt, weil der Wahlkampf für die FDP dann vielleicht ein bisschen besser läuft, und das andere irgendwann später, und wir schauen in die Röhre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Persilscheine kann es an dieser Stelle nicht geben. Weder der konjunkturelle Aufschwung noch - ich musste mir neulich die Augen reiben, Frau Loedige - ein Steuerabkommen mit der Schweiz, wo Sie das Geld schon wieder ausgeben wollten, bringen finanzielle Spielräume, sie helfen einzig und allein, die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Wer kein Geld hat, seine Schulen zu sanieren, hat erst recht kein Geld, Steuergeschenke zu verteilen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Steuersenkungen stehen im Widerspruch zur Schuldenbremse, sie passen nicht in eine Zeit, in der das Bildungssystem unterfinanziert ist, sie passen nicht in eine Zeit, in der wir in neue Technologien investieren müssen, um ganz vorn zu sein.

Herr Ministerpräsident, der Winterspeck ist weg, die Jacke ist dünn, die Hose ist alt, die Schuhe müssen dringend zum Schuster. Schleswig-Holstein hat als Land nichts zuzusetzen. Meine Fraktion fordert Sie deshalb auf: Bleiben Sie diesmal hart! Wehren Sie alle Begehrlichkeiten im Bundesrat ab! Erst das Land!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Katharina Loedige [FDP]: Welche denn? - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein kann keine Steuersenkungen verkraften, wenn diese den eingeschlagenen Konsolidierungskurs gefährden. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle hätte ich von allen Fraktionen Applaus erwartet.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das war bisher immer gemeinsame Politik dieses Hauses, und das ist es auch heute. Denn wir haben bereits im Mai 2010 in diesem Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen - mit Ausnahme der LIN-KEN - die Bundesregierung aufgefordert, bis 2020 keine Mindereinnahmen für Länder und Kommunen zu beschließen, wenn diese die Einhaltung der Schuldenbremse gefährden.

Das zeigt: Der inhaltsgleiche Antrag von BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN - in der Juni-Tagung noch als Dringlichkeitsantrag gestellt - hat zwar die richtige inhaltliche Intention, er war aber weder dringlich, noch stellte er einen neuen Aspekt in der Debatte dar. Denn wir haben das bereits beschlossen, und wir müssen nicht alles doppelt und dreifach beschließen. Da hätte ich von den Grünen schon etwas mehr erwartet. So war es nur der übliche politische Schnellschuss, wie wir ihn aus der Opposition leider allzu oft erleben.

Für eine fundierte, sachliche Debatte ist es doch erforderlich, die Eckpunkte eines Gesetzentwurfs zu kennen. Erst dann kann man beurteilen, ob und in welchem Umfang sich Auswirkungen finanzieller Art auf Länder und Kommunen ergeben. Sollte sich die Bundesregierung zu einer Steuersenkung derart entscheiden, dass es zu einer Abschaffung Reduzierung des Solidaritätszuschlags kommt, gibt es keine Auswirkungen auf Länder und Kommunen. Dann wäre das im Bundesrat nicht einmal zustimmungspflichtig. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde dann ins Leere laufen. Eine bloße Wiederholung unserer ablehnenden Position bringt die aktuelle steuerpolitische Debatte nicht voran. Wir haben das bereits beschlossen.

Wenn man sich die aktuelle Debatte anschaut, dann mangelt es in dieser Debatte an einem klaren Kompass.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Auch da dürfen gern alle klatschen. - Anstelle eines in sich konsistenten und schlüssigen Reformvorschlags geistert vielmehr ein Sammelsurium von steuerpolitischen Einzelvorschlägen durch die Debatte: Mittelstandsbauch abspecken, kalte Progression bekämpfen, Kfz-Steuer auf den Benzinpreis umlegen, Erhöhung des Spitzensteuersatzes -

um nur einige Schlagworte aus den letzten Wochen zu nennen.

Frau Kollegin Heinold, mit unserem Änderungsantrag versuchen wir stattdessen, einen Impuls für eine strukturierte und geordnete Debatte zu leisten, in der Hoffnung, dass am Ende ein entsprechendes Ergebnis dabei herauskommt. Wir lassen uns dabei von dem Grundsatz leiten, dass angesichts der Situation aller öffentlichen Haushalte - sowohl beim Bund, bei den Ländern als auch bei den Kommunen - Steuervereinfachung Vorrang vor Steuersenkungen haben muss. Ein einfaches und transparentes Steuerrecht entlastet die Steuerzahler, also die Bürgerinnen und Bürger, von bürokratischen Regelungen, ohne dass dadurch die öffentlichen Haushalte automatisch belastet werden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wer hindert Sie daran, das zu machen?)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Ja, das tue ich sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Koch, Sie sagten gerade, Steuervereinfachung habe Vorrang. Wären Sie so freundlich, das Hohe Haus darüber zu informieren, wann die Landesregierung im Bundesrat die Initiative ergriffen hat, dass es in Sachen Umsatzsteuer für Hoteliers zu einer Steuervereinfachung kommt?

- Das Stichwort fehlte in der heutigen Debatte in der Tat noch, das musste von Ihnen noch kommen, Herr Dr. Stegner.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das mit den reichen Erben kommt auch noch! - Weitere Zurufe von CDU und SPD)

Die Landesregierung ist bereits initiativ geworden und hat ihre Vorschläge präsentiert, auch in Berlin. Was Sie hier fordern, ist geschehen, allerdings nicht nur auf den einen Punkt begrenzt, auf den Sie die Debatte immer zuspitzen wollen, sondern in der Gesamtheit des Steuersystems.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn eine Steuerreform für mehr Gerechtigkeit sorgen soll, muss man auch bereit sein, verschiedene Einzelvorschläge miteinander zu kombinieren. Wenn es darum geht, den **ungerechten Mittelstandsbauch** zu beseitigen, indem man zu einer vollständig linearen Progression kommt, muss man das mit der Abschaffung von **Steuervergünstigungen** und **Ausnahmetatbeständen** kombinieren, damit die Reform insgesamt aufkommensneutral wirkt und die Staatsverschuldung nicht weiter steigt.

Unser Antrag schließt deshalb weder Steuersenkungen noch Steuererhöhungen aus. Ich finde diese Offenheit bemerkenswert. Es geht vielmehr um eine **strukturelle Reform** des **Steuerrechts**, die langfristig wirkt. Wenn ich von Langfristigkeit spreche, ist ein passendes Bezugsdatum dafür das Jahr 2020, also das Jahr, in dem alle Bundesländer durch die Schuldenbremse gezwungen sind, im Normalfall auf die Aufnahme von Krediten zu verzichten. Das Ausrichten einer grundlegenden Steuerreform auf dieses Datum ließe es zu, die einzelnen Maßnahmen in mehreren Schritten umzusetzen. Dadurch würden sie für die Steuerzahler, aber auch für die öffentlichen Haushalte planbar, berechenbar und transparent.

Meine Damen und Herren, Finanzminister Rainer Wiegard ist einer der ganz wenigen in dieser Republik, der sich unbeirrt von tagespolitischen Gesichtspunkten für einen solchen strukturierten Ansatz mit einem klaren ordnungspolitischen Korridor starkmacht und der diese Vorschläge - wie ausgeführt - der Bundesregierung bereits präsentiert hat. Der grüne Antrag läuft auch an dieser Stelle ins Leere.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu den heute vorliegenden Anträgen! Wenn wir mit unserer heutigen Beschlussfassung einen wirklichen Impuls in der Steuerdebatte setzen wollen, der im Rest der Republik, gerade auch in Berlin, gehört wird, dann reicht es nicht, wieder einfach nur zu beschließen: Wir sind dagegen. Das haben wir schon einmal getan. Mit unserem Antrag, der durchaus ausgewogen ist und Steuersenkungen genauso wenig ausschließt wie Steuererhöhungen,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist großartig!)

haben wir einen Vorschlag unterbreitet, der eine breite Mehrheit in diesem Haus verdient hätte, genauso wie wir uns heute Morgen bei den wichtigen Infrastrukturfragen einig waren, dass wir mit einem klaren Signal auf Berlin zugehen müssen. Das wäre hier genauso erforderlich. Von der Intention her stimmt unser Antrag mit dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN voll und ganz überein. Inso-

fern hoffe ich noch auf Besinnung und Zustimmung der Oppositionsfraktionen zu unserem Antrag. - Ich würde jetzt die Nachfrage zulassen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Er lässt die Nachfrage zu, Frau Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Herr Kollege Koch, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie davon ausgehen, dass die noch nicht begonnene Initiative, das Steuerrecht zu entfrachten, in Berlin dadurch befördert werden könnte, dass auch Grüne, SPD, LINKE und SSW Ihrem Antrag zustimmen?

Tobias Koch [CDU]:

Ja. Wenn wir als Schleswig-Holsteiner ein starkes Signal aussenden, dass wir alle fraktionsübergreifend diesen Vorstoß unterstützen, hat das mehr Gewicht, als wenn wir mit verschiedenen Zungen sprechen und ein unklares Signal nach Berlin senden, wo es wieder um parteipolitische Taktik geht.

(Unruhe)

Es ist unser gemeinsames Interesse als Schleswig-Holsteiner, dass das so passiert, und deswegen sollten wir gemeinsam beschließen. Es würde helfen, wenn Sie zustimmen, ja.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine zweite Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold und danach eine weitere der Fraktionsvorsitzenden des SSW, Anke Spoorendonk?

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Habe ich Sie richtig verstanden, wenn der von Ihnen vorgelegte Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen würde, wäre dies ein unklares Signal in Richtung Berlin?

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

- Frau Kollegin Heinold, Spitzfindigkeiten helfen uns nicht weiter.

(Beifall bei der CDU - Die Abgeordnete Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] nimmt wieder Platz)

- Ich war mit der Beantwortung der Frage noch nicht fertig, Frau Kollegin.

(Die Abgeordnete Monika Heinold [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN] erhebt sich wieder)

Ich wollte Ihnen eine Brücke bauen, damit Sie nicht ganz so isoliert dastehen, wie Sie heute Morgen bei wichtigen Abstimmungen dagestanden haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Insofern dürfte es auch in Ihrem Interesse liegen, wenn wir an einem Strang ziehen. - Setzen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Anke Spoorendonk [SSW]: Lieber Kollege Koch, stimmen Sie mir zu, dass die Aussage "Keine Steuersenkungen zulasten des Landes Schleswig-Holstein und seiner Gemeinden!", von allen beschlossen, mehr Schlagkraft in Berlin hätte als eine sehr differenzierte Antragsstellung?

- Frau Kollegin Spoorendonk, ich stimme Ihnen insofern zu, als wir bereits gemeinsam einen Beschluss gefasst haben. Mit diesem Aufschlag sind wir bereits in Berlin, das ist bereits unsere Position. Ich verwies auf den Beschluss vom Mai 2010 mit genau diesem Inhalt. Wir brauchen nicht alles doppelt und dreifach zu beschließen. Nachdem wir den Beschluss gefasst haben, sollten wir uns konstruktiv in die aktuelle Debatte einbringen. Es reicht nicht, immer nur dagegen zu sein. Das hilft den Kolleginnen und Kollegen in Berlin nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Wollen Sie eine weitere Zwischenfrage zulassen, Herr Abgeordneter Koch?

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Anke Spoorendonk [SSW]: Stimmen Sie mir zu, dass es ein gutes pädagogisches Prinzip ist, wichtige Punkte zu wiederholen?

(Heiterkeit)

- Wir haben heute Morgen auch etwas über niveauvolle und intelligente Beiträge gehört. Bloße Wiederholung fällt nicht darunter.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist bei uns etwas anders - wir beherrschen nicht nur ein Thema, sondern mehrere. Das unterscheidet unsere Fraktion von anderen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Zunächst einmal herzlichen Dank an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ihren Antrag. Anscheinend müssen wir insbesondere der FDP-Fraktion immer noch vor Augen führen, worüber in **Berlin** diskutiert wird. Wenn ich die Zwischenrufe von vorhin richtig deute, komme ich zu dem Schluss, dass einige Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion noch nicht wissen, was die FDP-Bundestagsfraktion nach wie vor fordert: **Steuersenkungen**. Das geht gar nicht!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Blick in die USA, wo Reiche Zug um Zug steuerlich entlastet worden sind, zeigt, dass der gewünschte Effekt nicht eingetreten ist. Auch hier in Deutschland - das muss ich als Sozialdemokrat selbstkritisch anmerken - haben wir leidvoll erfahren müssen, dass Steuersenkungen nicht zu der erhofften Überkompensation durch Steuermehreinnahmen geführt haben. Das stellen wir leider überall auf der Welt fest.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Ihr habt sie doch erhöht!)

- Wir haben keine Steuern erhöht; als wir auf Bundesebene an der Regierung waren, haben wir Steuern gesenkt. Aber ich kann gut verstehen, dass die LINKE das nicht mitbekommen hat.

Die Kommunen haben überwiegend Pflichtaufgaben zu erfüllen; dafür brauchen sie verlässliche Einkünfte. Deshalb sind mit der SPD Steuersenkungen nicht machbar. Wie es um die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein steht, sehen die Mitglieder dieses Hauses regelmäßig in den Haushaltsberatungen.

Wir werden keine Steuersenkung mittragen, mit der die Finanzen des Landes zulasten von Bürgerinnen und Bürgern, kleinen Initiativen und Schulen, zulasten der Sicherheit oder der Interessen des Landes geschwächt werden. Das ist kein "Geschnacke", Herr Minister Wiegard. Wenn Sie "Schnacker" sagen, muss ich Ihnen entgegen: Ihr Konzept ist im Bund bisher auch nicht zum Tragen gekommen. Insofern sollten Sie lieber handeln als hier weiter herumzureden.

Ich möchte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu nutzen, noch einmal zu verdeutlichen, dass die **Entlastung** von **Geringverdienenden** aus der Sicht der SPD dringend geboten ist.

(Beifall bei der SPD)

Dies kann jedoch nicht in Form von **Steuersenkungen** geschehen, von denen Geringverdiener überhaupt nichts haben, weil sie kaum Einkommensteuer zahlen müssen, wenig zu vererben haben und nur zu kleinen Teilen am Konsum partizipieren können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten gezielt bei den Geringverdienenden ansetzen, wenn es darum geht, Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Ich wünsche mir einen konstruktiven Diskurs über die Konzepte, die es dafür gibt. Ich nenne beispielhaft die Bürgerversicherung, das Progressionsmodell für Sozialversicherungsbeiträge und das Kinderfreibetragsmodell in der Sozialversicherung.

(Christopher Vogt [FDP]: Linke Tasche, rechte Tasche!)

Die Effekte solcher Maßnahmen kämen bei denen an, die sie dringend brauchen. Sie gingen vor allem nicht zulasten von Ländern und Kommunen. So kann Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik gehen, meine Damen und Herren. Wir sollten uns daranmachen, zügig darauf hinzuarbeiten.

CDU und FDP dagegen wollen langatmig eine Idee nach der nächsten zu Tode reden und halten sich für die nächsten zehn Jahre sogar Steuersenkungen offen. Frau Heinold hat dazu genügend ausgeführt; deswegen halte ich mich zurück.

Dennoch gestatte ich mir die Anmerkung: Lieber Kollege Koch, ein Impuls ist von Ihrem Antrag wirklich noch nicht ausgegangen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann auch nicht erkennen, dass Sie Ziele formuliert haben. Man sieht also nicht, wo Sie tatsächlich

(Olaf Schulze)

hinwollen. Sie sagen: Man könne zwar über alles schnacken, aber letztlich solle man so weitermachen wie bisher. In Ihrer Rede vorhin haben Sie doch selbst angedeutet, was momentan in Berlin alles durchs Dorf gejagt wird. Da sollen die Steuern hier gesenkt und dort umstrukturiert werden, aber ein richtiges Konzept steht nicht dahinter.

Die Länder brauchen gute Steuereinnahmen, weil sie nicht nur ihre Schulden reduzieren wollen, sondern auch in Schulen und Hochschulen investieren wollen und müssen. Die Kommunen brauchen gute Steuereinnahmen, weil sie nicht nur ihre Schulden reduzieren wollen, sondern auch in frühkindliche Bildung investieren wollen und müssen. Das Land und die Kommunen brauchen gute Steuereinnahmen, um die Infrastruktur, wie Straßen, Büchereien, Nahverkehr und Breitband, erhalten und ausbauen zu können.

Sie wissen, dass die SPD-Fraktion für die Schuldenbremse steht. Ich bin jedoch ein engagierter Gegner des Kaputtsparens.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Unsere Gesellschaft sollte sich schleunigst daranmachen, gerechter zu werden und einen Konsens zu finden, auf welche öffentlichen Aufgaben es heute und in Zukunft ankommt. Wer es sich leistet, wider besseres Wissen - wir wissen es tatsächlich besser -, Steuersenkungen zu fordern oder zu unterstützen oder auch nur im Bundesrat mit faulen Deals zu akzeptieren, handelt gegen die Interessen des Landes Schleswig-Holstein und der schleswigholsteinischen Kommunen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daher tragen wir die Forderung der Grünen mit: Wir fordern die Landesregierung auf, im Bundesrat Steuersenkungen abzulehnen. Machen Sie gegenüber der Bundesregierung deutlich: Mit Schleswig-Holstein gibt es keine Steuersenkungen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Katharina Loedige.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein schwerer Gang!)

Katharina Loedige [FDP]:

Es ist schön, dass sich alle freuen. - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Deutschland in diesem und im vergangenen Jahr so hohe Steuereinnahmen erzielt wie nie zuvor. Ich weiß überhaupt nicht, worüber Sie diskutieren, wenn Sie behaupten, die Steuern dürften nicht gesenkt werden. Wir haben kein **Einnahmenproblem**. Das hat die Opposition noch immer nicht verstanden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie vielleicht nicht!)

Wir haben ein ganz massives **Ausgabenproblem**, sowohl in Schleswig-Holstein als auch in der Bundesrepublik insgesamt.

Wenn schon die Steuerberater und die Wirtschaftsprüfer über das deutsche Steuersystem nur noch den Kopf schütteln, obwohl dieses System ihnen doch die Mandanten in Scharen in ihre Kanzleien treibt, ist etwas faul in unserem Land.

Präsident Torsten Geerdts:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

Katharina Loedige [FDP]:

Ja, gern.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Frau Loedige, ist Ihnen bekannt, dass nach Angaben des Bundesfinanzministeriums das gesamtstaatliche Defizit 43 Milliarden € beträgt? Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie diese Lücke allein durch Sparmaßnahmen schließen wollen?

- Nein, Sie haben mich falsch verstanden. Ich komme in meiner Rede noch dazu. Das Defizit werden wir nicht allein durch Sparmaßnahmen beseitigen können, aber auch nicht durch Steuererhöhungen.

Das deutsche **Steuerrecht** muss - auch und gerade vor dem Hintergrund der Schuldenbremse - **grundlegend überarbeitet** werden. Es muss einfacher, transparenter und insbesondere für die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen gerechter werden.

(Beifall bei der FDP)

Es kann nicht sein, dass nur 46 % der Gehaltserhöhung des Beziehers eines mittleren Einkommens bei ihm ankommt. Mehr als die Hälfte dieser Gehaltserhöhung behält der Staat für sich. Schade, dass SPD und Grüne Facharbeitern, Krankenschwe-

(Katharina Loedige)

stern, Polizisten und anderen Normalverdienern ihren Anteil am Aufschwung verweigern wollen, weil sie diese Berufsgruppen schon als Spitzenverdiener ansehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch eine Unverschämtheit!)

- Doch, doch! - Jürgen Trittin nannte das Ziel der Abmilderung der "kalten Progression" sogar eine "abgehobene Debatte der oberen Mittelschicht und der Oberklasse". Das können Sie auf "Spiegel-Online" vom 4. Juli 2011 nachlesen.

Und überhaupt: Sie reden permanent von "Steuergeschenken". Was sind eigentlich in Ihren Augen Steuergeschenke?

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Sie haben ein sehr merkwürdiges Staatsverständnis, wenn Sie hier über Steuergeschenke reden. In Ihren Augen gehört offensichtlich jedes Einkommen erst einmal komplett dem Staat, dann wird entschieden, was der Arbeitnehmer selbst behalten darf, und der Rest wird schön gleichmäßig verteilt.

(Beifall bei der FDP)

Eine Steuer- und Abgabenpolitik, die Konsumenten und Investoren mehr Freiräume verschafft und den Aufbau von Beschäftigung weiter stabilisiert, steht nicht im Widerspruch zur **Haushaltskonsolidierung**, sondern unterstützt diese gerade. Nicht mit Steuererhöhungen schafft man mehr Einnahmen, sondern mit einer starken Wirtschaftskraft und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Dr. Axel Bernstein [CDU] und Johannes Callsen [CDU])

Bund und Länder sind aufgefordert - jetzt komme ich wieder zu unserem Antrag -, ein **Konzept zur Steuervereinfachung** zu entwickeln, welches die Haushaltskonsolidierung der Länder - insbesondere unseres Bundeslandes Schleswig-Holstein - nicht konterkariert. Und das ist möglich.

(Detlef Buder [SPD]: Dann mal los!)

Keine Steuergeschenke zulasten der Länder zu machen, ist das Einzige, was den Grünen zur derzeitigen Finanzsituation in Bund und Ländern einfällt. Das ist ein bisschen dünn, Frau Heinold. Ein ernstzunehmendes Konzept, wie die Haushaltskonsolidierung in Schleswig-Holstein bis 2020 zu schaffen ist, haben Sie immer noch nicht vorgelegt.

(Beifall bei der FDP - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie auch nicht!)

- Das stimmt nicht ganz. Es ist richtig: Die SPD und auch Sie gucken natürlich immer nur nach Berlin und fordern Steuererhöhungen. Das ist für Sie das Allheilmittel, wie wir hier in Schleswig-Holstein unseren Haushalt noch retten können. Aber dass die Einnahmen aus einer höheren Erbschaftsteuer, so wie Sie sie fordern, oder einer Vermögenssteuer nicht einmal ansatzweise dazu ausreichen, die Schuldentilgung zu bedienen, verschweigen Sie gänzlich.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aber Steuersenkungen helfen dabei! - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wollen Sie denn die Schulden tilgen?)

Aber wenigstens hat die SPD eine Vorstellung davon - das finde ich gut -, wie Ausgaben begrenzt werden können. Im "Hamburger Abendblatt" ist am 16. August 2011 nachzulesen gewesen, dass sich Herr Albig während eines Besuchs der Landesgartenschau zwar gegen den Nordstaat und für die Eigenständigkeit Schleswig-Holsteins ausgesprochen hat, sich aber fragt, ob denn fünf norddeutsche Bundesländer eigentlich fünf Staatskanzleien brauchen. Meine Fraktion und ich würden uns freuen, wenn uns die SPD-Fraktion einmal erklären könnte, was ihr Spitzenkandidat da gemeint hat - das wäre ganz nett - und wie die trotzdem eigenständigen Länder ohne Staatskanzleien dann regiert werden sollen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wie war jetzt noch einmal Ihr Vorschlag, Frau Loedige?)

Das würde ich gern von dem Spitzenkandidaten beziehungsweise vielleicht von dem angewiesenen Redner hören.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP] - Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Oder haben wir es bei Herrn Albig mit einem vielversprechenden oder mit einem sich viel versprechenden Politiker zu tun? Er ist ja derjenige, mit dem wir uns demnächst auseinanderzusetzen haben.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU -Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ein Armutszeugnis ist das! - Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

Präsident Torsten Geerdts:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Zuschauertribüne begrüße ich weitere Gäste, die an unserer Sitzung heute teilnehmen. Ich begrüße die Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Kiebitzreihe. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Loedige, ich spreche mit Herrn Albig, wenn wir gemeinsam in diesem Parlament sitzen. Ich denke, ich habe auch einige Fragen an ihn zu richten. Aber ich hoffe zumindest, dass ich mir mit Herrn Albig einig bin in der Feststellung, dass wir selbstverständlich ein **Einnahmeproblem** in diesem Land und diesem Landeshaushalt haben. Sprechen Sie einmal mit Herrn Wiegard und fragen sie ihn, der wird Ihnen das wahrscheinlich auch bestätigen.

Meine Damen und Herren, eigentlich wollten wir schon im Juni aufgrund des Dringlichkeitsantrages der Grünen über diesen Sachverhalt sprechen. Es ging damals darum, die unteren und mittleren Einkommen zu entlasten. Nicht nur wir waren dafür im Rahmen der **Dringlichkeit** habe ich dazu gesprochen -, sondern auch der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU. Gern hätte ich gemeinsam dieses Thema diskutiert. Es sollte nicht sein, weil Sie die Dringlichkeit damals nicht bejaht haben. Jetzt muss ich eben mit Ihnen vorlieb nehmen. Es ist so, wie es ist.

Unsere Position zu der ganzen Frage ist eindeutig: Selbstverständlich müssen wir untere und mittlere Einkommen entlasten. Das ist völlig klar. Aufgrund der kalten Progression gibt es eine Steuerungerechtigkeit, die ausgeglichen werden muss. Unsere Position ist aber eindeutig: Herr Koch, eine solche Steuerentlastung darf nicht zulasten der Einnahmen des Staates gehen

(Gerrit Koch [FDP]: Unser Antrag!)

- zu Ihrem Antrag komme ich noch -, das heißt selbstverständlich auch nicht zulasten von Land und Kommunen. Warum nicht? - Es gibt bei uns viele Menschen, viel zu viele Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, Menschen, die nicht arbeiten können, alleinerziehende Frauen, die ihre Kinder betreuen müssen, Menschen, die schon vor Jahren aus dem Arbeitsprozess rausgeschmis-

sen worden sind, weil sie niemand mehr braucht oder meinte zu brauchen, Ältere, die nach einem langen Arbeitsleben und Kindererziehung nicht genug Rente bekommen, um ihre Existenz zu sichern.

Meine Damen und Herren, gestern ging durch die Medien: Eine Rentnerin in Schleswig-Holstein erhält im Durchschnitt 483 € Rente - 483 €! Das ist schon ein Skandal. All die genannten Personengruppen sind darauf angewiesen, dass der Staat und die Gesellschaft ihnen helfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu braucht es einen gut durchfinanzierten Staat. Deshalb geht eine Steuersenkung bei unteren und mittleren Einkommen nur, wenn wir weiter **oben stärker belasten**. Dazu gleich mehr. Einer weiteren Unterfinanzierung des Staates werden wir uns in jedem Fall vehement entgegenstellen.

Zum Antrag der Grünen: Selbstverständlich tragen wir Ihren Antrag mit. Ich hätte mich aber gefreut, wenn Sie so einen Antrag im Jahr 2000 oder in den folgenden Jahren gestellt hätten. Da kamen die rotgrünen Reformen der Regierung Schröder/Fischer, da begann der Ausverkauf des Sozialstaates durch die Senkung des Spitzensteuersatzes und durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes. Wenn ich weiter aufzählen würde, was alles gesenkt worden ist, würde ich wahrscheinlich noch zehn Minuten hier reden.

Herr Schulze, selbstverständlich hat die SPD Steuern gesenkt, aber leider eben nicht bei den unteren Einkommensschichten, sondern bei den Reichen und bei den Unternehmen. Das war der Fehler.

(Olaf Schulze [SPD]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Das hat man uns "reingehauen".

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Wir haben zwischen 2000 und 2010 bei Bund, Ländern und Kommunen insgesamt 51 Milliarden € Steuerverluste, Frau Loedige, durch **Steuersenkungen** hinnehmen müssen. Allein 2008 und 2009 - da war es dann die Große Koalition - haben in Schleswig-Holstein die **Steuerrechtsänderungen auf Bundesebene** zu strukturell wirkenden Mindereinnahmen in Höhe von 400 Millionen € pro Jahr geführt. Um das in aller Deutlichkeit hier zu sagen: Die hart arbeitenden Eltern hier in Schleswig-Holstein müssen nun die Schülerbeförderung in den Kreisen auch deshalb selbst schultern, weil Sie, meine Damen und Herren auch von SPD und Grü-

(Ulrich Schippels)

nen, im Bund den Millionären eine Steuersenkung von 53 % auf 42 % eingeschenkt haben.

(Zurufe)

DIE LINKE will die Entlastung unten und die Belastung oben. Der **Steuerbauch** bei kleinen und mittleren Einkommen muss weg. Das ist eine Frage der Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Um dies zu realisieren, wollen wir den Grundfreibetrag von 8.004 € auf 9.300 € anheben. Wir wollen den Tarifverlauf begradigen und den Spitzensteuersatz ab 65.000 € wieder auf 53 % anheben, Zinsen und Kursgewinne sollen in den persönlichen Steuersatz mit einbezogen werden, die Abgeltungssteuer wird abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist soziale Gerechtigkeit, das ist sozial gerechte Steuerpolitik. Herr Minister Wiegard, Sie werden sagen, das sei unbezahlbar. Das liegt an Ihren ideologischen Scheuklappen. Denn wir können natürlich an der Steuerschraube noch heftig drehen. Wir brauchen eine Millionärssteuer. Wir brauchen eine sozial gerechte Reform der Erbschaftsteuer, die Rücknahme der Steuergeschenke für Unternehmen und die Anhebung des Körperschaftsteuersatzes.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Das alles wäre möglich, wenn der politische Wille da wäre.

Die Bundesregierung aber zündet Nebelkerzen, und die CDU und FDP - jetzt komme ich zu Ihrem Antrag - beteiligen sich daran. Die ewige Litanei eines einfachen, transparenten und gerechten Steuerrechts - wie hieß der Mann mit dem Bierdeckel noch, ich komme nicht mehr auf seinen Namen - darf Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP, sowieso niemand glauben. Es ist Ihre Klientel, die immer wieder nach Sonderregeln schreit und Ausnahmetatbestände im Steuerrecht fordert. Ich erinnere nur an den geringeren Mehrwertsteuersatz für Hoteliers.

(Christopher Vogt [FDP]: Hören Sie doch auf!)

Meine Damen und Herren, das ist mein letzter Satz: Steuern sind zum steuern da. Wenn Sie diese nicht erheben, gibt es auch nichts zu steuern. Dann können wir den Laden dichtmachen. Das wäre das Ende der Politik. Das ist vielleicht das Ideal der FDP - der sogenannte Nachtwächterstaat.

(Christopher Vogt [FDP]: Hören Sie doch auf!)

Wir machen da nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verankerung der landeseigenen **Schuldenbremse** in unserer Verfassung liegt gerade einmal etwas mehr als ein Jahr zurück. Die schwierige finanzielle Situation Schleswig-Holsteins zwingt uns zur stufenweisen Rückführung der Neuverschuldung. Diese Entscheidung wurde von fast allen Fraktionen mitgetragen.

Auch wenn wir über den Weg, auf dem die Schuldenbremse umzusetzen ist, wiederholt gestritten haben, sind wir uns grundsätzlich darin einig, dass ohne eine solche Regelung die Handlungsfähigkeit des Landes bedroht ist. Einig sind wir uns sicher auch darüber, dass dieser Weg heute und in Zukunft alles andere als einfach ist. Doch gerade weil es so eine anspruchsvolle Aufgabe ist, haben wir unsere Schuldenbremse an eine Reihe von Bedingungen geknüpft.

Besonders wichtig ist der verpflichtende Grundsatz des strukturell ausgeglichenen Haushalts gemäß Artikel 53 Abs. 1 der Landesverfassung. Die Landesregierung muss demnach bei ihrer Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung und in Angelegenheit der Europäischen Union die Schuldenbremse mit beachten. Das heißt konkret, dass sie keinen Beschlüssen zustimmen sollte, die zu Mehrausgaben oder zu Mindereinnahmen des Landes führen. Angesichts der aktuellen Steuersenkungsdebatte, die in einer solchen Belastung münden könnte, unterstützen wir den Antrag der Grünen selbstverständlich ohne Einschränkung.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Aus Sicht des SSW wäre die Zustimmung der Landesregierung zu den aktuellen Steuersenkungsplänen eine massive Verletzung des Grundprinzips der Schuldenbremse. Wer vor dem Hintergrund des vereinbarten Ab-

(Lars Harms)

baupfades vermeintlichen Mindereinnahmen zustimmt, ohne dafür eine entsprechende haushaltswirksame Kompensation auszuhandeln, nimmt in Kauf, das Schleswig-Holstein langsam an seinen Schulden erstickt und seine **politischen Gestaltungsmöglichkeiten** völlig aufgibt. Dies darf unter keinen Umständen passieren. Die Landesregierung ist in der Pflicht, im Bundesrat gegen derartige Vorhaben zu stimmen, um den damit verbundenen Schaden vom Land abzuwenden. Wir erwarten, dass den Worten des Ministerpräsidenten, nach denen die aktuellen Pläne nicht zulasten des Landes gehen dürfen, auch Taten folgen - nicht mehr und nicht weniger.

Manch einer hat vor dem Hintergrund der Wahlumfragen vielleicht Verständnis für diese Steuergeschenke der FDP - ich ganz sicher nicht. Denn Fakt ist, dass der Ruf nach Steuersenkungen zu einem völlig unpassenden Zeitpunkt kommt. Trotz der günstigen konjunkturellen Entwicklung und steigender Steuereinnahmen sind die Haushaltsrisiken des Bundes unverändert hoch. Vor allem die anfallenden Ausgaben im Rahmen der Energiewende und die möglichen Milliardenaufwendungen für weitere EU-Rettungspakete sind enorme Unsicherheitsfaktoren. Der Aufschwung nach der vergangenen schweren Wirtschafts- und Finanzkrise scheint sich zu stabilisieren. Diese Entwicklung ist ohne Zweifel auch erfreulich, doch Bund und Länder haben gerade erst einen umfassenden Konsolidierungspfad eingeschlagen, der keine Steuergeschenke erlaubt. Für uns steht fest: Die Konsolidierungsbemühungen haben gerade in der heutigen Aufschwungphase Vorrang vor irgendwelchen Steuergeschenken - an wen auch immer.

Aus Sicht des SSW bietet die günstige konjunkturelle Entwicklung durchaus die Chance, endlich eine Vereinfachung im Steuerrecht zu erreichen. Hier geben wir Union und FDP recht. Indem wir zum Beispiel die Ausnahmetatbestände bei der Mehrwertsteuer reduzieren oder aber eine gleichmäßigere Besteuerung von Einkommen einführen, könnten wir insgesamt zu mehr Gerechtigkeit innerhalb des Steuersystems kommen. An diesen Aufgaben sollte in der heutigen Lage verstärkt gearbeitet werden. Doch grundsätzlich gilt, dass am derzeitigen Gesamtniveau der Steuerbelastung festgehalten werden muss, um trotz der schmerzhaften Konsolidierungsbemühungen noch ein Minimum an Gestaltungsspielraum zu erhalten.

Der SSW ist der Auffassung, dass dem Staat eine Verantwortung für die **Lebensumstände der Bürger** zukommt. Hierzu zählen der Ausgleich sozialer

Härten ebenso wie die Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur oder in die Bildung. Hierfür wird auch heute noch Geld benötigt. Andere Länder sind uns immer noch voraus was die Kinderbetreuung angeht. Wir haben immer noch Defizite beim Ausbau der Ganztagsschulen. Wir stehen immer noch vor großen Problemen bei der Verkehrsinfrastruktur. Das haben wir heute mehrfach gehört. Wir haben es immer noch nicht geschafft, eine Kultur des Förderns und Forderns bei der Lösung des Arbeitslosenproblems zu etablieren. Wo man hinsieht, gibt es riesige Herausforderungen, die ohne Geld nicht zu meistern sind, bei denen aber die Bürger von uns verlangen, dass wir Lösungen liefern.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Schleswig-Holsteiner brauchen sie umso mehr, diese Steuereinnahmen, damit wir unsere Schuldenbremse auch einhalten können und noch das Mindestmaß dessen, was wir als Staat und Bundesland leisten können, leisten können, ansonsten werden wir in der Tat zu einem Nachtwächterstaat. Deshalb Steuervereinfachung: ja - Steuersenkung zulasten des Landes und der Kommunen: auf jeden Fall nein.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also man ist schon verblüfft: Man hört hier eine Debatte mit Beiträgen des Kollegen Koch und der Kollegin Loedige, in denen sie sagen, dass das, was in dem Antrag gefordert wird, nämlich Steuersenkungen für Land und Kommunen auszuschließen, unklar sei. Sie selbst legen aber einen Antrag vor, in dem Sie sagen, es kann eine Steuererhöhung, es kann aber auch eine Steuersenkung sein. Das ist eine klare Linie? Wenn Loriot sagte: "Früher war mehr Lametta", ist das deutlich klarer als das, was Sie hier vorgetragen haben. Das muss ich wirklich sagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Das ist doch grotesk. Frau Loedige, in welcher Welt leben Sie eigentlich, hier ernsthaft zu sagen, dass die Vorschläge, die Sie machen, im Gegensatz zu dem, was wir fordern, den Krankenschwestern helfen würden? Ich weiß nicht, ob es Schönheitskliniken in der Schweiz gibt, in denen Krankenschwestern so viel verdienen, dass sie solche Steuern bezahlen können, aber eine normale Krankenschwester kann das nicht. Das ist doch unfassbar. Die Jahresversorgungsbezüge der Topmanager von DAX-Unternehmen in Deutschland sind im Durchschnitt höher als das Lebensarbeitseinkommen von einer Friseurin, einer Krankenschwester oder einer Verkäuferin. Das ist die Wirklichkeit in diesem Land, Frau Loedige. Es ist doch eine Frechheit, sich hier hinzustellen und zu erzählen, Sie wollten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten, die hart arbeiten und solche Beiträge erzielten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

An Ihnen scheitern vernünftige Mindestlöhne. Von 40.000 ALG-II-Empfängern in Deutschland arbeiten mehr als ein Viertel die ganze Woche und müssen zusätzlich aus Steuermitteln finanziert werden, um zurecht zu kommen. Das ist die Wahrheit. Und da wollen Sie die Steuern senken, das ist doch wirklich unglaublich! Dann zu sagen, der Finanzminister hätte tolle Konzepte geliefert! Das, was ich von ihm kenne, sind Vorschläge, die Gewerbesteuer abzuschaffen, sind Vorschläge, die erniedrigte Mehrwertsteuer abzuschaffen. Das sind Vorschläge, die der Finanzminister dieses Landes macht, und das steht im Widerspruch zur Finanzlage des Landes und der Kommunen.

Ich möchte Ihnen noch eines sagen: Jedem hier ist doch klar, dass wir sowohl Ausgabenkürzungen als auch Verwaltungsreformen als auch Einnahmeverbesserungen brauchen. Da beißt die Maus keinen Faden ab, und das gilt auch ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Warum setzt sich Frau Merkel in Europa denn nicht endlich durch, damit die **Finanztransaktionssteuer** kommt, anstatt nur davon zu reden? Natürlich brauchen wir eine **Erhöhung des Spitzensteuersatzes** und nicht das, was Sie hier vortragen.

Ich muss ehrlich sagen: Zu glauben, mit dem, was Sie zu Steuern und Finanzen hier sagen, könnten Sie die Menschen verkohlen, damit täuschen Sie sich. Ihre Umfragewerte zeigen, dass das so ist. Sie sollten hier auch nicht wechselseitig darüber reden,

ob Sie oder Sie gemeinsam mit Herrn Albig hier im nächsten Landtag diskutieren können. Möglicherweise haben wir dann zwei Fraktionen weniger. Wenn Sie weiter so reden, werden Sie jedenfalls einen Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem CDU-Abgeordneten Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme aus der heutigen Debatte mit, dass auch DIE LINKE hier im Landtag für **Steuersenkungen** ist so vorgetragen von Herrn Schippels -, nämlich für Geringverdiener - ich glaube, das war das eine Stichwort - und bei kalter Progression. Gleichzeitig will die Opposition hier einen Antrag beschließen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, das alles im Bundesrat abzulehnen. Die Formulierung lautet:

"Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat Steuersenkungen abzulehnen."

So einfach und simpel haben Sie es in Ihrem Antrag formuliert. Deswegen noch einmal der Hinweis: In unserem Antrag schließen wir Steuersenkungen nicht aus, Steuererhöhungen genauso wenig. Das Ganze muss **aufkommensneutral** sein. Wenn man an der einen Stelle etwas absenkt, muss man etwas an anderer Stelle erhöhen, Ausnahmen sind zu streichen. Das finden Sie in unserem Antrag - nicht so simpel formuliert wie bei Ihnen.

Schauen Sie auf der zweiten Seite unseres Antrages - der Antrag hat zwei Seiten - den zweiten Satz an:

"Dies darf im Ergebnis jedoch nicht zu strukturellen Mindereinnahmen von Land und Kommunen und zur Gefährdung der Haushaltskonsolidierung führen."

Mit anderen Worten: Es muss aufkommensneutral sein. Das ist die Botschaft.

Wir müssen einzelne Stellschrauben im Steuersystem drehen. Das wird an manchen Stellen zu Senkungen führen, das wird an anderen Stellen dazu führen, dass wir Ausnahmetatbestände streichen, dass wir vielleicht auch den einen oder anderen Steuersatz erhöhen. Deshalb wird in unserem Antrag beides nicht ausgeschlossen, das Ganze muss

aufkommensneutral sein, um die Konsolidierung nicht zu gefährden und um die Schuldenbremse einzuhalten. Ich glaube, dass ist ein sehr klares Konzept.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Kollege Stegner, wenn man von Ihrem Beitrag einmal die Polemik abzieht,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Bleibt nichts mehr übrig!)

und feststellt, dass wir noch nicht im Wahlkampf sind, dann müsste man diesem Antrag eigentlich zustimmen können. Denn es müsste ja nur in unserem gemeinsamen Interesse sein, eine vernünftige, sinnvolle Steuerpolitik für die Bürgerinnen und Bürger und für unseren Landeshaushalt zu machen. Dann muss man hier auch keinen Wahlkampf machen, sondern dann kann man sagen: Das ist der richtige Kurs, dafür treten wir gemeinsam ein, das dient dem Land.

Deshalb noch einmal: Stimmen Sie zu. Das ist unser Antrag. Alles was ich vorgetragen habe, steht in unserem Antrag und ist dort nicht so einfach formuliert wie bei den Grünen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen erstaunt, aber das bin ich immer bei diesen steuerpolitischen Debatten. Ich finde im Übrigen auch, dass sich die Dringlichkeit, die Sie noch im Juni an diesen Antrag gestellt haben, bisher nicht bestätigt hat. Es ist verwunderlich, dass ausgerechnet Sozialdemokraten und Grüne sich in dieser Debatte so vorrangig und lautstark zu Wort melden. Wir machen in diesem Jahr wieder nur neue Schulden, um damit die Zinsen der Schulden aus Ihrer Regierungszeit zu bezahlen.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde das wirklich dreist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Oppositionsführer, ich war auch von Ihrem Beitrag eben merkwürdig berührt. Wissen Sie,

warum Sie Oppositionsführer sind? - Offensichtlich wissen Sie das nicht. Sie sind Oppositionsführer, weil Ihnen gelungen ist, was keinem anderen Sozialdemokraten je gelungen wäre, nämlich die SPD nach 21 Jahren in die Opposition zu führen. Deshalb sind Sie Oppositionsführer. Eben haben Sie noch einmal bewiesen, wie man das macht.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Loedige [FDP] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich sage Ihnen: Mit dieser Landesregierung, mit uns, gibt es keine wilden Steuersenkungsaktionen, die die **finanzielle Handlungsfähigkeit** des Landes und den **Konsolidierungskurs** gefährden. Das wird es mit uns nicht geben. Damit unterscheiden wir uns sehr wohltuend von der eben genannten rotgrünen Regierung, die von 1996 bis 2005 dieses Land regiert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Stegner, das war eine Landesregierung, die Anfang des Jahres 2000 in wilden Steuersenkungsaktionen dafür gesorgt hat, dass es in diesem Land über vier Jahre hinweg überhaupt keine Steigerung der Steuereinnahmen gegeben hat. Das hat das Maß vollgemacht. Während der gesamten Regierungszeit von Rot-Grün haben Sie es nicht in einem Jahr geschafft, die Steuereinnahmen um 100 Millionen € nach oben zu bewegen; nicht in einem einzigen Jahr. Dass Sie sich alle beide hier als Ratgeber in steuerpolitischen Entscheidungen hinstellen, ist wirklich dreist. Das ist oberdreist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für uns steht im Vordergrund, dass wir die Steuern vereinfachen. Ich muss Ihnen sagen: Sie können über Steuersätze so viel reden, wie Sie wollen. Sie haben eben übrigens schon wieder gesagt, wir sollen den **Spitzensteuersatz** dringend erhöhen. Warum haben Sie den denn um zehn Prozentpunkte gesenkt, als Sie regiert haben? Warum haben Sie das gemacht? - Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen das andersherum.

Ich sage: Am Anfang steht eine **Steuervereinfachung**, weil die Menschen verstehen müssen, warum sie Steuern zahlen, und weil sie einigermaßen errechnen können müssen, wie viel Steuern sie zahlen. Dass Sie, die rot-grün regierten Länder, im Juni im Bundesrat das Steuervereinfachungspaket von Wolfgang Schäuble mit über 30 Punkten abgelehnt haben, ist genau so ein Beispiel dafür, dass

(Minister Rainer Wiegard)

bei Ihnen Reden und Handeln nicht übereinstimmen.

Ich sage Ihnen: Es ist völlig egal, ob Sie einen Spitzensteuersatz von 42 %, von 53 % oder von 64 % haben. Wenn jemand durch **Ausnahmeregelungen** und durch **Steuervergünstigungen** sein steuerpflichtiges Einkommen auf Null herunterrechnen kann, dann ist der Steuersatz wurscht. Deshalb ist es zunächst einmal notwendig, diesen Gang einzulegen. Daran werden wir zunächst einmal arbeiten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Bundesfinanzhof hat vor drei Monaten zu einer Steuervorschrift im Einkommensteuerrecht geurteilt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU] - Weitere Zurufe)

Präsident Torsten Geerdts:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind noch nicht in dieser Abendveranstaltung, sondern noch im Landtag. Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Ich sage es noch einmal: Der Bundesfinanzhof hat vor drei Monaten zu einer Vorschrift im Einkommensteuerrecht geurteilt, dass diese Vorschrift sprachlich nahezu unverständlich sei. Darüber hinaus ergebe sie auch keinen Sinn. Ich sage Ihnen: Wenn das höchste deutsche Finanzgericht feststellt, dass keiner unsere Steuergesetze versteht und dass sie keinen Sinn ergeben, dann ist höchste Eile geboten, damit wir schneller zu **Steuervereinfachungen** kommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb bitte ich Sie dringend, so schnell wie möglich in der nächsten Verhandlungsrunde dem Steuervereinfachungspaket von Wolfgang Schäuble zuzustimmen. Ich bitte Sie auch, ein zweites Paket, das etwa 40 Punkte umfasst, mit zu gestalten und zu forcieren, damit wir auf diesem Weg endlich weiterkommen. Hier haben wir auch andere sozialdemokratisch regierte Länder wie Rheinland-Pfalz eingebunden. Darüber hinaus finde ich es wirklich kaum noch erträglich, Sonntagabends bei "Anne Will" die Forderung nach Steuersenkungen zu hören. "Anne Will" gibt es nicht mehr, jetzt gibt es das wahrscheinlich am Montag bei Beckmann oder am Donnerstag bei Maybrit Illner. Dort kommt dann ein anderer und sagt: Wir haben aber kein Geld. Beide Aussagen geben keine Antwort auf die wichtigen Fragen, die seit Jahren in der Steuerpolitik auf dem Tisch liegen. Dazu gehört beispielsweise, dass ein Durchschnittsverdiener dann, wenn wir nicht daran arbeiten, in wenigen Jahren den Spitzensteuersatz erreicht haben wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann sind die Krankenschwester, die Sie hier immer wieder gern zitieren, und der Facharbeiter - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] - Weitere Zurufe)

- Herr Stegner, ich glaube, von der Lebenswirklichkeit, insbesondere von der steuerlichen, kann ich ein bisschen mehr erzählen. Ein durchschnittlich verdienender, vollzeitig beschäftigter Arbeitnehmer hat im vergangenen Jahr ein Einkommen von 42.000 € gehabt. Sie können heute schon ausrechnen, wann dieser den Spitzensteuersatz erreichen wird. Das wollen wir alle nicht. Deshalb ist es notwendig, dass wir genau diese Fragen auf den Tisch legen und sagen, welche Probleme es innerhalb der steuerlichen Regeln darüber hinaus noch gibt.

Zum Stichwort **Ermäßigungstatbestände** bei der Mehrwertsteuer: Sie haben eben gesagt, wenn wir die abschaffen würden, dann würden wir die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes verschlechtern. Weit gefehlt! - Ich habe Sie schon gefragt, und ich frage Sie noch einmal: Warum glauben Sie, dass Sie mit einem Jahreseinkommen von 150.000 € unbedingt steuerbegünstigt Butter, Brot, Milch und Käse kaufen müssen? - Ich denke, wir sollten dies langsam abschaffen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen nicht unter den Besserverdienenden 21 Milliarden € an Steuervergünstigungen verteilen, nur um 3 Milliarden € zu denen zu bringen, die das wirklich brauchen. Hier gibt es andere Instrumente, um dies zu ermöglichen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Bitte sehr.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Minister, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass man sehr wohl über eine Neuordnung der Umsatzsteuerregelung reden kann und dar-

(Minister Rainer Wiegard)

über, was ermäßigt sein sollte und was nicht, dass aber Ihre pauschale Forderung, die ermäßigten Mehrwertsteuersätze abzuschaffen, insbesondere die Geringverdiener negativ betreffen würde? - Wären Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

- Nein, ich bin nicht bereit, das zur Kenntnis zu nehmen, weil das Unsinn ist. Sie hören gar nicht zu, wenn man mit Ihnen redet. In meinem Vorschlag wird genau dies festgestellt: Wenn man diese **Steuervergünstigungstatbestände** beseitigt, dann entfallen 21 Milliarden € dieser Steuervergünstigungen auf Leute wie Sie und mich. Sie entfallen auf uns hier, auf diejenigen, die überdurchschnittlich verdienen. Die 3 Milliarden € können Sie über eine Veränderung von Transferleistungen erfassen. Diese 3 Milliarden € können Sie ausgleichen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, Herr Stegner, Sie müssen sich die Konzepte nur einmal ansehen, aber Sie haben sich ja - egal in welcher Funktion - noch nie sachlich für das interessiert, für das Sie zuständig waren. Deshalb verstehen Sie auch hiervon nicht viel.

Ich sage weiterhin zur steuerlichen Entwicklung: Wir haben in diesem Jahr bisher etwa 600 Millionen € mehr eingenommen als im vergangenen Jahr. Dies zeigt einerseits, dass unsere wirtschaftliche Entwicklung gut läuft und dass manche politischen Entscheidungen nicht ganz so falsch waren, wie sie beurteilt worden sind. Es zeigt zur gleichen Zeit aber auch, dass Sie mit welcher Art der Steuererhöhung auch immer, von der wir hier gehört haben und von der manch eine sachlich gerechtfertigt sein mag, viele jedoch nicht, niemals eine wirtschaftliche Entwicklung und die steuerlichen Folgen daraus ersetzen können. Sie werden keine steuerlichen Maßnahmen beschließen können, die im Jahr 700 Millionen € mehr in die Kassen bringen. Nur eine stetige wirtschaftliche Entwicklung, die in einer gewissen Dynamik erfolgt, wird es ermöglichen, dass wir unseren Haushalt ausgleichen. Deshalb ist es notwendig, dass wir wirtschaftspolitisch die notwendigen und richtigen Entscheidungen tref-

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Die Landesregierung hat ihre Redezeit um drei Minuten überschritten. Ich erteile jetzt dem Herrn

Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte noch zwei Anmerkungen zu der Debatte machen. Die erste Anmerkung bezieht sich auf die immer wieder gehörte Frage, worüber wir eigentlich reden. Nun ist es aktuell. Gestern hat Herr Schäuble noch einmal gesagt: Es gibt keine aufkommensneutrale Steuersenkung. Das hat er gestern gesagt. Zeitgleich hat Herr Kauder gesagt: Man könnte die Steuern wohl um 6 Milliarden € senken. Stimmen aus der FDP sagten, 6 Milliarden € würden nicht reichen. Das alles war am gestrigen Tag, beziehungsweise es war Stand von gestern. Es hieß, der Betrag müsste mindestens zweistellig sein.

Beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz waren das 8 Milliarden €. Das hat das Land jährlich 120 Millionen € für Kommunen und Landeshaushalt gekostet. Zweistellig wäre es dann eine Summe von über 120 Millionen €. Darüber reden wir. Es ist eine relevante Debatte. Wir alle gucken Tagesschau und lesen andere Medien. Das kann man doch wohl zugeben und ein klares Signal erneut in eine relevante Debatte einbringen. Das ist doch nicht zu viel verlangt für ein Land, das in seiner Verfassung stehen hat, genau das nicht mehr zuzulassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt, den ich lieber nicht angesprochen hätte, Herr Finanzminister, aber es war ja irgendwie erwartbar, und deswegen haben wir uns darauf ein bisschen vorbereitet, dass Sie wieder die ollen Kamellen heraussuchen. Im Grunde nerven mich diese Debatten aus der Vergangenheit. Aber ich will auch nicht der Legendenbildung hier Vorschub leisten und sie im Raum stehenlassen. Ich will noch einmal den genauen Ablauf des Jahres 2000 nennen, den Sie sich ja gerühmt haben, jetzt hier umzudrehen, als die Steuer fälschlicherweise - das habe ich hier schon mehr als einmal zugegeben - gesenkt wurde.

Der genaue Ablauf war so, dass SPD und Grüne im Koalitionsvertrag eine Absenkung der Einkommensteuer auf 48,5 % festgelegt hatten. Im Gesetz ist man dann auf Union und FDP in vorauseilendem Gehorsam zugegangen und hat 45 % reingeschrieben. Im Vermittlungsausschuss des Bundestages und Bundesrates kamen 42 % heraus, was der Fraktionsvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, damals

(Dr. Robert Habeck)

mit folgenden Worten kommentierte - ich lese es kurz vor -: Merz sagte:

"Wir haben im Vermittlungsausschuss nicht erreicht, was wir wollten. Zahlreiche grobe Konstruktionsfehler der Steuerreform werden nun Gesetz. Aber wahr ist auch: Durch unsere sehr harte Verhandlungsstrategie haben wir viel mehr erreicht, als Rot-Grün ursprünglich zugestehen wollten: den Spitzensteuersatz von 42 %, die geringste Belastung für Mittelständler."

Beides war falsch, auch das von Rot-Grün, aber dass sich die CDU hier hinstellt, die uns damals getrieben hat, den Steuersatz noch weiter zu senken, und sich dafür feiert, dass Rot-Grün damals falsche Politik gemacht hat, ist wirklich dicht an dem, was man hier nicht sagen darf, weil es unparlamentarisch wäre.

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rede des Finanzministers war ja auch der Frage gewidmet, wie man denn mit den Einnahmen zurechtkommt. Kein Mensch hat hier behauptet, dass allein mit **Steuereinnahmen** der Haushalt saniert werden könnte. Das hat niemand behauptet, aber dagegen anzupolemisieren, ist ja ganz schön. Dann muss man sich den Argumenten nicht stellen.

Ich will einmal ein paar Vorschläge nennen, die ganz einfach umzusetzen sind, ohne komplizierte Veränderungen im Steuersystem. Wenn man zum Beispiel, anders als Sie das wollen, eine **Bürgerversicherung** einführen würde und, wie wir das vorschlagen, die Beitragsbemessungsgrenze für die Arbeitnehmer aufheben würde, dann könnten Sie für die Geringverdiener, die viel stärker durch Beiträge belastet sind als durch Steuern, sehr wohl etwas dafür tun, dass sich ihre Einnahmesituation verbessert. Warum scheitert das eigentlich an Ihnen? Weil Sie eine Bürgerversicherung nicht wollen, weil das nämlich Ihrer Privilegiertenpolitik widerspricht. Das ist einer der Punkte, die man hier glasklar ansprechen muss.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweites Beispiel - Sie können sagen, was Sie wollen, und ich weiß, dass Sie sich darüber aufregen, das ist mir aber völlig schnurz, weil ich genau weiß, dass das richtig ist -: Wenn wir, was der DGB fordert und was die Sozialdemokraten und andere auch hier im Hause unterstützen, einen Mindestlohn von 8,50 €einführten, dann hätten wir in den Steuerkassen von Bund, Ländern und Kommunen einen zweistelligen Milliardenbetrag mehr durch Mehreinnahmen und durch weniger Sozialtransfer. Dazu müssen Sie gar nicht viel verändern, um dies zu erreichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das zweite Beispiel, ein ganz simples Beispiel.

Das Dritte, Herr Finanzminister, ist die Mär, die Sie hier immer wieder verbreiten, das sei eigentlich ganz falsch, in Wirklichkeit stiegen die Einnahmen, wenn man die Steuern senke, und sie sänken, wenn man sie erhöhe. - Gucken Sie sich doch einmal bei den amerikanischen Präsidenten der letzten Zeit an, wer eigentlich wie die Staatsfinanzen verändert hat. Das war übrigens nicht der Obama, dem Sie das hier vorwerfen, sondern das waren diejenigen, die genau das gemacht haben, was Sie immer für richtig halten: Etwas tun für die Reichen, die Steuern senken und so weiter, und bestimmte Ausgaben in die Höhe treiben, dann geht das Staatsdefizit in die Höhe. Das ist doch genau das, was passiert.

Ich muss sagen, diese schwarz-gelbe Klientelpolitik, die Sie hier immer wieder vortragen, der Finanzminister und auch die FDP, saniert unseren Staatshaushalt nicht, sondern bringt uns die Probleme, weswegen Sie auch abgewählt werden.

Präsident Torsten Geerdts:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Im Parlament gern, und anderswo auch.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Stegner, ich möchte jetzt nicht Ihre Prognosefähigkeit infrage stellen, sondern wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann wäre ein Mindestlohn von 8,50 € geeignet, die Sozialkassen und die Steuerkassen zu füllen. Wür-

(Dr. Ralf Stegner)

de ein Mindestlohn von 15 € vielleicht noch mehr zu einer verbesserten Lage von Steuern und Sozialkassen beitragen, oder von 20 €?

(Zurufe von der SPD)

- Lassen Sie mich diese sehr komplex gestellte Frage in drei Teilen beantworten:

Erstens. Was die Prognosefähigkeit angeht: Ich habe mit dem Kollegen Kubicki dreimal über das Wahlergebnis der FDP gewettet. Ich habe dreimal gewonnen, er hat dreimal pünktlich bezahlt. Er ist ein zuverlässiger Mann, das muss man sagen, und die Prognosefähigkeit darf als erwiesen gelten.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Sie haben richtig verstanden: Ein Mindestlohn von 8,50 € für alle würde dazu führen, dass wir in den öffentlichen Kassen - ich habe insgesamt von öffentlichen Kassen gesprochen - einen zweistelligen Milliardenbetrag mehr hätten.

Drittens. Nein, wenn wir den Mindestlohn in diese Höhe heben würden. Aber das würden wir nicht tun, weil der alte Spruch gilt: Wenn meine Oma vier Räder hätte, wäre sie ein Autobus. Eine solche Politik machen wir nicht.

Haben Sie das verstanden, Herr Kollege, oder muss ich das noch einmal wiederholen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zurufe von der FDP)

Ich habe versucht, auf sein Niveau zu kommen. Ich hatte den Arp im Auge. Deswegen habe ich es so formuliert.

(Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Torsten Geerdts:

Ich glaube, die Frage ist beantwortet. Aber es gibt eine weitere Frage der Frau Abgeordneten Loedige.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Da ist das Vergnügen geringer, ich lasse sie aber trotzdem zu.

Präsident Torsten Geerdts:

Frau Abgeordnete Loedige!

Katharina Loedige [FDP]: Herr Kollege Stegner, Sie redeten gerade von Haushaltssanierung. Ich hatte am Ende meiner Rede eine Frage an Sie gerichtet, da ich den Spitzenkandidaten nicht selber fragen kann und er

mir auch nicht Rede und Antwort steht. Meine Frage jetzt noch einmal: Wie wird denn eingespart, wenn Sie einige der fünf norddeutschen Staatskanzleien abschaffen wollen? Wie soll das funktionieren, da doch alle Bundesländer eigenständig bleiben sollen? Das hat er ja erklärt. Wie soll das offiziell funktionieren? Können Sie mir das einmal sagen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

- Liebe Frau Kollegin Loedige, ich hatte vorhin ja schon in Ihrer Rede bei dieser Bemerkung vergeblich versucht, einen Zusammenhang mit unserem Thema zu entdecken. Aber ich bin letztens hier hart dafür kritisiert worden, weil ich gesagt hatte, Sie könnten ein bisschen Fortbildung vertragen. Das war eine arrogante Bemerkung; dafür möchte ich mich ausdrücklich entschuldigen. Ich bin aber gern bereit, ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Kiel zu vermitteln, weil er sicher in der Lage ist, Ihnen zu erläutern, wie das mit der Verwaltungsmodernisierung gehen könnte. Da ich ziemlich sicher bin, Frau Loedige, dass Sie nicht die Chance haben werden, ihn das im Parlament zu fragen, weil vermutlich nur er darin sein wird, arrangiere ich das, damit Sie das außerhalb des Parlamentes tun können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerdts:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Loedige?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich nehme an, die Kollegin wird sich noch steigern. Also bitte!

Katharina Loedige [FDP]: Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass Sie nicht wissen, was Herr Albig gemeint hat?

- Nein, Frau Loedige, das haben Sie falsch verstanden. Ich habe nur nicht verstanden, was Sie damit sagen wollten.

(Katharina Loedige [FDP]: Ach so! - Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerdts:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Präsident Torsten Geerdts)

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht; dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 17/1632 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass der Antrag in Drucksache 17/1632 gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt worden ist.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1723, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass der Antrag in Drucksache 17/1723 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion des SSW angenommen worden ist. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Bericht zum Zustand des AKWs Brokdorf

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1701

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Herrn Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Emil Schmalfuß, das Wort.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen zunächst mitteilen, dass die schleswig-holsteinische Atomaufsicht nach Abschluss umfangreicher und sorgfältiger Sicherheits- und Funktionsprüfungen heute der Betreibergesellschaft die Zustimmung zur Wiederaufnahme des Leistungsbetriebs des Atomkraftwerks Brokdorf erteilt hat. Auf die Gründe werde ich in meiner Rede eingehen. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass ich mich in dem erbetenen Bericht auf bestimmte Aspekte konzentriere. Es ist beim besten Willen nicht möglich, in der Kürze der Zeit alle Fragestellungen aus dem Berichtsantrag dezidiert zu erörtern.

Meine Damen und Herren, mit der diesjährigen Revision in Brokdorf ist die Verformung von Brennelementen beim Betrieb des Kernkraftwerks in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Dabei ist die Thematik nicht neu, wie beispielsweise einer Presseinformation der Landesregierung vom 31. August 2010 zu entnehmen ist. Auch am 20. Juli 2011 wurde das Thema in der Presseinformation der Atomaufsicht zum Wiederanfahren nach erfolgter Jahresrevision ausführlich dargestellt und in den Medien entsprechend publiziert. Ich verweise nur auf den ausführlichen und anschaulichen Bericht in der "taz" vom 21. Juli 2011. In diesem Jahr führte allerdings die Systematik der Befunde zu einer Ereignismeldung der Betreibergesellschaft, auch wenn diese der Kategorie "normal" und der Stufe 0 auf der internationalen INES-Skala entsprach.

Wegen der anlagenübergreifenden Bedeutung empfahl die schleswig-holsteinische Atomaufsicht dem Bundesumweltministerium mit Schreiben vom 15. Juli 2011, die Reaktorsicherheitskommission mit diesem Thema zu befassen. In der Sache selbst hatten die umfangreichen Prüfungen der Atomaufsicht ergeben, dass sich die Verformungen in einem zulässigen Bereich bewegen und keine Zweifel an der Abschaltsicherheit begründen. Es ist darüber hinaus festzustellen, dass auch die in den letzten beiden Jahren getroffenen Modifikationen zur Reduktion der Verformungen eine positive Tendenz aufweisen. Dennoch müssen die Ursachenklärung und die Entwicklung von Gegenmaßnahmen weiterverfolgt werden. Genau damit hat sich ein Ausschuss der Reaktorsicherheitskommission seit Mai 2009 zweimal befasst. Damit hängt natürlich immer auch die Frage zusammen, ob es zu diesem Thema bisher nicht erkannte sicherheitstechnische Aspekte gibt. Die Reaktorsicherheitskommission wird die Erkenntnisse aus Brokdorf, die die Kieler Atomaufsicht übermittelt hat, bei ihren weiteren Beratungen berücksichtigen.

(Minister Emil Schmalfuß)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der **ungeplanten Abschaltung** des Kernkraftwerks Brokdorf am 7. August 2011 wurde dann ein, wie sich später herausstellte, irreperabler Schaden im Maschinentransformator AT 01 festgestellt. Nach den vorliegenden Untersuchungsergebnissen ist der Trafo nicht mehr einsetzbar. Die genaue Ursache ist noch unklar, wird aber noch weiter untersucht. Die Netztrennung erfolgte entsprechend der Auslegung der Anlage. Der Ereignisablauf entsprach den Regelungen des Betriebshandbuches. Unzulässige Rückwirkungen auf die Reaktoranlage gab es nicht.

Mit umfangreichen Messprogrammen wurde die Gebrauchsfähigkeit des zweiten Transformators, AT 02, und weiterer Eigenbedarfstransformatoren geprüft. Außerdem wurde ein Änderungsantrag vorgelegt, mit dem die Wiederinbetriebnahme des Maschinentrafos AT 02 zur Eigenbedarfsversorgung sowie zur Leistungserzeugung beantragt wurde. Es erfolgten Funktionsprüfungen, um bei Ausfall des Reservenetztes eine Umschaltung auf das Hauptnetz grundsätzlich wieder zu ermöglichen. In einem ersten Schritt wurde dem Änderungsantrag insoweit stattgegeben, dass die Eigenbedarfsversorgung wieder auf das Hauptnetz umgestellt werden kann. Hinsichtlich der Eigenbedarfsversorgung stehen seit dem 19. August 2011 wieder zwei Netze mit einer Umschaltautomatik zur Verfügung. Wie Sie alle wissen, will E.ON den Reaktor mit nur einem Transformator, dem AT 02, und etwa halber Leistung wieder in Betrieb nehmen. Das ist nach Auffassung der Fachleute und nach den Erfahrungen aus anderen Kernkraftwerken technisch grundsätzlich möglich und auch zulässig.

Die von der Atomaufsicht hinzugezogenen Sachverständigen haben dazu in ihrem abschließenden Gutachten darauf hingewiesen, dass der Ausfall eines Transformators durch einen spontan auftretenden Fehler trotz umfangreicher Prüf- und Überwachungsmaßnahmen generell nicht ausgeschlossen werden kann. Das Kernkraftwerk sei für diesen Fall aber ausgelegt. Im Ergebnis sehen die Sachverständigen die Gebrauchsfähigkeit der Eigenbedarfstransformatoren und des für den Betrieb mit halber Leistung vorgesehenen Transformators AT 02 als nachgewiesen an. Dem hat sich die Atomaufsicht nach eingehender Bewertung angeschlossen. Darauf beruht die heutige Entscheidung.

Ich gehe allerdings davon aus, dass es sich hierbei um einen Übergangszustand handeln wird. E.ON plant, noch in diesem Jahr den beschädigten Maschinentransformator AT 01 auszutauschen und danach die Anlage wieder mit voller Leistung zu betreiben.

Nach dem geänderten Atomgesetz haben nur noch etwa halb so viele Kernkraftwerke die Lizenz zum Leistungsbetrieb wie noch vor einem halben Jahr, in Schleswig-Holstein nur noch einer von vorher drei Reaktoren. Das führt aber nicht dazu, dass die verbliebenen, vergleichsweise neuen Reaktoren nun womöglich mit Abstrichen am zu fordernden bestmöglichen Sicherheitsniveau am Netz bleiben dürfen. Längere Revisionszeiten oder Betriebsunterbrechungen aus technischen Gründen wird es immer wieder einmal geben.

Meine Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Atomaufsicht steht für eine strikte und ausschließlich sicherheitsorientierte Aufsicht. Daran wird es auch in der Zukunft keine Abstriche geben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerdts:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das AKW Brokdorf ist wieder in den Schlagzeilen. Viele können sich noch gut an die Massendemonstrationen am Bauzaun erinnern. Mit Tränengas wurden die Demonstranten besprüht, Polizei und AKW-Gegner lieferten sich Scharmützel, der Bauplatz sollte besetzt werden. Die SPD rief deswegen aus rechtsstaatlichen Gründen zum Demonstrieren nach Itzehoe, und der damalige Innenminister Dr. Dr. Uwe Barschel sah sich das Getümmel aus dem Polizeihubschrauber an.

(Christopher Vogt [FDP]: Die alten Debatten, wir erinnern uns gern!)

Die Netzanbindung des AKW Brokdorf fand dann am 14. Oktober 1986 statt. Verglichen mit den Pannenreaktoren Brunsbüttel und Krümmel hatte Brokdorf lange Zeit ein besseres Sicherheitsimage, soweit man das bei einem Atomkraftwerk überhaupt sagen kann. Das Atomkraftwerk Brokdorf weist nach der Antwort auf unsere Anfrage "Verfügbarkeit der schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke" einen Wert von 92 % auf. Das ist kein schlechter Wert. Seit dem 7. August 2011 nun ist das AKW Brokdorf wegen des Ausfalls eines Transformators

(Detlef Matthiessen)

abgeschaltet. Erst kurz vorher war die **Jahresrevision des AKW** abgeschlossen worden. Die Medien haben das wie folgt kommentiert: "Das Image hat Risse bekommen", so die "KN"; "Brokdorf, das Vertrauen ist verspielt", so die "Lübecker Nachrichten". Das AKW Brokdorf ist auf jeden Fall das erste Atomkraftwerk, das nach dem gesetzlich festgeschriebenen Atomausstieg wegen einer Panne vom Netz geht. Das neue Atomrecht nach Fukushima kommt zur Anwendung.

Auch nach dem **Beschluss zum Atomausstieg** dürfen Gefährdungen aus dem Betrieb der noch laufenden Atomkraftwerke nicht vernachlässigt werden. Sicherheit geht immer vor Wirtschaftlichkeit. Insofern, Herr Minister, denke ich auch, dass Sie sich diesbezüglich hier sehr eindeutig geäußert haben. Ich hoffe, dass das auch im Laufe der Zeit nicht in Vergessenheit gerät. Das AKW Brokdorf wird nämlich bis spätestens 2021 vom Netz gehen. Noch zehn Jahre muss die Sicherheit ohne Kompromisse gewährleistet werden. Das ist ein Problem, denn alle technischen Komponenten werden immer älter und störanfälliger. Mit dem sich nähernden Ende des AKW werden die Investitionen immer weniger rentierlich.

Die Antwort auf unsere Kleine Anfrage vom 2. August 2011 zur Revision des Atomkraftwerks Brokdorf brachte einige überraschende Informationen. Es gibt seit ein paar Jahren Handhabungsprobleme beim Be- und Entladen der Brennelemente. Ursächlich hierfür sind **Brennelementverformungen**.

Diese haben mit steifigkeitsbeeinflussenden Design-Merkmalen der Brennelemente zu tun. - Da wird der Mensch doch hellhörig.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sie malen die Welt, wie Sie Ihnen gefällt!)

Auch wenn diese Probleme nicht ganz neu sind, so führten sie doch - das ist schon eine neue Botschaft gewesen - als Ursache zu einer deutlichen Verlängerung der Revisionsarbeiten. Deshalb hat die Reaktorsicherheitsbehörde Schleswig-Holsteins dem Bundesumweltminister die Einschaltung der Reaktorsicherheitskommission empfohlen. Das unterstützen wir, Herr Minister. Für die Beherrschung von Störfällen ist es unerlässlich, dass die Brennstäbe und die Steuerelemente leichtgängig sind, um eine schnelle und sichere Abschaltung zu gewährleisten. Ein negativer Falltest, also das Anfahren der Dämpfungsstäbe probeweise, unter den "Kuschelbedingungen" eines Revisionsstillstands, beruhigt uns aber nur wenig. Bei Notfall- und Schnellabschaltungen kann die Anlage unter thermischem und mechanischem Stress stehen, und auch dann muss es funktionieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was sind denn das für neue Erkenntnisse? - Zuruf des Abgeordnete Günther Hildebrand [FDP])

Meine Damen und Herren, wir Grünen sind gegen das Wiederanfahren mit nur einem Trafo, mit all den erforderlichen technischen Änderungen.

Bei dem erbetenen Bericht zum **Zustand** des **Atomkraftwerks Brokdorf** geht es uns weiter darum, welche Maßnahmen zur Erhöhung der Robustheit des AKW Brokdorf real ergriffen wurden. Was ist unter der Weiterentwicklung eines Notfallschutzkonzepts zu verstehen?

Schließlich spricht die Landesregierung in ihrer Antwort auf unsere Fragen von vorsorglichen Schutzmaßnahmen bei Hochwasser. Diese möglichen Gefahren wurden bisher als unrealistisch vom Tisch gewischt. Sie, Herr Minister, haben in Ihrem Beitrag darauf hingewiesen, dass der Bericht, für den ich Ihnen sehr danke, diese Fragen im Rahmen der Landtagsdebatte natürlich nicht vollständig abarbeiten kann. Wir wollen daher das Thema der Sicherheit des AKW Brokdorf im Ausschuss vertiefen.

Meine Damen und Herren, eine Technik, die niemals versagen darf, müssen wir beenden. Wir hätten niemals in das Atomprogramm einsteigen dürfen

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Nach zwei Legislaturperioden wird der Leistungsbetrieb in Brokdorf beendet. Kein Strom mehr, nur noch strahlender Müll für Jahrtausende. Wir Grünen sind froh, dass der Atomausstieg besiegelt ist. Dies ist ein großes Verdienst der engagierten Menschen in der Anti-AKW-Bewegung.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

(Christopher Vogt [FDP]: Zum Thema wäre gut!)

Nach der gesellschaftlichen Mehrheit kam es dann zu einer sehr großen politischen Koalition für die geordnete Beendigung des Atomprogramms in Deutschland. Ganz gleich, wie diese Einsicht zustande gekommen ist und welche Motive zu diesem politischen Erdrutsch führten, der Ausstieg ist da, und das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Detlef Matthiessen)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Jens-Christian Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich bedanke mich zunächst für den wirklich sachlichen und fundierten Bericht zur Lage am AKW Brunsbüttel.

Eigentlich wollte ich es nicht bemühen. Aber verehrter Kollege Detlef Matthiessen, Sie bemühen immer die Bilder der Vergangenheit. Mir persönlich hat sich ein Bild ins Gedächtnis gebrannt, nämlich das Bild eines Vermummten, der mit einem Klappspaten auf einen Polizisten eingeschlagen hat.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Geschichten unterschlagen Sie leider immer. Mir tun es in der Seele weh, in diesem Fall umso mehr, als ich den jungen Mann persönlich gekannt habe. Ich hätte nicht gedacht, dass Menschen dazu fähig sind. Das sind Bilder, die auch zur Wahrheit gehören. Deshalb sollte man sie auch nicht verschweigen.

Ich hatte die Hoffnung, dass der Beschluss, aus der Kernenergie auszusteigen, dazu führt, dass wir uns verstärkt über die Entwicklungspotenziale der Regenerativen austauschen. Meine Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt.

Sie verurteilen in bekannter Manier das Vorgehen und die Informationspolitik des Betreibers und bringen, wie den Medien zu entnehmen ist, wie selbstverständlich **Vattenfall** wieder ins Spiel. Um im elektrotechnischen Fachjargon zu bleiben: Sie polarisieren immer weiter.

Durch die **Energiewende** steht besonders das Thema der **Energiespeicherung** in den unterschiedlichsten Konstellationen ganz oben auf der Agenda. E.ON beabsichtigt, mit der Firma Holcim die Grundlagen für ein **Pumpspeicherkraftwerk** in **Lägerdorf** zu schaffen. In **Geesthacht** gibt es ein funktionsbereites Pumpspeicherkraftwerk, welches wegen der von Rot-Grün eingeführten **Oberflächenwasserabgabe**, die, wie wir alle wissen, mit anderem Motiv eingeführt wurde, nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Ihre jetzige Forderung zur Abschaffung grenzt an Populismus.

Hören Sie auf, uns, sowohl die CDU als auch die FDP, wegen unseres wirtschaftlichen Denkens zu kritisieren. Für das **OWAG** brauchen wir Sonderregelungen im Bereich der **Speichertechnologie**. Sowohl die CDU als auch die Landesregierung gehen konstruktiv mit diesem Thema um und suchen nach Lösungen.

Ich stelle fest: Ihnen geht es nicht mehr ausschließlich um die Sache; Ihnen sind – dies haben wir auch in Diskussionen über Offshore-Windenergie oftmals vernommen - Konzerne ein Dorn im Auge.

(Demonstrativer Beifall des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU] - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sehr gut. Vielen Dank. - Ich darf daran erinnern, dass sich sowohl E.ON als auch Vattenfall, beides Konzerne, maßgeblich der Weiterentwicklung der Energieversorgung widmen.

Technische Defizite sowohl in Kernkraftwerken als auch in sonstigen genehmigungsfähigen Produktionsanlagen unterliegen, wie allseits bekannt, den Verfahren der Aufsichts- und Genehmigungsbehörden. Dieses trifft auch für Brokdorf zu. Der Betrieb des Kraftwerks mit einem Maschinentransformator wurde, wie wir soeben gehört haben, technisch geprüft, rechtlich bewertet und genehmigt. In Ihren Ausführungen, Herr Kollege, fehlt leider die Darstellung, dass das Kraftwerk Brokdorf bei dem meldepflichtigen Ereignis "Maschinentrafobrand" in allen sicherheitsrelevanten Punkten einwandfrei funktioniert hat und gezielt abgefahren wurde. Das Zusammenspiel zwischen Technik und Mensch hat also zu 100 % funktioniert.

Wir leben in einem **Rechtsstaat**, in dem auch Unternehmen ein Recht auf Investitions- und Genehmigungssicherheit haben. Ich stelle zum wiederholten Male fest und stelle auch klar und deutlich heraus, was für die CDU gilt: Für uns steht die Sicherheit in der Bewertung von Ereignissen und des Betriebes an oberster Stelle. Das war so, und das wird auch künftig so bleiben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Magnussen, wer davon spricht, dass andere polarisieren, bestimmte Dinge immer wieder in den Vordergrund stellen und Schlachten schlagen, die eigentlich schon geschlagen sind, sollte man sich auch nicht hier hinstellen und als Erstes davon sprechen, wie Demonstranten auf Polizisten eingeschlagen haben. Wenn wir diese Debatten hier nicht mehr führen wollen, sondern vorwärts orientiert denken, dann - -

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Sie haben angefangen!)

- Wer angefangen oder nicht angefangen hat - - Lasst es doch einfach sein. Lasst uns einfach über die Sache reden und nicht immer damit anfangen, wer wann was gemacht hat!

(Beifall der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme gleich auch noch zu der Oberflächenwasserabgabe im Pumpspeicherwerk Geesthacht. Auch dieses Thema können wir hier gern diskutieren.

Aber zunächst herzlichen Dank an den Herrn Minister und an das Ministerium für den Bericht, den sie gegeben haben. Wir haben damit gerechnet, dass Sie die Genehmigung erteilen. Dass es gerade heute sein musste - okay; so what. Wir hätten uns gewünscht, dass es wenigstens noch ein, zwei Tage länger geprüft worden wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- Deswegen. Manchmal ist es besser, genauer zu prüfen. Aber ich gehe davon aus, dass genau und gut geprüft wurde. Ich habe nur gesagt, was ich mir gewünscht hätte.

Das Atomkraftwerk Brokdorf ist im August abgeschaltet worden, und seitdem ist das Land Schleswig-Holstein atomstromfrei. Das ist gut so. Schlecht ist, dass zwar der defekte Transformator ausgetauscht werden soll, E.ON aber den Betrieb mit nur einem der beiden 25 Jahre alten Zwillingstransformatoren auf halber Leistung wieder aufnehmen will. Dies würde den durch den Stillstand verursachten Verlust von täglich circa 1 Million € halbieren, ob dadurch allerdings das derzeit wirtschaftliche Dilemma von E.ON verringert, die Entlassung von 11.000 Beschäftigten vermieden und

die aktuell abgesagte Jubelfeier in Brokdorf doch stattfinden wird, bezweifele ich stark.

Ein Wiederanfahren des AKWs Brokdorf ist durch die Instrumente der Atomaufsicht wohl kaum zu verhindern gewesen. Neben dem Transformatorenproblem sind für mich allerdings noch viele Fragen, wie zum Beispiel zur Folgewirkung der bei der Revision im Juli festgestellten verformten Brennstäbe und zu anderen im vorliegenden Antrag thematisierten Problemlagen, noch nicht vollständig beantwortet. Herr Kollege Matthiessen hat eben auch schon gesagt, dass wir das im Ausschuss weiterbehandeln wollen.

Das AKW Brokdorf als letztes in Betrieb befindliches AKW in Schleswig-Holstein wird uns daher weiter beschäftigen. Es steht wie kein anderes AKW für die Geschichte der Atomkraft und vor allem für die Anti-AKW-Bewegung in Deutschland. Auch wenn der inzwischen überparteiliche Konsens zum Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland ein Ende für das AKW Brokdorf vorsieht, ist jeder Tag des Betriebs ein Mahnmal zum schnellen Stilllegen des Atomkraftwerks.

Wenn wir schnell aus der Atomkraft aussteigen wollen, dann brauchen wir **Speichermöglichkeiten** für die **erneuerbaren Energien**. Da sind wir uns einig.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Mach mal einen Vorschlag!)

Ich höre Herrn Magnussen, der sagt, die rot-grüne Koalition habe 2000 die Oberflächenwasserentnahmeabgabe eingeführt und dadurch das Pumpspeicherwerk Geesthacht unrentabel gemacht.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Ja!)

- Moment! - Ich frage mich dann, warum der damalige Umweltminister Christian von Boetticher 2005 nicht dazu beigetragen hat, diese **Oberflächenwasserentnahmeabgabe** für das **Pumpspeicherwerk Geesthacht** zurückzunehmen. Warum hat der damalige Minister und warum haben die heutige Ministerin Rumpf - ich glaube, sie kann nichts dafür - und Minister de Jager kein Konzept vorgelegt,

(Christopher Vogt [FDP]: Da ist bestimmt die FDP Schuld!)

obwohl sie seit 2005 daran arbeiten. Sie stellen sich aber hier hin und sagen immer wieder, sie wollten das ändern und Rot-Grün sei schuld.

(Beifall bei der SPD)

(Olaf Schulze)

Sie hätten seit 2009 hier schon längst ein Gesetz einbringen und es ändern können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Machen wir doch!)

Sie haben es bis jetzt nicht getan. Sie haben auf andere Kraftwerke gesetzt. Sie haben im Januar noch davon gesprochen, in Schleswig-Holstein neue Atomkraftwerke bauen zu wollen. Das ist Logik. Ich kann verstehen, dass Sie diese Gesetze dann auch nicht einbringen. Sie hatten das Pumpspeicherwerk Geesthacht gar nicht auf dem Zettel.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie auch nicht!)

In dem Sinn gibt es für uns nur eines: **Sicherheit** muss höchste Priorität haben und muss vor wirtschaftliche Interessen von E.ON gehen. - Das ist das, was Sie auch schon in der Presse gelesen haben, Herr Vogt. Richtig.

Deshalb sehen wir es als schwierig an, dass mit einem Transformator weitergefahren wird. **Krümmel** sollte uns gezeigt haben, was passieren kann, wenn man mit einem Transformator weiterfährt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht das erste Mal, dass wir hier im Landtag über Kernenergie debattieren.

(Zurufe)

Ich erinnere mich zum Beispiel an ein sogenanntes Gutachten der Grünen, über das hier diskutiert worden ist, in dem es um das Kernkraftwerk Brunsbüttel ging. Das Gutachten hat sich sehr schnell als Luftnummer herausgestellt. Ich erinnere mich auch an die letzte Tagung, als wir über einen Antrag der Grünen debattiert haben, bei dem es darum ging, wie der Ablauf beim Stilllegen eines Kernkraftwerks sein soll. Der Bericht wurde angefordert einen Tag, nachdem Bundestag und Bundesrat den Atomausstieg beschlossen hatten. Na gut.

Ich will nicht alles schlechtmachen, was hier zum Thema Kernenergie beantragt worden ist. Nicht, dass Sie mich da falsch verstehen. Ich begrüße ausdrücklich, dass Sie - wie ich übrigens auch - auf den Sach- und Fachverstand der Aufsichtsbehör-

den zählen. Die zahlreichen Berichte, die Sie vom Justizministerium einfordern, belegen dies eindrucksvoll. Ich danke dem Minister auch für den Bericht, den er heute gegeben hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich danke Herrn Schmalfuß übrigens auch dafür, dass er darauf hingewiesen hat, dass die Thematik der Verformung von Brennelementen nicht neu ist, sondern schon seit Jahren bekannt ist. Die Grünen haben in ihrer Pressemitteilung vor zwei Wochen den Eindruck erwecken wollen, dass die besagte Thematik erst durch ihre Kleine Anfrage öffentlich wurde. Dabei wurde wieder einmal Panikmache betrieben. Man muss bedenken: Die Brennelementverformungen bewegen sich im zulässigen Bereich. Für die Sicherheit der Anlage haben die Verformungen keine Bedeutung, da das Schnellabschaltsystem funktioniert. Das wurde geprüft.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Die Antwort auf die zweite Frage in dem Antrag der Grünen ist übrigens auch keine Sensationsmeldung. Es wird nach der **Reaktion der Reaktorsicherheitskommission** auf das Problem der verformten Brennelemente gefragt. Die RSK befasst sich schon seit dem Frühjahr 2009 mit dieser Thematik. Wir begrüßen, dass die schleswig-holsteinische Atomaufsicht dem Bundesumweltministerium die jüngsten Erkenntnisse der diesjährigen Jahresrevision in Brokdorf übermittelt hat, sodass die RSK diese in ihren weiteren Beratungen berücksichtigen kann und wird.

Ich komme auf den zweiten Fragenkomplex im Antrag der Grünen zu sprechen. Es geht um den Ausfall des besagten Transformators. Ich betone, dass der Transformator nicht zum atomaren Bereich des Kernkraftwerks gehört. Die Netztrennung nach dem Ausfall des Transformators erfolgte entsprechend der Auslegung der Anlage, ohne dass es Rückwirkungen auf die Reaktoranlage gab. Die Prüfungen und Messungen haben derweil ergeben, dass der zweite Transformator technisch einwandfrei ist.

Weiter wurde in dem Antrag nach der geplanten Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks mit nur einem Transformator gefragt. Auch hier lieferte der eben vorgetragene Bericht klare Antworten. Fachleute und Erfahrungen auch aus anderen Kernkraftwerken belegen, dass die Wiederinbetriebnahme technisch möglich und zulässig ist. Es wurde alles umfangreich und sorgfältig geprüft. Deswegen ist nicht zu beanstanden, dass die Genehmigung erteilt worden ist.

(Oliver Kumbartzky)

Zudem - auch das möchte ich festhalten - wird der Betrieb mit nur einem Transformator kein Dauerzustand sein, da der defekte Transformator noch in diesem Jahr ausgetauscht werden soll.

Lassen sie mich noch auf den dritten Fragenkomplex im Antrag eingehen, auf die Fragen nach der Erhöhung der Robustheit des Kernkraftwerks, nach der Weiterentwicklung des Notfallschutzkonzepts und nach vorsorglichen Schutzmaßnahmen bei Hochwasser. Im Prinzip wurden diese Fragen schon in der auch von Ihnen erwähnten Kleinen Anfrage beantwortet. Es wurden Maßnahmen aus der Übertragbarkeitsprüfung des Ereignisses in Japan abgeleitet, die der weiteren Erhöhung der Robustheit der Anlage gegen auslegungsüberschreitende Ereignisse dienen. Außerdem wurden Infrastrukturmaßnahmen für den Notfallschutz ergänzt. Zudem wurden zusätzliche Maßnahmen seitens der Betreibergesellschaft beispielsweise zum Hochwasserschutz beantragt.

Ich will an dieser Stelle - wie es übrigens auch der Kollege Voß in seiner Pressemitteilung vom 10. August getan hat - begrüßen, dass die **Aufsichtsbehörde** ein **Konzept** für Schutzmaßnahmen bei Hochwasser bis zum Herbst fordert und gutachterlich prüfen will.

Nach den von einer sehr breiten Mehrheit getroffenen Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat ist die **endgültige Abschaltung** des **Kernkraftwerks Brokdorf** bis spätestens Ende 2021 vorgesehen. Ich bin mir sicher, dass wir bis dahin noch viele Debatten über das Kernkraftwerk Brokdorf führen werden. Dafür werden nicht zuletzt die Grünen sorgen. Allerdings stellt sich natürlich die Frage, was nach 2021 ist und mit welchen energiepolitischen Initiativen die Grünen dann kommen. Vielleicht wird es dann einmal etwas mit zukunftsorientierten und ausnahmsweise konstruktiven Anträgen der Grünen.

Herr Thoroe, ebenso stellt sich die Frage, was Sie eigentlich machen, wenn das Kernkraftwerk 2021 abgeschaltet ist. Herr Thoroe kann sich dann wahrscheinlich in Brokdorf nicht mehr in Blockadetechniken schulen lassen - so war es vor einigen Wochen im NDR-Fernsehen zu sehen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Christopher Vogt [FDP]: Schöner Beitrag!)

Abschließend stelle ich zum wiederholten Male fest, dass es beim Thema Kernenergie an oberster Stelle ganz klar und unmissverständlich um **Sicherheit** geht. Die Sicherheit der in Schleswig-Holstein gelegenen Kernkraftwerke muss laufend und aktuell auf höchstem Niveau gewährleistet sein. Dazu leistete und leistet die Aufsichtsbehörde ihren Beitrag. Da können wir uns sicher sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe.

(Christopher Vogt [FDP]: Blockade-Björn!)

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es stimmt, ich war noch vor ein paar Wochen in Brokdorf und habe gegen das AKW demonstriert und gegen einen Beschluss, der von allen anderen Parteien - außer meiner - gefasst wurde. DIE LINKE ist davon überzeugt, dass es richtig ist, auf den Einsatz von Atomkraftwerken zu verzichten. Unfälle sind überall möglich. Sichere Atomkraftwerke gibt es nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Jeder Tag, den ein Atomkraftwerk in Betrieb ist, ist ein Tag zu viel. Der **Betrieb von Atomkraftwerken** ist verantwortungslos nicht nur nachfolgenden Generationen gegenüber, sondern auch den jetzigen. Dies lässt mich den Bogen zum Atomkraftwerk Brokdorf und der diesjährigen Revision spannen.

Ich frage mich: Ist die Abschaltsicherheit von Brokdorf wirklich gewährleistet? Die Revision hat vielfältige Mängel aufgedeckt: defekte Brennelemente, Probleme beim Einsetzen der Brennelemente. Von radioaktivem Jod, das auslief, spricht die Bürgerinitiative gegen das Atomkraftwerk. Steuerelemente wiesen Probleme auf. Falsche Feinsicherungen waren eingebaut. Und es kam zu Handhabungsschwierigkeiten der Brennelemente. Nicht zuletzt kam es zwei Woche nach Abschluss der Revision fast zu einem Brand in einem der beiden Transformatoren.

Nun hat E.ON den Antrag gestellt, das AKW Brokdorf mit einem Transformator zu betreiben. Wie wir gerade gehört haben, wurde dieser Antrag auch schon genehmigt. Ich frage mich nur: Gibt es überhaupt schon Erkenntnisse darüber, warum der Transformator ausgefallen ist? Sie haben hier kein Wort zur Aufklärung geleistet. Die Schnelligkeit, mit der die Wiederanfahrgenehmigung erteilt worden ist, ist bemerkenswert fahrlässig.

(Björn Thoroe)

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es gibt kein Sicherheitskonzept für ein AKW in Betrieb. Das einzig richtige Sicherheitskonzept für das AKW Brokdorf wie für alle AKWs ist die endgültige und unumkehrbare Abschaltung.

(Beifall bei der LINKEN)

Schwarz-Gelb schaufelt den großen Energiekonzernen immer noch das Geld in die ohnehin schon vollen Portemonnaies und auf die Bankkonten; Sie stellen sich immer wieder auf die Seite einiger weniger Reicher. DIE LINKE will die Gesundheit und das Wohlergehen aller Schleswig-Holsteiner und des ganzen Landes in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch SPD und Grüne haben bei der Atomdebatte eine unrühmliche Rolle gespielt. Der sogenannte Atomausstieg ist eine **Laufzeitgarantie** für das **AKW Brokdorf** bis 2021. Es wurde lediglich weiterer Widerstand beschlossen. An diesem Widerstand kann sich von den hier Vertretenen nur noch die LINKE glaubwürdig beteiligen.

(Zuruf des Abgeordneten Oliver Kumbartzky [FDP])

Jetzt erzähle ich gern, was DIE LINKE für ein Energiekonzept hat: Wir wollen eine ökologische, dezentrale, demokratische und soziale Energieversorgung in öffentlicher Hand. 100 % erneuerbare Energien fordern formal mittlerweile alle Parteien, allerdings verschieben einige das Zieldatum auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. DIE LINKE will bis 2020 die Hälfte des Strombedarfs in Deutschland aus erneuerbaren Energien decken. Das ist zwar ambitioniert, ist aber möglich und würde für Schleswig-Holstein Tausende Arbeitsplätze bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine dezentrale Energieversorgung bedeutet weg von zentralen Großkraftwerken, die große Investitionen erfordern. Gewaltige Offshore-Windparks, Projekte wie das, die Sahara mit Solaranlagen zuzupflastern, oder zentrale Großkraftwerke können zurzeit nur durch Großkonzerne realisiert werden. Es stimmt, die sind uns durchaus ein Dorn im Auge.

Wir müssen hin zu dezentraler Energieversorgung durch Wind, Wasser, Sonne und Biomasse. Die Menschen vor Ort müssen innovative und kreative Lösungen für ihre Kommunen finden. **Modellkommunen**, die jetzt schon auf 100 % erneuerbare

Energien und Eigenversorgung umgestellt haben, beweisen, dass das möglich ist.

Dezentrale Energieversorgung ist auch die Voraussetzung dafür, dass demokratisch vor Ort entschieden wird, wie Strom hergestellt wird. Wenn demokratisch vor Ort entschieden wird, wie Strom hergestellt wird, wird sich keine Kommune für ein Atomkraftwerk oder für ein Kohlekraftwerk entscheiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Energiewende sozial zu gestalten, bedeutet, die Rechnung an die Richtigen zu adressieren. Die **Energiemultis** werden die angebliche Energiewende als Vorwand nehmen, die Strompreise zu erhöhen, obwohl sie 2009 eine Rendite von 25 % auf ihr eingesetztes Kapital erzielt haben. Das entsprach selbst im Krisenjahr 2009 23 Milliarden €. Dieses Geld gehört nicht in die Taschen von Aktionären, sondern es gehört in die Entwicklung von erneuerbaren Energien

(Beifall bei der LINKEN)

und soll dafür verwendet werden, die **Strompreise** nicht weiter steigen zu lassen. DIE LINKE steht für eine soziale Energieversorgung in **öffentlicher Hand**.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal hat es ein schleswig-holsteinisches Atomkraftwerk geschafft, bundesweit für Schlagzeilen zu sorgen. Diesmal war es aber nicht einer unserer Pannenmeiler, sondern unser Vorzeigereaktor in **Brokdorf**, der aufgrund eines Transformatorausfalls vom Netz gegangen ist. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist nicht bekannt, wie es zu dem Ausfall kommen konnte. Es hat eine Überhitzung sowie eine Gasentwicklung im Transformator gegeben, die letztlich zur **Abschaltung** geführt haben. Auch wenn dieser ungeklärte Unfall nicht im atomaren Teil der Anlage geschehen ist, hat dies doch zu einer Schnellabschaltung des Reaktors geführt, und die ist durchaus riskant.

Der **Betreiber** E.ON wies in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hin, dass dieser Zwischenfall nicht meldepflichtig sei, da er sich im konventionellen Teil des Kraftwerks abgespielt hat.

(Lars Harms)

Dadurch wird der Vorfall verharmlost. Der Betreiber hat zwar angekündigt, den Trafo irgendwann auszutauschen, jedoch will E.ON die genauen Ursachen der Überhitzung nicht untersuchen. Stattdessen will E.ON das Kraftwerk mit halber Transformatorenkapazität wieder ans Netz bringen und es mit halber Leistung betreiben. Es scheint so, als ob das auch noch erlaubt wird. Dazu fällt einem gar nichts mehr ein.

Solange nicht geklärt ist, wie es zu der Überhitzung und Gasentwicklung gekommen ist, haben wir keine Gewissheit, dass dem zweiten typgleichen Transformator das gleiche Schicksal ereilt.

Man kann zwar ein Flugzeug mit halber Leistung fliegen, aber niemand würde auf die Idee kommen zu starten, wenn ein Triebwerk ausgefallen ist. Sicherheit hat dort Vorrang. Das müsste eigentlich auch für Atomkraftwerke gelten.

Durch derartige Aussagen vom Anlagenbetreiber wird vielmehr der Eindruck erweckt, dass die Profitinteressen der Atomkonzerne wieder einmal über allem anderen stehen.

Ich frage mich, ob E.ON nichts aus den Vorfällen mit Krümmel und Brunsbüttel gelernt hat. Seinerzeit hat sich der Betreiber dort durch suboptimale Informationspolitik ausgezeichnet. Der Bevölkerung in Schleswig-Holstein war nicht zu erklären, warum dem Betreiber die Lizenz nicht umgehend entzogen wurde. Wir haben in Schleswig-Holstein eine sensible Vorgeschichte, auch mit Brokdorf. Wenn ich dies als Betreiber weiß, dann verhalte ich mich entsprechend vorsichtig. Das Vertrauen in die Atomenergie und seine Betreiber ist angeknackst, Fukushima hat sein Übriges getan. Das haben sich Atomkonzerne selbst zuzuschreiben, die mit ihrem Abwiegeln, Verharmlosen und Verschweigen sehr kreativ mit der schweren Verantwortung umgegangen sind, die sie als Betreiber einer risikoreichen Technologie tragen.

Neben dem ungeklärten Transformatorausfall muss auch geklärt werden, wie es zu einer Verformung der Brennelemente gekommen ist, auch wenn die Revision ergeben hat, dass sich die Verformung im Toleranzbereich befindet. Bereits in 2010 ist dieses Problem erstmalig in Brokdorf aufgetaucht. Von anderen Anlagen in Deutschland wissen wir, dass dieses Problem bereits seit 2007 bekannt ist. Auch wenn sich die Verformungen derzeit noch im Toleranzbereich befinden, ist nicht auszuschließen, dass die Abschaltsicherheit eines Tages gefährdet ist. Daher ist es nur folgerichtig, dass sich die Atomaufsicht des Landes an die Reaktor-Sicherheitskom-

mission des Bundesumweltministeriums gewendet hat. Hier müssen wir Klarheit haben.

Klarheit brauchen wir auch, wenn es um die Robustheit unserer Atomkraftwerke geht. Die Reaktor-Sicherheitskommission hat dies zum Gegenstand der sogenannten anlagenspezifischen Sicherheitsüberprüfungen gemacht, um festzustellen, wie es mit dem Robustheitsgrad der einzelnen Anlagen aussieht, um gegen Einwirkungen von außen geschützt zu sein. Wir wissen, dass es Kritik an der Sicherheitsüberprüfung gibt. Neben dem zu kurzen Überprüfungszeitraum entsprechen auch die Überprüfungslevel nicht dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik. Vielmehr wurden die Level an die Anlagen angepasst. Hier muss es für die Zukunft unbedingt eine Überarbeitung der Sicherheitsstandards geben.

Auch wenn aus Fukushima und den Sicherheitsüberprüfungen die richtigen energiepolitischen Schlüsse gezogen wurden, ändert dies nichts an unserer Kritik an der Sicherheitsüberprüfung. Endgültige Sicherheit haben wir erst dann, wenn der letzte Meiler vom Netz genommen wurde.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Aber solange Atomkraftwerke in Deutschland noch betrieben werden, müssen diese auch den höchsten technischen und wissenschaftlichen Anforderungen gerecht werden; ansonsten gehören sie vom Netz genommen. Wir - das gilt auch für die Atomaufsicht - müssen dafür Sorge tragen, dass wirklich jegliches Risiko ausgeschlossen werden kann. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Vor diesem Hintergrund kann ich nicht verstehen, dass man eine "halbfertige" Anlage mit einem Transformator wieder anfahren lässt. Ich glaube nicht, dass das die richtige Entscheidung ist

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal an den Minister ein herzliches Dankeschön für den Bericht. Die Äußerungen des Sprechers der Regierungsfraktion, Herrn Magnussen, zu Beginn haben deutlich gemacht, warum es von ent-

(Bernd Voß)

scheidender Bedeutung ist, dass wir uns in den zehn Jahren, die vor uns liegen, weiter intensiv um die verbliebenen Atomkraftwerke werden kümmern müssen.

Der Betreiber hat 45 Milliarden € Verbindlichkeiten von seinen Shoppingtouren durch Europa angehäuft. Da ist es doch klar, dass er das kostenmäßig auf höchster Effizienz fahren wird. Entsprechend redet man im Volksmund schon von den billigen Brennstäben aus dem Baumarkt, die in Brokdorf und anderen Atomkraftwerken verwendet wurden. Das ist nicht unbedingt der höchste technische Standard. Es ist gut, dass das durch die Kleine Anfrage deutlich geworden ist.

Wenn ich lese, dass man nicht genau wisse, woher die Probleme mit den Brennstäben kommen, und dass man nach vier bis acht Monaten prüfen wolle, wie das Abschalten denn gehe, dann sind das alles hochgradige **Risikofaktoren**, die im Grunde kein Wiederanfahren hätten erlauben dürfen.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Nächster Punkt! In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage ist zwar die Rede davon, dass der Hochwasserschutz irgendwann im Herbst verbessert werden solle; in der Wiederanfahrgenehmigung für das Atomkraftwerk fehlen dazu genaue Aussagen. Mir ist nicht klar, warum in der Wiederanfahrgenehmigung nicht definiert ist, welche Hochwasserschutzmaßnahmen konkret ergriffen werden sollen. Zu diesem Themenkomplex gehört auch die Frage, ob die Notfallstromversorgung des Atomkraftwerks gesichert ist. All diese Defizite in der Wiederanfahrgenehmigung veranlassen uns zu höchster Skepsis.

Am Schluss eine Anmerkung zu den **Trafos**: Klar ist, dass es für E.ON darum geht, in den nächsten zehn Jahren jeden Euro Gewinn aus diesem Atomkraftwerk zu sichern. Von daher wird man das AKW auf Teufel komm raus laufen lassen. Wenn nur ein Trafo da ist, wird man selbst mit diesem Trafo das Atomkraftwerk weiterlaufen lassen.

Ich wiederhole meine **Fragen** an Sie, Herr Minister: In wie vielen Atomkraftwerken wird mit einem Trafo gefahren? Wie oft ist das bisher geschehen? Wird Brokdorf auch lastgesteuert gefahren, das heißt, sich dem jeweiligen Bedarf anpassen? Gibt es diesbezüglich überhaupt Erfahrungen mit anderen Atomkraftwerken? Welchem Sicherheitsrisiko sind wir in dieser Frage ausgesetzt?

(Beifall bei der LINKEN und beim SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/1701 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf.

Mädchenarbeit in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/1714 (neu) - 2. Fassung

Förderung von Mädchenarbeit ist Aufgabe der örtlichen Jugendhilfe

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/1744

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Siegrid Tenor-Alschausky.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit ihren Haushaltsbeschlüssen haben die Fraktionen von CDU und FDP das Aus für die Mädchentreffs im Land vorprogrammiert. Die "Zimtzicken" in Schleswig gibt es nicht mehr, die Mädchentreffs in Husum, Preetz und Ostenfeld kämpfen um ihre Existenz.

Zur Erinnerung: Die Landesregierung antwortete auf eine entsprechende Frage der SPD-Fraktion zum **Haushaltsentwurf 2011/2012**:

"Die Förderung der vier Mädchentreffpunkte ist eine kommunale Aufgabe. Daher zieht sich das Land aus der institutionellen Förderung der Mädchentreffpunkte zurück."

Welche Unterstützung seitens der Landesregierung haben die in ihrer Existenz bedrohten Mädchentreffs aber erhalten? - Auch hier möchte ich Ihre Erinnerung auffrischen. In der Sitzung des Sozialausschusses am 9. Dezember 2010 wurde über das Thema "Mädchentreffs und deren Existenzsicherung" diskutiert. Erst nach der fünften Nachfrage,

(Siegrid Tenor-Alschausky)

ob die Landesregierung mit den betroffenen Kommunen gesprochen habe, antwortete Staatssekretärin Dr. Bonde, soweit ihr bekannt sei, sei dies nicht der Fall gewesen.

Wenn die Regierung und die sie tragenden Fraktionen der Meinung sind, die **Finanzierung der Mädchentreffs** sei eine rein kommunale Aufgabe, so kann man doch wohl wenigstens erwarten, dass Hilfe geleistet wird, die Finanzierung der mädchenspezifischen Angebote in der **Region** zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die landesweiten Angebote in der präventiven Mädchenarbeit ergänzen die Beratungs- und Hilfestrukturen in den Kommunen. Ziel darf nicht die Einstellung der Arbeit sein, sondern es muss darum gehen, die Erfahrungen und Erkenntnisse auch auf geschlechtsspezifische Angebote in anderen Kommunen zu übertragen. Das kann aber nicht von den Mitarbeiterinnen der Mädchentreffs und auch nicht allein von der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe geleistet werden. Wenn man denn, wie in den vorangegangenen Debatten sowohl die Landesregierung als auch die regierungstragenden Fraktionen betonten, die fachliche Arbeit in den Mädchentreffs wertschätzt, so kann doch wohl erwartet werden, dass die Trägervereine mit der jetzt durch den Haushalt herbeigeführten existenzgefährdenden Situation nicht alleingelassen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch genau das geschieht. Die Mädchentreffs in Preetz, Ostenfeld und Husum haben es geschafft, ihre Angebote in deutlich reduziertem Umfang durch andere Geldgeber für 2011 zu sichern. Aber sowohl die Kommunen als auch die Auerbach-Stiftung, die den **Husumer Mädchentreff** in diesem Jahr unterstützen, haben deutlich gemacht, dass eine entsprechende Finanzierung für 2012 nicht zu erwarten sei.

Was bedeutet die **Reduzierung** des Umfangs der Arbeit? - Angebote werden eingestellt, Fachkräfte durch Ehrenamtliche ersetzt. Öffnungszeiten wurden schon reduziert und die Einzelfallberatung zurückgefahren. Eindrucksvoll haben die Mitarbeiterinnen der verbliebenen Mädchentreffs uns in unserem Facharbeitskreis ihre **Situation** geschildert. Sie haben dargestellt, welche katastrophalen Auswirkungen die Haushaltsbeschlüsse auf die gegenwärtige Arbeit und vor allem auf die bevorstehende **Schließung** der Einrichtungen haben.

Als wenig hilfreich wurde der Vorschlag des Ministers, man möge sich doch um Spenden aus der Wirtschaft bemühen, gesehen. Um Spenden wurde sich schon immer bemüht!

Der Wunsch der Mitarbeiterinnen und der Besucherinnen der Mädchentreffs ist ein anderer: Sie wünschen sich Unterstützung durch die Politik bei den Verhandlungen um Geld nach der Sommerpause. Diesem Wunsch kommen wir mit unserem Antrag nach. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich gemeinsam mit den Kommunen ein tragfähiges Konzept für das Weiterbestehen der Mädchentreffs in Schleswig-Holstein zu erarbeiten, um den Fortbestand der Mädchenarbeit zu sichern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und vereinzelt bei den LINKEN)

Nun zum Änderungsantrag von CDU und FDP! Sie schreiben, die Förderung, von Mädchenarbeit sei Aufgabe der örtlichen Jugendhilfe. Ich stelle fest: Das ist Ihre politische Meinung; Sie können das aber keinesfalls aus § 10 Jugendförderungsgesetzes ableiten. Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten:

"Jugendarbeit mit Mädchen und jungen Frauen soll auf die Chancengleichheit und tatsächliche Gleichstellung hinwirken, Selbstständigkeit und Selbstverwirklichung über die Stärkung weiblicher Identität und weiblichen Selbstbewusstseins entwickeln und fördern sowie den besonderen Interessen- und Problemlagen von Mädchen und jungen Frauen gerecht werden. Sie soll eigenständige Ansätze und Angebote in allen Bereichen der Jugendarbeit entwickeln."

Da steht nichts von kommunaler Zuständigkeit. Wenn Sie meinen, das sei kommunale Zuständigkeit, weil es Ihr politischer Wille ist, dann bringen Sie das hier bitte auch so zum Ausdruck! Verstecken Sie sich nicht hinter einem Paragrafen, den Sie falsch auslegen und uns hier als Änderungsantrag vorlegen! Ich finde, das ist unredlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Stehen Sie zu dem, was Sie hier politisch beschlossen haben! Vertreten Sie das auch vor Ort! Setzen Sie sich mit dem Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft auseinander, das uns heute alle erreicht hat!

Zum Schluss bitte ich darum, den Änderungsantrag als eigenständigen Antrag aufzurufen; er hat näm-

(Siegrid Tenor-Alschausky)

lich mit dem Thema, zu dem wir unseren Antrag formuliert haben, nichts zu tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Broschüre des Sozialministeriums zu den Qualitätskriterien zur Mädchenarbeit in Schleswig-Holstein steht als Antwort auf die Frage "Warum gibt es Mädchenarbeit?", dass Mädchenarbeit heute bunt und vielfältig ist und in Mädchen- und Frauprojekten, in kommunalen Jugendeinrichtungen, in Jugendverbänden und auch in der Jugendberufshilfe stattfindet. Das ist also eindeutig eine kommunale Aufgabe und somit Bestandteil der örtlichen Jugendhilfe.

Wir alle kennen die Argumente, die anlässlich der hinter uns liegenden Beratungen zum **Doppelhaushalt 2011/2012** - wir erinnern uns gut - von den hier im Plenum vertretenen Fraktionen ausgetauscht worden sind. Wohl alle erinnern sich zur Genüge an die schwierigen Verhandlungen, die aus unserer Sicht zwingend notwendig waren, um die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes und damit die Zukunftsperspektiven der jungen Generation und somit auch der jungen Mädchen zu sichern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Fast jeder weiß, dass dies mit **Ausgabenkürzungen** in fast allen Bereichen des Landeshaushalts zu tun hatte und noch hat. Es muss endlich Schluss sein mit der verantwortungslosen Schuldenpolitik. Auch wenn wir hier heute im Plenum schon wieder über die Mädchenarbeit in Schleswig-Holstein sprechen - ich glaube, es ist mittlerweile das dritte Mal -, ändert sich nichts an unserer bislang vertretenen Meinung zur **künftigen Finanzierung** der Mädchenarbeit.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass Mädchenarbeit eine originäre Aufgabe der kommunalen Jugendhilfe ist, so wie ich es auch schon eingangs erwähnt habe. Es bleibt immer noch sehr ungewöhnlich, dass eine Projektförderung in diesem Bereich in vier Projekten im Land an die 20 Jahre andauerte und zuletzt mit 144.500 € bezu-

schusst wurde. Wir haben hier unsere Meinung nicht geändert und sagen auch weiterhin, dass aus einer Anschub- oder Projektförderung keine Dauer-unterstützung werden darf und werden soll.

Viele **Jugendeinrichtungen** - es sind so circa an die 250 im Land - und viele **Beratungsstellen** in den **Kommunen** bieten geschlechterdifferenzierte Jugend- und Mädchenarbeit an und finanzieren diese seit Jahren selbst. Das tun sie, weil es eben eine kommunale Aufgabe ist und keine Aufgabe des Landes. Deswegen lehnen wir den gestellten Antrag der SPD-Fraktion ab und bekräftigen unseren eigenen Änderungsantrag.

Um das noch einmal dazu zu sagen: Hilfe gibt es vom **Landesjugendring**. Der kann gute Beispiele nennen, wie Jugendarbeit vor Ort finanziert wird und wie sie auch ohne Landesmittel gut erledigt werden kann.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Gerrit Koch [FDP])

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Kirstin Funke.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir diskutieren nun innerhalb kürzester Zeit zum wiederholten Male über das Thema der Finanzierung von Mädchentreffs in den Kommunen. Und zum wiederholten Male - auch mit Ihrer heutigen Änderung des Ursprungsantrags - hat uns die Opposition keine wirkliche Lösung angeboten, weder finanzieller noch inhaltlicher Art, sodass man dem Anspruch, den man bei dem Thema erwarten darf, nicht gerecht wird. Es finden sich in Ihrem Antrag keine neuen Aspekte, sehr geehrte Kollegen der Opposition, sodass eine neue Befassung mit dem wichtigen Thema nicht zielgerichtet scheint.

Kollegen und Kolleginnen, um es noch einmal klar festzustellen: Örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind die Kreise und die kreisfreien Städte. Das ist klar im SGB VIII, dem Jugendförderungsgesetz oder dem Kita-Gesetz geregelt. Gemäß § 10 - natürlich in Verbindung mit § 47 des Jugendförderungsgesetzes - gehört dazu auch Mädchenarbeit und Arbeit mit jungen Frauen. Das geschieht in vielen Kommunen vor Ort.

Die über **200 Jugendtreffs** im Land bieten bereits geschlechtergerechte Arbeit vor Ort an, ohne dass

(Kirstin Funke)

das Land jemals etwas finanziell hinzugegeben hätte. Dass die geschlechtergerechte Arbeit in den Jugendtreffs wichtig ist, steht außer Frage. Aber man muss hier immer genau auf das Verhältnis von Land und Kommunen sehen und prüfen, wer für was zuständig ist. Im Fall der Jugendtreffs und der damit verbundenen Mädchenarbeit sind das die Kommunen.

Deshalb stellen wir in unserem Antrag heute schriftlich fest - da uns die Opposition das anders nicht zu glauben scheint -, dass landesweit eine erfolgreiche Mädchenarbeit existiert, wir diese wertschätzen und für wichtig erachten, und dass sie nach der gesetzlichen Lage in den Aufgabenkatalog der Kommunen fällt.

Besonders irritierend an Ihrem Antrag finde ich, dass Sie unterstellen, ohne ein landesweites Konzept würde die Mädchenarbeit nicht mehr fortbestehen können. Diese Vorstellung ist völlig abwegig. Den Vorschlag, ein **Finanzierungskonzept** für ich zitiere aus dem Antrag - "das Weiterbestehen der Mädchentreffs in Schleswig-Holstein zu erarbeiten", kann ich nicht ganz nachvollziehen. Wenn Sie sich auf die **vier Mädchentreffs** beziehen, die 20 Jahre lang eine **Anschubfinanzierung** erhalten haben, sehe ich hier kein landesweites Konzept für Mädchentreffs, denn die Mädchenarbeit wird durch die über 200 Jugendtreffs im Land gesichert.

Bei der **geschlechterspezifischen Jugendarbeit** geht es immer um die junge Generation. Wir sind in der Verantwortung, dass die Zukunftsperspektive der kommenden Generation nicht durch die verantwortungslose Schuldenpolitik zerstört wird. Wir müssen auch den kommenden Generationen Handlungsspielräume ermöglichen. Dewegen will ich auch in diesem Zusammenhang noch einmal klarstellen, dass die Regierungskoalition zur **Haushaltskonsolidierung** und **Schuldenbremse** steht. Das ist Politik für die junge Generation.

Die Politik von Rot-Rot-Grün verspricht allen alles. Gerade dieser Politikstil hat das Land in die katastrophale Situation geführt, in der es sich gerade befindet.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Johannes Callsen [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Wir stehen weiterhin zu den Beschlüssen, die wir mit dem Haushalt verabschiedet haben. Ich beantrage Abstimmung in der Sache und werbe bei den vernünftigen Kollegen in der Opposition für den Änderungsantrag der Koalition. (Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Wie kann man nur so ein kaltes Herz haben!)

Präsident Torsten Geerdts:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ende letzten Jahres gab es eine Mädchenmesse hier im Landeshaus. Vertreten waren verschiedene Beratungseinrichtungen aus Schleswig-Holstein, hierunter auch die Mädchentreffs, die das Land Schleswig-Holstein 20 Jahre lang gefördert hat.

Kurz vor der Messe hatte die Landesregierung beschlossen, die Förderung einzustellen. Von einem Jahr auf das andere wurde den Mädchentreffs der Geldhahn zugedreht. Auf der Messe haben die Mädchentreffs besonders kritisiert, dass die Kürzungen so kurzfristig erfolgt sind. Dadurch hatten Mädchentreffs nicht genügend Zeit, rechtzeitig mit den Kommunen über Alternativen zu sprechen. Das ist wieder einmal der Fehler, den Sie immer machen: erst kaputtschlagen, und dann gucken, wie es irgendwie weitergehen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Das ist der rote Faden Ihrer Sozialpolitik.

Die betroffenen **Kommunen** in **Flensburg**, **Husum**, **Preetz** und **Ostenfeld** traf die Finanznot ihrer Mädchentreffs plötzlich und unerwartet. Sie hatten keinerlei Möglichkeiten, sich darauf einzustellen.

(Gerrit Koch [FDP]: 20 Jahre lang?)

Im Sozialausschuss musste die Vertreterin der Landesregierung - das hat die Kollegin Tenor-Alschausky gerade schon richtig ausgeführt - auf mehrmaliges Nachfragen leider zugeben, dass die Landesregierung mit den Kommunen überhaupt nicht gesprochen hatte.

(Gerrit Koch [FDP]: Anders herum!)

Wie soll rechtzeitig eine Alternative gefunden werden, wenn sie noch nicht einmal einen Weg suchen, mit den Leuten zu reden? Das müssen Sie mir noch einmal erklären!

(Dr. Marret Bohn)

Jugendarbeit - das haben wir gerade eben gehört - ist rein gesetzlich gesehen eine kommunale Aufgabe. Es bringt uns auch nicht weiter, darüber zu streiten, wer letztlich in der Verantwortung ist. Aber wollen Sie wiederum bestreiten, dass das Land für Gleichstellung und Frauenförderung verantwortlich ist? Oder wollen Sie das demnächst auch noch ändern?

Sie sparen ohne Rücksicht auf Verluste und machen immer den zweiten Schritt vor dem ersten. Die Mädchentreffs haben schon vorher an Konzepten gearbeitet, die landesweite Ausstrahlung hatten. Fachliche Weiterentwicklung könnte hier konzeptionell betrieben und auf andere Einrichtungen der Jugendarbeit übertragen werden. Aus Sicht der grünen Fraktion könnte dies ein Aspekt für die zukünftige Arbeit der Mädchentreffs sein, um diese Arbeit zu stärken und weiter auszubauen. Wir werden den Antrag, den wir gemeinsam mit der SPD eingebracht haben, auf jeden Fall unterstützen und Ihren Antrag ablehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, als Angehörige der friesischen Minderheit weise ich darauf hin, dass wir hier noch eine Oppositionspartei haben, das ist der SSW.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Frau Kollegin Antje Jansen.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute können wir am Beispiel der Mädchentreffs in Schleswig-Holstein deutlich sehen, wie die Landeregierung und die sie tragenden Fraktionen mit dem jüngeren weiblichen Teil der Bevölkerung hier im Land umgeht. Frau Funke, wenn Sie beklagen, dass wir schon mehrfach diesen Antrag auf der Tagesordnung gesetzt haben, stelle ich fest, dass das nach Ihrem Beitrag auch richtig war, dass wir die Frage der **Mädchentreffs** hier noch einmal problematisieren und diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] - Kirstin Funke [FDP]: Ich habe noch keine neuen Aspekte gehört!)

Ich gehe auch davon aus, dass zumindest alle gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen - auch Sie - die Haushaltberatungen des letzten Jahres noch lebhaft vor Augen haben. Da haben Sie, die Landesregierung und die Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen und die gleichstellungspolitischen Sprecherinnen die Hand gehoben, als es darum ging, den Mädchentreffs in Schleswig-Holstein die **finanziellen Mittel** zu entziehen - finanzielle Mittel in Höhe von knapp 150.000 € jährlich. "Peanuts", möchte man fast sagen, doch mit diesem Geld wurde in der Vergangenheit 20 Jahre lang landesweit hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wurde speziell auf die Lebenslagen von weiblichen Jugendlichen ausgerichtete Unterstützung geleistet, die Entwicklung von Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein gerade bei jungen Mädchen und Frauen unterstützt - eine Arbeit, die übrigens - Frau Kollegin Rathje-Hoffmann und Frau Kollegin Funke - heute notwendiger denn je ist, von der Zukunft ganz zu schweigen.

Als Opposition haben wir entschlossen den Kampf gegen die absurden Kürzungen von Schwarz-Gelb angetreten und mussten uns Ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit vorläufig geschlagen geben. Vorläufig! Ich denke mir, im Mai 2012 könnte es anders aussehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage "vorläufig", weil der vorliegende Antrag der Opposition Ihnen - zwar in abgemilderter Form, das müssen Sie uns zugestehen - noch einmal die Chance gibt, Ihren Fehler endlich zu revidieren und das Richtige in dieser Frage zu tun. Denn für uns ist die Sache noch lange nicht vom Tisch. Von den damals in Rede stehenden Mädchentreffs halten sich das hat meine Kollegin von der SPD schon ausgeführt - gerade einmal drei mehr schlecht als recht über Wasser. Aber wie lange noch? Es ist auch schon ausgeführt worden, dass sie ihre **Angebote** deutlich reduzieren mussten.

Für die kommenden Jahre ist die **Finanzierung** der landesweit arbeitenden Mädchenarbeit in Schleswig- Holstein aber immer noch absolut ungeklärt. Das liegt vor allem an Ihnen, an der CDU und der FDP. Denn die eine oder der andere von Ihnen hatte noch im Dezember 2010 - das haben meine Kolleginnen von SPD und Grünen schon ausgeführt - im zuständigen Sozialausschuss erklärt, sich für den Erhalt der Mädchentreffs einzusetzen. Sie haben vor allen Dingen zugesagt, dass Sie sich dafür einsetzen und mit den Kommunen sprechen wollen, damit ein **Erhalt der Mädchentreffs** gesichert werden kann. Aber passiert ist nichts.

(Antje Jansen)

Leider besteht aber die hohe Wahrscheinlichkeit, dass ohne Unterstützung vonseiten des Landes auch die letzten landesweit in der Mädchenarbeit tätigen Einrichtungen wegbrechen und damit aufgebaute **Strukturen** vollends zerschlagen werden. Meinen Sie, dass die momentane Situation der Kommunen es zulässt, diese Strukturen allein von ihnen finanziert zu erhalten oder diese Strukturen gar neu wieder aufzubauen? - Ich denke, das wird nicht gelingen, vor allen Dingen, wenn ich mir die Finanzsituation der Kommunen anschaue.

In Ihrem Antrag beziehen Sie sich jetzt auf das **Jugendförderungsgesetz**. Das ist auch richtig so. Aber Sie haben 20 Jahre gebraucht, ehe Sie das bemerkt haben. Die CDU hat hier zwischendurch auch schon einmal regiert. Jetzt fällt Ihnen nach 20 Jahren auf, dass diese landesweite Mädchenarbeit unter das Jugendförderungsgesetz fällt. Ich sage einmal, das ist ein wenig spät.

(Zuruf)

- Ja, aber die Mädchentreffs haben nicht nur kommunale Arbeit geleistet, sondern sie haben auch die **kommunale Arbeit landesweit vernetzt** und andere Mädchentreffs in anderen Kommunen unterstützt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist bei der Mädchenarbeit auch notwendig, damit landesweit Strukturen geschaffen werden können und eine **Vernetzung** unter den Mädchentreffs stattfinden kann.

Wir wollen ein **Weiterbestehen** der Mädchentreffs, und wir wollen auch, dass sich das Land weiter für Mädchentreffs einsetzt. Das darf nicht wiederum einfach nur auf die Kommunen abgeschoben werden. Wenn ich sehe, wie in unserem kommunalen Bereich aufgrund des Haushaltsdrucks, des finanziellen Drucks, die Mädchenarbeit aussieht, kann ich nur feststellen: Sie ist in den Kommunen ganz, ganz schmal heruntergebrochen, dafür wird nur ganz wenig getan.

Sie haben auch nie so wirklich eine inhaltliche Kritik an der Mädchenarbeit gehabt und in Ihren Beiträgen die Mädchenarbeit auch immer gelobt - so, wie auch jetzt. Wenn das denn so ist, stellt sich die Frage, wer die Arbeit der Mädchentreffs in Zukunft leisten soll, die jetzt schon 20 Jahre geleistet worden ist. Die Mädchentreffs haben immer regional gearbeitet, das Gleiche kann eine kommunale Mädchenarbeit nicht leisten.

Das Erarbeiten eines tragfähigen Konzepts mit den Kommunen ist für die Landesregierung ein Leichtes.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist das Mindeste, was Sie nach zwei Jahren desaströser Gleichstellungs- und Jugendpolitik tun müssen. Machen Sie das, versuchen Sie es noch einmal. Aber ich denke mir, Sie haben keine Chance, hier wieder eine Gleichstellungs- und Jugendpolitik, gerade auch die Mädchenarbeit, aufzubauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW hält es für sehr wichtig, dass wir uns im Plenum regelmäßig mit dem Thema Mädchenarbeit beschäftigen. Denn hier wird besonders deutlich, wie negativ und kontraproduktiv sich der schwarz-gelbe **Doppelhaushalt** mitunter auswirkt. Der vorliegende Antrag der Opposition erinnert ohne Übertreibung daran, dass die Mädchenarbeit insgesamt bedroht ist. Er erinnert auch daran, dass sich an dieser Situation dringend etwas ändern muss. Darin ist sich die Opposition einig.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Fakt ist leider, dass CDU und FDP in diesem konkreten Fall für eine vergleichbar geringe Einsparung von nicht einmal 150.000 € schwere Schäden an der sozialen Infrastruktur in Kauf nehmen. Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass diese Fehlentscheidung die Zukunft der Mädchenarbeit hier in Schleswig-Holstein akut bedroht. Keiner der vier Mädchentreffs, die bisher landesweit tätig waren, wird noch vom Land gefördert. Als Folge mussten ein Treff schließen und die anderen drei ihre Angebote stark einschränken. Auch sie existieren nur noch, weil entweder Gemeinden, Kreise oder Stiftungen eingesprungen sind. Und die Mitarbeiterinnen müssen immer mehr von ihrer kostbaren Arbeitszeit dafür verwenden, um kurzfristig eine alternative Finanzierung auf die Beine zu stellen. Von Planungssicherheit kann also keine Rede mehr sein. Mittel- und langfristig angelegte Aktivitäten und Projekte, wie etwa Freizeiten oder Jugendaustausche, sind erst einmal Geschichte.

(Flemming Meyer)

Mädchenarbeit ist facettenreich und trägt ganz konkret zu einer verbesserten Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen bei. Eigenständigkeit und Selbstbehauptung werden gestärkt, und die Identitätsbildung unterstützt. Auch Orientierung und Beratung rund um Themen wie Familie und Beruf, suchtpräventive Maßnahmen oder konkrete Hilfen für Gewaltopfer sind Inhalt der Arbeit in den Mädchentreffs. Und bekanntlich profitieren Mädchen und junge Frauen aus bildungsfernen Schichten neben denen mit Migrationshintergrund besonders stark von dieser Arbeit.

Das große **Potenzial** dieser geschlechtsspezifischen Form der Jugendarbeit wurde natürlich auch in Schleswig-Holstein erkannt und weiterentwickelt. Dementsprechend finden sich auch auf der Internetseite des Sozialministeriums Qualitätsempfehlungen zur Mädchen- und Jungenarbeit. Es mutet allerdings schon sehr grotesk an, wenn hier von "langfristigen Konzepten" oder "struktureller Absicherung" und "Kontinuität" die Rede ist, während die Förderung eben jener landesweit tätigen Treffs eingestellt wird, die als Modell für kommunale Angebote dienen sollen. In der heutigen Situation, in der nicht einmal die Grundlage der Mädchenarbeit gesichert ist, kann von einer qualitativen Weiterentwicklung wohl kaum die Rede sein. Anspruch und Wirklichkeit liegen hier meilenweit auseinander.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Die vorhandenen **kommunalen Beratungs- und Hilfestrukturen** können diese Arbeit weder in vergleichbarem Umfang noch in ähnlicher Qualität leisten.

Es ist richtig, dass es **alternative Angebote** für die Mädchen gibt. Das ein oder andere Jugendzentrum hält ein mädchenspezifisches Angebot vor. Fakt ist aber, dass dieser sinnvolle pädagogische Ansatz auf sporadische Angebote reduziert wird und mittelund langfristig verkümmert.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Aus Sicht des SSW ist eine solche Entwicklung schlichtweg beschämend. Und mit Blick auf die vorangegangenen Debatten zur Frauen- und Mädchenarbeit muss ich eines klar sagen: Die Lösung liegt doch nicht darin, auf das ehrenamtliche Engagement zu verweisen oder auf den guten Willen der Kommunen zu hoffen.

Ich will noch einmal zusammenfassen: Mädchenarbeit ist und bleibt unentbehrlich und hat nicht

selten **präventiven Charakter**. Sie kann nicht ohne Weiteres kompensiert werden, und ihr Wegfall führt mit hoher Sicherheit zu gesellschaftlichen Folgekosten. Auch in diesem Bereich gilt: Einmal zerstörte Strukturen müssen mühsam wieder aufgebaut werden. **Zukunftsperspektiven** schafft man eben nicht nur durch Schuldenabbau, dazu gehört wesentlich mehr. Voraussetzung hierfür ist allerdings auch, dass man sich intensiv mit den Beteiligten vor Ort auseinandersetzt.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerdts:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich Frau Kollegin Sigrid Tenor-Alschausky.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir sehr leid, aber da müssen wir jetzt gemeinsam durch. Mädchen- und Jugendarbeit ist ein wichtiges Thema, und auch zu diesem Thema ist dann einmal ein Dreiminutenbeitrag fällig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Ich habe die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, dass die Vertreterinnen und Vertreter der regierungstragenden Fraktionen zumindest nachvollziehen, welche Veränderungen wir in der Debatte in dieser Plenarsitzung inzwischen vorgenommen haben. Wir reden nicht mehr darüber - das schaffen wir sowieso nicht -, Sie davon überzeugen zu wollen, dass Sie hier im Haushalt falsche Beschlüsse getroffen haben, sondern wir reden darüber, dass wir von der Landesregierung erwarten, dass von ihr bei der Umsetzung Ihrer Beschlüsse zumindest Unterstützung geleistet wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Funke?

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Ja, gern.

Kirstin Funke [FDP]: Das hoffe ich auch. Frau Kollegin Tenor-Alschausky, wären Sie so freundlich, uns zu erklären, wie Sie ein solches Konzept finanzieren wollen?

(Siegrid Tenor-Alschausky)

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Präsident Torsten Geerdts:

Die Frage wurde der Frau Abgeordneten Tenor-Alschausky gestellt.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

In Antwort auf die gestellte Frage möchte ich zunächst einmal das vortragen, was ich vorhatte vorzutragen und weshalb ich mich hier eigentlich zu Wort gemeldet hatte. Vielleicht haben Sie genauso wie die anderen Kolleginnen und Kollegen, die für Jugend-, Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig sind, heute das Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft "Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe in Schleswig-Holstein" gelesen. Denjenigen, die dieses Schreiben vielleicht nicht gelesen haben, nämlich die vielen Kolleginnen und Kollegen, die für diese Fachbereiche nicht zuständig sind, möchte ich den Schwerpunkt dieses Briefes nicht vorenthalten. Ich zitiere aus diesem Schreiben:

"Die Mädchentreffs haben eine über ihre eigene Einrichtung hinausgehende Bedeutung für die Weiterentwicklung der gesamten Jugendhilfe in Schleswig-Holstein. Die Mitarbeiterinnen der Mädchenarbeit waren in den letzten 20 Jahren der Motor für die Weiterentwicklung der geschlechtsspezifischen Jugendarbeit in Schleswig-Holstein und haben mit ihrer Arbeit Meilensteine gesetzt.

Als Mitglieder in der LAG Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe haben insbesondere die Kolleginnen aus den Mädchentreffs die Fachtage zur Geschlechtsspezifischen Jugendarbeit und die Mädchenmessen durch ihre Mitarbeit in hohem Maße unterstützt. In verschiedenen kommunalen und regionalen Netzwerken wirken die Mädchentreffs landesweit als Multiplikatorinnen für Jugendzentren und -treffs, indem sie beispielsweise fachliche Weiterentwicklungen wie Qualitätsstandards für die geschlechtsspezifische Jugendarbeit einbringen."

Genau das ist der Punkt. Die Arbeit dieser Mädchentreffs hat nicht nur eine regionale Bedeutung, sondern sie hat eine landesweite Bedeutung. Sie hat auch eine Bedeutung für die Arbeit der über 250 Einrichtungen der offenen Jugendhilfe, die Sie in Ihrem Antrag zitieren. Diese brauchen die fachli-

che Unterstützung dieser Fachfrauen. Das ist der Punkt

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerdts:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Meyer, bevor ich zu den beiden vorliegenden Anträgen komme, ist es mir wichtig, das Folgende ganz deutlich zu sagen: Sie haben gesagt, **Zukunftschancen** schaffe man nicht nur durch **Schuldenabbau**. Ich sage Ihnen: Zukunftschancen schafft man ganz bestimmt nicht, indem man weitere Schulden einfordert und einfordert, dass weitere Schulden gemacht werden; ganz bestimmt nicht!

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will offen sagen, ich habe mich über den vorliegenden Antrag mehr als gewundert, und ich will auch sagen, warum. Erstens. Die Antragsteller fordern von der Landesregierung ein Konzept für das Weiterbestehen der Mädchentreffs in Schleswig-Holstein. Sie tun dies, obwohl ihnen dies bestens bekannt ist: Obwohl dem oft widersprochen wird, kommen bedauerlicherweise auch die antragstellenden Fraktionen nicht um die Tatsache herum, dass die Förderung des laufenden Betriebs von Jugendtreffs im Allgemeinen und von Mädchentreffs im Besonderen natürlich eine kommunale Aufgabe ist. Genau darum geht es. Es geht um die Förderung des laufenden Betriebs und nicht um geschlechtergerechte Arbeit, sehr geehrte Frau Tenor-Alschausky.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ist heute so, und das war sogar zu Zeiten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung so; übrigens ohne dass die Kompetenz der Kommunen an dieser Stelle jemals infrage gestellt worden wäre.

Zweitens. Der Antrag soll den **Fortbestand der Mädchenarbeit** in Schleswig-Holstein sichern. Soweit das auf den Fortfall der institutionellen Förderung der bisher modellhaft geförderten Mädchentreffs abzielt, wobei sich die modellhafte Förderung auf 20 Jahre bezieht, muss ich sagen - -

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Frau Jansen und Herr Kollege Baasch, es wäre vielleicht fair gewesen, den Leuten zu sagen, dass eine **Modellfinanzierung** eben keine Ewigkeitsfinanzierung ist. Das wäre ganz passend gewesen.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe)

Sie blenden geflissentlich aus, dass wir nicht nur drei oder vier Mädchentreffs im Land haben, sondern zahlreiche **Jugendtreffs**, die Angebote zur Mädchenarbeit machen, zum Beispiel Mädchentreffs an einzelnen Wochentagen. Ferner gibt es reine Mädchentreffs wie zum Beispiel den Mädchentreff Gaarden in Kiel. Diese kommunalen Einrichtungen sind Träger von Mädchenarbeit in Schleswig-Holstein. Sie benötigen offensichtlich seit 20 Jahren keine Landesförderung und machen trotzdem eine exzellente Arbeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Aber immer gern.

Anke Spoorendonk [SSW]: Herr Minister, können Sie die Aussage der Kollegin Bohn bestätigen, dass mit den betroffenen Mädchentreffs nicht im Vorwege gesprochen wurde, um ihnen mitzuteilen, dass die Landesförderung eingestellt werden soll und um ihnen behilflich zu sein, neue Konzepte zu entwickeln?

- Alle Gruppen sind über die Konsolidierungspläne der Landesregierung informiert worden. Die meisten relevanten Gruppen habe ich zu mir ins Ministerium eingeladen, als die Entscheidungen der Haushaltsstrukturkommission gefallen sind, und zwar als sich die Landesregierung diese zu eigen gemacht hat. Ich kann Ihnen keine konkrete Antwort darauf geben, ob Vertreterinnen oder Vertreter der Mädchentreffs dabei waren, aber mit Sicherheit sind diese ebenso über die Kürzungspläne informiert worden wie andere betroffene Gruppen auch.

Präsident Torsten Geerdts:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Nein. Ich finde das bedauerlich - so liest sich dieser Antrag -,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

dass in dieser Einrichtungslandschaft das Engagement, das es dort gibt, bei den Antragstellern keine Erwähnung findet. Zudem blendet der Antrag zum wiederholten Mal, seitdem wir über die Beendigung der Förderung streiten, aus, was der eigentliche Sinn dieser Modellförderung war. Es ging zu keinem Zeitpunkt um den wohl kaum realistischen Anspruch, mit vier Standorten landesweit Einfluss zu nehmen. Mädchentreffs und Jugendtreffs allgemein sind der Natur der Sache nach sozialräumlich ausgerichtet. Die bisher vom Land geförderten Einrichtungen haben dies im letzten Jahr noch einmal deutlich bestätigt. Der Zweck war es, modellhafte Formen der Arbeit von Mädchentreffs zu erproben und zu prüfen, ob sie auf andere Kommunen übertragbar sind. Die Einrichtungen haben uns berichtet, dass genau dies geschehen ist, etwa durch den Austausch mit anderen Einrichtungen. Ich will das noch einmal sagen: Der Zweck einer der Natur der Sache nach begrenzten Modellförderung ist eben nicht, eine dauerhafte Finanzierungsstruktur jenseits der Landeszuständigkeiten zu etablieren. Es tut mir leid - -

(Zuruf der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD])

- Liebe Kollegin Redmann, bei allem Respekt: Es ging darum, etwas auszuprobieren, aber es ging nicht darum, eine dauerhafte Finanzierungsstruktur zu etablieren. Genau das ist das Wesen einer Modellförderung.

Präsident Torsten Geerdts:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Baasch?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Nein. Ich meine, diese Modellförderung war durchaus sinnvoll. Sie war auch erfolgreich. Mädchentreffs beziehungsweise Jugendtreffs, die geschlechtsspezifische Angebote einrichten wollen oder bereits vorhalten, haben von den Beispielen und von den Erfahrungen der früher vom Land geförderten Einrichtungen profitiert.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Anders als in den Beiträgen der Opposition kann man dies übrigens an vielen Stellen im Land nachvollziehen. Schleswig-Holstein ist mitnichten eine Wüste der geschlechtsspezifischen Jugendarbeit. Das ist auch der Verdienst der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe in Schleswig-Holstein. Dabei handelt es sich um eine Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII, die für geschlechterbewusste Arbeit als Querschnittsaufgabe der Jugendarbeit in Schleswig-Holstein wirkt. Insofern ist es schlicht falsch, dass die Landesregierung sich geschlechterspezifische Arbeit nicht zu eigen machen würde oder sie nicht finanzieren würde. Ihre Arbeit wird von der Landesregierung gefördert. Ihre Geschäftsführung ist in meinem Haus angesiedelt.

Die LAG Mädchen setzt Impulse, um die Mädchenarbeit und die Situation von Mädchen landesweit zu verbessern. Sie vernetzt landesweit mädchenspezifische Arbeitskreise, Einrichtungen und Fachfrauen. Außerdem entwickelt sie fachliche Standards und Inhalte der Mädchenarbeit weiter. Wir veranstalten gemeinsam mit der LAG Mädchen Fachtagungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie alle zwei Jahre eine landesweite Messe für Mädchen und junge Frauen. Mit diesen Angeboten tut die Landesregierung genau das, was der Antrag einfordert. Wir ergänzen als Land die Beratung von Hilfestrukturen in den Kommunen und sichern den Fortbestand der Mädchenarbeit in Schleswig-Holstein.

Ich will abschließend noch einmal sagen, und das gilt für jede Landesregierung: Es wäre fair, wenn man Modellprojekte anstößt, allen Beteiligten von vornherein zu sagen, dass eine **Anschubfinanzierung**, um ein Modell auszuprobieren, eben nicht die Etablierung eines dauerhaft gesicherten Finanzierungsmodells ist, sondern dass es sich um ein Ausprobieren, um eine Anschubfinanzierung handelt und niemand Anspruch auf dauerhafte und ewige Finanzierung eines Modellvorhabens erheben kann.

(Beifall bei FDP und CDU - Unruhe)

Präsident Torsten Geerdts:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung beide vorliegenden Anträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LIN-KE und SSW, Drucksache 17/1714 (neu), 2. Fassung, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 17/1714 (neu), 2. Fassung, mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der SSW-Fraktion abgelehnt worden ist.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1744, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 17/1744 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der SSW-Fraktion angenommen worden ist.

Meine Damen und Herren, damit haben wir alle Tagesordnungspunkte für den heutigen Tag abgearbeitet.

Die Tagung ist bis morgen, 10 Uhr, unterbrochen, und die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:12 Uhr